



Plenarprotokoll

14. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 19. Oktober 2000

Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern	993	Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	1001
Landtagsbeschluss vom 8. Juni 2000		Thorsten Geißler [CDU].....	1002
Drucksache 15/118		Klaus-Peter Puls [SPD]	1004
Bericht der Landesregierung		Günther Hildebrand [F.D.P.].....	1004
Drucksache 15/435		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1006
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	993	Silke Hinrichsen [SSW]	1007
Martin Kayenburg [CDU]	994		
Lothar Hay [SPD]	995	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	1008
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]	997		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	998	Bericht über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen zur Krankenhausplanung	1008
Anke Spoorendonk [SSW].....	1000	Landtagsbeschluss vom 14. Juli 2000	
		Drucksachen 15/211 und 15/257	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und alle übrigen Ausschüsse.....	1001	Bericht der Landesregierung	
Reform der Juristenausbildung	1001	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	1008
Landtagsbeschluss vom 12. Mai 2000		Werner Kalinka [CDU].....	1009
Drucksache 15/69		Arno Jahner [SPD]	1011
Bericht der Landesregierung		Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1012
Drucksache 15/228		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1013

Silke Hinrichsen [SSW]	1014	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen sowie zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes und des Brandschutzgesetzes	1031
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung....	1015		
Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999	1015		
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/326		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/328	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	1015	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Uwe Eichelberg [CDU]	1017	Drucksache 15/447	
Klaus-Dieter Müller [SPD]	1018	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatteerin	1031
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	1019		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1020	Beschluss: Verabschiedung.....	1031
Lars Harms [SSW]	1021		
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung	1022	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes	1031
Absentismus/Fernbleiben vom Unterricht	1022		
Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000 Drucksache 15/158		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/458	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/358		Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss	1031
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	1022, 1029	Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses	1031
Jost de Jager [CDU]	1023, 1029		
Dr. Henning Höppner [SPD]	1025	Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1026	Drucksache 14/424	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1027	Beschluss: Annahme	1031
Anke Spoorendonk [SSW]	1028		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	1030	Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in den Anlagen bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale	1032
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung	1030		
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Auflösung der Stiftung Pommern	1031	Antrag der Landesregierung Drucksache 15/438	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/188		Beschluss: Annahme	1032
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/409		EU-Grundrechtecharta	1032
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatte	1031	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/465	
Beschluss: Verabschiedung	1031		

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/482		Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin.	1033
Beschluss: Überweisung an den Europa- ausschuss.....	1032	Beschluss: Annahme	1033
Metropolregion Hamburg	1032	Unterlagen der Staatssicherheit (sog. Rosewood-Akten) an Gauck-Behörde	1033
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/467		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/212	
Beschluss: Annahme	1032	Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/449	
Offshore-Windkraftanlagen	1032	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin	1033
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/468		Beschluss: Annahme	1033
Beschluss: Annahme	1032	Antrag des Vorsitzenden des Schleswig- Holsteinischen Anwaltsgerichtshofs in Schleswig vom 18. August 2000 - 1 AGH 9/99 - auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Graf Kerssenbrock	1033
Verkürzung der Gymnasialschulzeit	1032	Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/450	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/217		Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin	1033
Bericht und Beschlussempfehlung des Bil- dungsausschusses Drucksache 15/410		Beschluss: Annahme	1033
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	1032	Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung	1033
Beschluss: Ablehnung.....	1032	Bericht über den Zivildienst in Schles- wig-Holstein	1034
Schulklassen für hochbegabte Schüle- rinnen und Schüler	1032	Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000 Drucksache 15/129 (neu)	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/206		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/441	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bil- dungsausschusses Drucksache 15/411		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales.....	1034
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	1032	Torsten Geerds [CDU]	1035
Beschluss: Ablehnung.....	1032	Wolfgang Baasch [SPD]	1036
Haushaltsrechnung 1998 und Vermö- gensübersicht 1998	1033	Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1037
Bericht des Ministeriums für Finanzen und Energie Drucksache 14/2505		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1039
und		Silke Hinrichsen [SSW]	1040
Bemerkungen 2000 des Landesrech- nungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998		Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss zur abschließenden Beratung ...	1041
Bericht und Beschlussempfehlung des Fi- nanzausschusses Drucksache 15/436		Bericht zum Justizvollzug in Schleswig- Holstein	1041
		Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000 Drucksache 15/120	

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Die Abgeordneten Herr Benker und Frau Böhrk sind weiterhin erkrankt. Ich wünsche ihnen von dieser Stelle aus noch einmal gute Genesung.

(Beifall)

Frau Abgeordnete Rodust ist beurlaubt.

Sie haben gestern vernommen, dass wir heute mit Tagesordnungspunkt 32 beginnen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Tagesordnungspunkte 29 und 35 im Aufruf getauscht werden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 32 auf:

Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern

Landtagsbeschluss vom 8. Juni 2000

Drucksache 15/118

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/435

Ich erteile das Wort der Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben in der letzten Zeit eine derart gute **Zusammenarbeit** mit unseren Nachbarn in **Norddeutschland**, dass man sagen kann: Die Preise, die wir dafür verdient haben, haben wir zu Recht bekommen.

Uns liegt die weitere gute Zusammenarbeit am Herzen, weil wir in Norddeutschland **länderübergreifende Projekte** nur dann gemeinsam voranbringen können, wenn wir unsere Interessen definieren und sie auch selbstbewusst gegenüber dem Süden vertreten. Der Bericht zeigt, dass die Zusammenarbeit mit der Metropole Hamburg einen Schwerpunkt bildet. Für die trilaterale Sitzung der Kabinette nächste Woche sind neue Wünsche angemeldet worden, die zu diskutieren sind. Sobald wir uns auf neue Leitbilder und neue Leitlinien verständigen sollten, werden wir, nachdem sich das **Kabinett** damit beschäftigt hat, sofort den **Landtag** entsprechend unterrichten und es in die **Ausschüsse** hineingeben, damit Sie sich damit beschäftigen können und vor allem die Abgeordneten vor Ort die Möglichkeit haben zu prüfen, ob das für unsere Region gut ist oder nur den anderen nützt oder uns allen gemeinsam nützt.

Dass wir einen ersten Preis bekommen haben, haben wir schon mehrfach gesagt, und das hat auch etwas damit zu tun, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in dieser Region mit ihren politischen Vertretern und Verwaltungsvertretern zusammen bemüht haben, ihre Wünsche einzubringen, aber nicht nach dem Motto „Beton - das sind unsere Wünsche und keine anderen gelten“, sondern sie gemeinsam mit den anderen abzustimmen.

Die Landesregierung lässt sich bei der **Zusammenarbeit** von drei **Grundsätzen** leiten.

Erstens: Zusammenarbeit und kooperative Lösungen müssen für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafter sein als Alleingänge.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens: Entgegengesetzte Interessen der Länder sollen nicht in Hintergrundgesprächen bei der Presse erzählt, sondern offen angesprochen und Lösungen angestrebt werden.

Drittens: Funktionierender Föderalismus beruht auf einem fairen Interessenausgleich. Keine Seite darf versuchen, die andere über den Tisch zu ziehen.

Mit dem **Regionalen Entwicklungskonzept 2000** stehen in Fortschreibung des Handlungsrahmens von 1996 strukturpolitische Themen wie vor allem Wirtschaft und Verkehr, aber auch die Sicherung der Lebensqualität im Zentrum der trilateralen Zusammenarbeit. Besonders erfreulich ist, dass sich das Regionale Entwicklungskonzept 2000 in erheblich verstärktem Umfang an der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung orientiert und versucht, die unterschiedlichen Interessen von Industrieansiedlung, Freiflächen, Umwelt und Naturschutz unter einen Hut zu bringen. Dies wird durch eine intensive Kooperation in der Metropolregion auf allen Ebenen, durch Workshops, Fachveranstaltungen und durch die Einführung operativer Programme verstärkt beziehungsweise sozusagen in den täglichen Umgang mit den Alltagsproblemen eingeführt.

Die **Zusammenarbeit** geht aber weit über das REK hinaus; sie betrifft alle **Politikbereiche**. Sie reicht von der Ostseekooperation über die Wirtschaftsförderung, die Forschungs-, Technologie-, Hochschul- und Verkehrspolitik bis hin zur Abfallwirtschaft und zum Küstenschutz. Beispielhaft nenne ich zwei Bereiche: zum einen die Endlinienfertigung des Airbus A3XX und zum anderen die große Rolle, die der Lübecker Hafen als Zubringerhafen für Container für den Hamburger Hafen spielt.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Weitere **Kooperationen** sind bereits konkret geworden. So werden zum Beispiel beim **Statistischen Landesamt** Kooperationen in zwei Bereichen konkret erarbeitet: Schleswig-Holstein wird künftig für Hamburg die Agrarstatistiken - das ist kein Witz, das ist tatsächlich so - aufstellen; im Gegenzug wird Hamburg für Schleswig-Holstein die Seeverkehrsstatistik übernehmen.

Die Kooperation zwischen der **Datenzentrale** Schleswig-Holstein und dem Landesamt für Informationstechnik Hamburg verläuft seit längerer Zeit erfolgreich. Die weiterhin bestehenden schleswig-holsteinische Statistikverfahren werden vom Rechenzentrum in Altenholz in das gemeinsame Rechenzentrum nach Hamburg verlagert.

Die **Eichverwaltung** Hamburg und die Eichverwaltung Schleswig-Holstein arbeiten auf Fachebene seit Jahren eng zusammen. Die zuständigen Ressorts der beiden Länder haben am 5. Juli 2000 verabredet, einen Zusammenschluss der Eichverwaltungen anzustreben.

Im Interesse eines in Norddeutschland insgesamt ausreichenden **Studienplatzangebots** und einer angemessenen Differenzierung des **Fächerspektrums** sind die Konsequenzen aus den Strukturveränderungen zu klären. Hier wollen wir mit allen Hochschulen kooperieren, nachdem wir uns jetzt bemühen, vor allem unsere Hochschulen im Land enger miteinander kooperieren zu lassen und dann die Felder zu definieren, auf denen eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg möglich ist.

Die Kooperation der norddeutschen Länder im **Medienbereich** ist eine traditionell intensive Zusammenarbeit aller Länder. Das zeigt die weitgehend gemeinsame, einheitliche Rundfunkgesetzgebung, zum Beispiel Rundfunkstaatsverträge, Mediendienste-Staatsverträge, gemeinsam eingerichtete Körperschaften und Institutionen wie zum Beispiel ZDF und DeutschlandRadio.

Dieser Prozess wird von uns weiter intensiviert werden, er wird vor allem vor Ort intensiviert werden, die Beratungsergebnisse und Beratungsangebote werden im Landtag zu diskutieren und einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen sein, damit alle wissen, welche Möglichkeiten sie haben, einzugreifen und ihre Wünsche einzubringen beziehungsweise auf den Tisch zu legen.

(Glocke des Präsidenten)

Noch einen Satz! - Sobald das Regionale Entwicklungskonzept seine neuen Formen angenommen hat, seine neue Strukturen erkennbar sind, werden wir Sie - wie gesagt - darüber unterrichten und Ihnen die Möglichkeit geben, dies parlamentarisch zu beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Bericht lässt die Vermutung aufkommen, dass hier etwas zweimal vermarktet werden soll - ein interessantes Beispiel für parlamentarische Abfallproduktverwertung bei Rot-Grün. Für den 8. Februar 2001 ist nämlich eine **Konferenz Norddeutschland**, diesmal unter der Federführung Schleswig-Holsteins, geplant, übrigens eine Institution, die es seit 1969 gibt, also keine Erfindung von Rot-Grün. Dafür muss die Landesregierung natürlich Vorarbeiten leisten. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen dann schnell einen Berichts Antrag zur norddeutschen Zusammenarbeit. Vielleicht gibt es dann im Vorfeld auch noch Hinweise vonseiten der Landesregierung, was sie besonders darstellen möchte. Also wird ein entsprechender Antrag der Regierungsparteien formuliert. Das sieht mir sehr nach einem abgekarteten Spiel aus.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hört, hört! - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Nur die Schwäche des Berichts spricht gegen diese Vermutung.

Vielleicht soll aber auch die aktuelle Vermarktung davon ablenken, dass die Konferenz im Februar bestenfalls mit dem Ergebnis ausgehen wird: außer Spesen nichts gewesen. Die Kernaussage des Berichts lautet nämlich: Die **Zusammenarbeit** mit den norddeutschen Nachbarn funktioniert. Wenn man dann auf der letzten Seite des Berichts angekommen ist, muss man feststellen, dass das natürlich eine mächtige Übertreibung ist. Wir haben hier bereits gestern über die Problematik der Zusammenarbeit mit Hamburg betreffend die Nutzung der Standspur auf der A 7 und A 23 diskutiert.

Da wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit erheblich zu wünschen übrig lässt. Die Verkehre, die **Verkehrsfragen**, die eine Zusammenarbeit mit Hamburg nötig machen, werden in diesem Bericht nicht einmal erwähnt. Die für unser Land so wichtige A 20 findet in dem Bericht gerade mit einem einzigen Satz Erwähnung. Es finden sich keine Aussagen darüber, dass Hamburg eine andere Trassenplanung vorziehen würde. Es finden sich auch keine Aussagen dazu, dass Hamburg in der A 20 eigentlich eine Stadtumgehungsautobahn sieht, dass aber für Schleswig-Holstein diese A 20 die einzige Chance ist, zum einen die Erschlie-

(Martin Kayenburg)

ßung wirtschaftsschwacher Regionen an der Westküste und weiter nördlich sicherzustellen und zum anderen die verkehrliche Entwicklung aus dem skandinavischen Raum und die Standortverbesserung für ganz Schleswig-Holstein zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlt jeder Hinweis auf diese Differenzen. Und es gibt keine Aussagen dazu, welche Gespräche mit welchen Behörden in dieser Frage geführt werden.

Nehmen wir einen anderen Bereich, die **Bildungspolitik**. Im dritten Teil bemüht sich der Bericht um eine Bestandsaufnahme. Im vierten Teil will er dann konkretisieren und Erfolge bilanzieren. Ich will nicht verhehlen, dass das in einzelnen isolierten und konkreten Projekten der Kooperation - wie zum Beispiel bei der Finanzierung eines Forschungsschiffes oder bei der Errichtung eines norddeutschen Bibliotheksverbundes - funktioniert. Das soll auch anerkannt werden. Aber in den umfassenden Fragen der Bildungspolitik fehlen Visionen, da gibt es keine strukturellen und politischen Voraussetzungen für künftige Zusammenarbeit. Es gibt immer noch keine Hochschulstrukturplanung. Der alte Landeshochschulplan von vor neun Jahren taugt einfach nicht für eine Neuausrichtung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es gibt natürlich eine Zusammenarbeit bei den Hochschulen. Aber wo ist die Zusammenarbeit in der Politik, wo sind die Vorgaben, was denn mit Hamburg gemeinsam gerade im Hochschulbereich auf den Weg gebracht werden kann?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Es wird lediglich auf das HIS-Projekt „Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich norddeutscher Hochschulen“ hingewiesen, allerdings - und da ist der Bericht ehrlich, das will ich gern zugeben - wird dessen geringer praktischer Wert unter Beweis gestellt. Dieser Untersuchung wird nämlich bescheinigt, sie sei in „hohem Maße von methodischem Entwicklungsbedarf“ geprägt. Ich denke, damit wird deutlich, dass die norddeutsche Zusammenarbeit - wie an vielen Stellen - auch hier nur Absichtserklärung ist, aber es gibt keine Hinweise auf konkrete Absprachen oder gar Darstellungen, die in konkrete Ergebnisse münden.

Nehmen wir zum Beispiel die Zusammenarbeit bei der **Berufsschullehrerausbildung**, deren Reformbedarf laut Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Eisenberg bereits durch ein 1996 vergebendes Gutachten untersucht wurde, in dem es konkrete Aussagen gibt. Im Bericht wird dann aber vor allem das Ziel

beschrieben, den Nachwuchsbedarf an Berufsschullehrern aus den Nachbarländern zu sichern, statt für den Beruf des Berufsschullehrers politisch aktiv zu werben. Ich frage: Wo bleiben eigentlich die Konsequenzen aus dem Gutachten? Dort, wo die norddeutsche Zusammenarbeit laut Bericht besondere Erfolge aufweist, ist die Landesregierung nicht beteiligt, ich nenne nur die Volkshochschulen.

Flickenteppichweise wird aus fast jedem Ressort etwas berichtet. Ich sage: Patchwork statt Pepita. Interessant ist, dass es offensichtlich im Bereich des Justiz- und Frauenministeriums eine norddeutsche Zusammenarbeit überhaupt nicht gibt, nicht einmal im Ansatz. Bei der Medienpolitik, Frau Simonis, sind die Verdienste nicht auf Sie zurückzuführen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Martin Kayenburg [CDU]:

Jawohl! - Insgesamt ist dieser **Bericht**, auch wenn hier und da erfolgreiche Zusammenarbeit stattfindet, eine Absichtserklärung. Es fehlen die Visionen, es fehlen Hinweise auf zukünftige Strukturpolitik. Frau Simonis, die **Ideenlosigkeit**, die Sie als Richtlinie im Kabinett vorgeben, wird in diesem Bericht deutlich. Ich kann sagen: Das ist ein mageres Ergebnis.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, Herr Kollege Kayenburg, dass ich bei der Beurteilung des Berichts zu einem ganz anderen Ergebnis komme, nämlich zu einer äußerst positiven.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich bei der Landesregierung bedanken. Als die Grünen und die SPD-Landtagsfraktion im Juni dieses Jahres den Antrag zur Verstärkung der **Zusammenarbeit der norddeutschen Länder** einschließlich des Berichtsanspruchs in den Landtag eingebracht haben, waren wir uns nicht darüber im Klaren, in wie vielen Bereichen eine Zusammenarbeit vor allem zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein schon klappt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Zusammenarbeit der erste Schritt ist; der nächste

(Lothar Hay)

Schritt ist der Zusammenschluss von Einrichtungen und Behörden. Das muss mit größerem Tempo vorangetrieben werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir wissen aber auch, wenn zwei zusammenarbeiten wollen, müssen es beide wollen. Das heißt, wir können nicht anordnen: Liebe Hansestadt Hamburg, mach bitte Folgendes mit uns. Es funktioniert nur dann, wenn beide Seiten erkennen, dass die Zusammenarbeit und der Zusammenschluss **Kostenvorteile** bringt. Das muss man entsprechend nachweisen.

Wir sind uns mit der Landesregierung darin einig, dass die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern ein Politikfeld ist, das auf **Langfristigkeit** ausgerichtet sein muss. Oder wie ich es im Juni gesagt habe: Hier geht es um das Bohren dicker Bretter.

Regelmäßige Treffen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg und auch mit den anderen drei **norddeutschen Bundesländern** stehen sehr oft auf der Tagesordnung. Ich gehe davon aus, dass dies auch die **Entwicklung**, die ich gerade skizziert habe, nach vorn treiben wird.

Ich darf nur einmal einige Beispiele nennen: die Gemeinschaftsstände Norddeutschlands auf großen Messen in Hannover, die gemeinsame Verkehrsplanung mit Hamburg, die Planungen für die Erweiterung des DESY, die norddeutschen Energiegespräche, die gemeinsame Rechtspflegerausbildung, die gemeinsame Krankenhausplanung, das sehr erfolgreiche Hanse-Office und die gemeinsame Vertretung mit Niedersachsen in Berlin. - Also, es ist schon einiges geschehen.

Wir haben in unserem Antrag im Juni bewusst einige Punkte genannt, bei denen wir der Meinung sind, dass noch mehr geschehen muss. Ich habe gelesen, dass bei den **statistischen Landesämtern** in einigen Bereichen zusammengearbeitet werden soll, zum Beispiel bei der Agrarstatistik. Das macht ja auch Sinn, Hamburg ist kein agrarstrukturiertes Land.

(Zurufe von der CDU)

Ich glaube aber, dass man hier noch schneller zum Zusammenschluss beider Einrichtungen kommen kann. Ich hoffe, dass hier möglichst schnell der Knoten durchschlagen wird.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Besonders erfolgreich ist im Moment die Zusammenarbeit im Bereich der **Eichverwaltung**. Wenn da steht, man gehe davon aus, in den nächsten zwei bis drei Jahren würde man zu einem Zusammenschluss kommen, meine ich, auch hier muss mit mehr Druck gearbeitet werden, sodass das vielleicht in nur einem Jahr steht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Was die **Hochschulen** angeht, so glaube ich, dass im Interesse der Länder und der Hochschulen eine Zusammenarbeit möglichst schnell gesucht werden sollte. Ein Beispiel, wie dies funktionieren könnte, ist der Kooperationsvertrag zwischen der Christian-Albrechts-Universität - unserer Landesuniversität - und der Universität Lund, der im vergangenen Jahr im Rahmen des Besuchs des Wirtschaftsministers mit der Kultusministerin und Vertretern der CAU geschlossen wurde. Die Länder können zwar unterstützend tätig sein, aber für die Gestaltung der eigenen Zukunftsfähigkeit gefordert sind die Hochschulen selbst.

Ein weiterer Punkt ist die Zusammenarbeit der **Medienanstalten**. Ich bedauere es nach wie vor, dass wir noch nicht so weit sind, dass es eine norddeutsche Medienanstalt gibt. Das muss nach wie vor unser Ziel sein. Dass wir im Bereich der Bürgermedien zusammenarbeiten, ist für mich nur die zweitbeste der möglichen Lösungen.

Erfreulich ist auch - Frau Simonis hat das gesagt - das **REK 2000**. Ich freue mich, dass wir uns damit im Landtag beschäftigen werden, da das wirklich ein Erfolg der Arbeit der Landesregierung ist. Aber das Parlament wird sicher auch hier umfassend die einzelnen neuen Leitprojekte diskutieren müssen, weil sich das auch auf kommunaler Ebene abbildet. Ich freue mich auf diese Diskussion in den nächsten Wochen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir möchten die Landesregierung ermuntern, an dem eingeschlagenen Weg festzuhalten und - wo immer es möglich ist - die Geschwindigkeit und die Intensität der Zusammenarbeit zu erhöhen.

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD], Thorsten Geißler [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

Wir würden uns freuen, wenn die nächste gemeinsame Sitzung der norddeutschen Bundesländer im Februar nächsten Jahres zu deutlichen und konkreten Ergebnissen kommt.

(Lothar Hay)

Aber, wie ich schon am Anfang meiner Rede sagte, zum Zusammenschluss und zur Zusammenarbeit muss man mindestens zwei haben, die das wollen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich gehe davon aus, dass wir alle auf unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bürgerschaft in Hamburg, im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen sowie in der Bürgerschaft in Bremen einwirken. Ich glaube, dann können wir uns bald freuen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Roswitha Strauß [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, freue ich mich, jetzt endlich Gäste begrüßen zu können. Aus dem „fernen“ Bad Schwartau sind die Realschülerinnen und Realschüler angereist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Frau Abgeordneter Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Hause sind eine ganze Reihe von Themen zweifach, dreifach, mehrfach und vielfach bearbeitet worden. Eine ganze Reihe von Themen ist auch deutlich zu oft bearbeitet worden. Das Thema **norddeutsche Zusammenarbeit** ist dagegen ein eher vernachlässigtes Thema. Ich finde es richtig, dass wir dieses Thema in diesem Hause diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine, wir sollten das erstens öfter und zweitens mit mehr Zeit tun.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, Frau Heinold! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben einen ausgesprochen positiven Bericht vorgetragen. Wenn ich nicht gerade vor kurzem Gelegenheit gehabt hätte, mich mit Herrn Voscherau - ehemals Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg - zu unterhalten, dann hätte ich Ihnen in manchen Punkten auch noch geglaubt. Herr Voscherau sieht die Zusammenarbeit im norddeutschen Raum allerdings ein wenig anders. Da er nicht mehr Bürgermeister ist, sieht er die Zusammenarbeit vielleicht mit ein wenig Abstand. Allerdings sieht er sie auch mit

ganz konkreten Erfahrungen. Daher glaube ich, dass wir ein wenig kritischer in das Thema einsteigen sollten, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Voscherau ist von dem Kollegen Eichstädt vom SPD-Kreisverband des Kreises Herzogtum-Lauenburg eingeladen worden. Insofern glaube ich, dass er ein sehr geschätzter Gesprächspartner ist. Diese Einschätzung wird wohl auch vonseiten der SPD geteilt. Herr Kollege Eichstädt, oder wollen Sie sich jetzt von Ihrem Kreisverband distanzieren?

Nun kommen wir zu einem anderen Thema. Es ist doch symptomatisch, dass in der Bewertung dieses Berichts von beiden Kollegen aus der SPD-Fraktion - von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, und auch von Ihnen, Herr Hay - ein Thema genannt worden ist. Das ist die **Eichverwaltung**. Wir sollten nicht glauben, dass die Zusammenlegung der Eichverwaltung, die zusammen 100 Mitarbeiter umfasst - 40 in Hamburg und 60 in Schleswig-Holstein - das Thema norddeutsche Zusammenarbeit wirklich vorangebracht hätte. Das kann ich so nicht erkennen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Von daher hat der Kollege Kayenburg die richtigen Themen angesprochen, die eine verstärkte Zusammenarbeit erfordern. Das ist in großem Maße die **Verkehrspolitik**. Der Bericht gibt sich als Erfolgsstory - auch dort, wo die tatsächlichen Gegebenheiten alles andere als eine Erfolgsstory sind. Hier sind sowohl der Verkehrsbereich als auch der **Abfallbereich** zu nennen. Der Bericht verschleiert oder verschweigt Probleme, statt Lösungsvorschläge vorzustellen. Herr Kollege Hay, solch einen geschönten Bericht geben Regierungen üblicherweise am Ende der Legislaturperiode ab. Diese Regierung ist offensichtlich schon ein halbes Jahr nach Beginn der Legislaturperiode am Ende. Das muss ich daraus schließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Einbringung des Haushalts hat in der letzten Sitzung jedem hier vor Augen geführt, dass das Land kurz vor dem Bankrott steht. Nur durch einen Quantensprung in der **Effizienzverbesserung** der öffentlichen Verwaltungen - verbunden mit einem **Stellenabbau** - wird das Land in Zukunft in der Lage sein, seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Sie, Herr Kollege Hay, haben bei der Einbringung des Berichtsantrags ausgeführt, dass es das Ziel der Initiative sei, das **Tempo der Zusammenarbeit** in Norddeutschland zu beschleunigen. Um im Bild zu bleiben: Zusammenlegung der Eichverwaltung in einem statt in zwei Jahren. Weiter heißt es, er wolle Wege aufge-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

zeigt bekommen, „wie etwas geht“. Das finde ich zwar nicht gerade elegant ausgedrückt, gleichwohl stimmt - auch nach Auffassung der F.D.P. - die Richtung. Darüber herrschte im Hause Einigkeit - mit Ausnahme des SSW, der sich noch nicht ganz entschieden hat, ob er nicht doch dem Klein-Klein der Kirchturmpolitik den Vorrang einräumen sollte. Liebe Kollegin Spoorendonk, so habe ich Ihren Beitrag verstanden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gleichzeitig darf ich darauf hinweisen, dass der Bericht der Landesregierung den Eindruck vermittelt, als sei die **Zusammenarbeit** zwischen den **Regierungsfractionen** und der **Landesregierung** nicht eben gut. Der Regierungsbericht beschäftigt sich auf über 50 Seiten damit, welche Formen der Zusammenarbeit bereits bestehen. Das eigentliche Anliegen der Regierungsfractionen, in welchen Bereichen kann durch Verstärkung der Zusammenarbeit - wie zum Beispiel durch Zusammenlegung von Behörden - eine bessere Aufgabenwahrnehmung und mehr Effizienz erreicht werden, behandelt der Bericht nachrangig.

Bei der Darstellung der bestehenden Zusammenarbeit fehlt eine kritische **Würdigung**. Trotz der bereits seit 1969 jährlich durchgeführten Konferenz Norddeutschland sind wichtige verkehrspolitische Fragen nicht vorangekommen. Hamburg ist nach wie vor ein Nadelöhr. Seit dem Bau des Elbtunnels gibt es keine zusätzliche Elbquerung - ob Ost oder West -, es gibt keine schnelle spurgeführte Anbindung des Hamburger Flughafens, der doch schon seit 50 Jahren besteht. Die Transrapidverbindung zwischen Hamburg und Berlin - als zusätzliche Trasse zwischen den beiden norddeutschen Metropolen - wurde von Schleswig-Holstein - entgegen den Interessen ganz Norddeutschlands - torpediert.

(Lars Harms [SSW]: Gott sei Dank!)

Das ist doch keine erfolgreiche Zusammenarbeit!

Ein weiterer Schwachpunkt ist die **Abfallpolitik**. Das Problem Baggergut wird ausgeklammert, die Andienungspflicht zur SAVA bedeutet für Betriebe im Osten Hamburgs eine deutliche Kostensteigerung. Auch das ist nicht gerade eine Erfolgsstory.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist an der Zeit, dass nicht die Atmosphäre bei Verhandlungen oder der Umfang von Regierungsvereinbarungen als Maßstab für den Erfolg länderübergreifender Zusammenarbeit gewertet werden, sondern die tatsächlichen Ergebnisse.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich komme zum Schluss. - Wir sind der Auffassung, dass eine genaue Würdigung der einzelnen Darstellungen nur in den zuständigen Fachausschüssen erfolgen kann. Deswegen überweisen wir den **Bericht** an alle **Fachausschüsse**.

Insgesamt aber müssen wir uns alle fragen, ob es wirklich auf Dauer der richtige Weg ist, dass von den Politikern das Thema **Nordstaat** ausgeklammert wird, gleichzeitig aber komplizierte länderübergreifende Verwaltungsverfahren inszeniert werden.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Könnte es nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger bedeutend mündiger sind, als manch einer hier im Hause es ihnen zutraut?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe von der Opposition nichts anderes erwartet. Die CDU macht wieder einen auf „Mäkelfritze“. Die F.D.P., die den Antrag abgelehnt hat, weil sie Angst hatte, dass vielleicht in der Berufsschulausbildung enger zusammengearbeitet würde, sagt jetzt: Warum wird denn nicht der Verkehrsbereich mit beleuchtet? Fragen Sie Herrn Klug! Hätten Sie sich doch damals konstruktiv an der Debatte beteiligt und dieses vielleicht als Ergänzung zum Antrag gefordert! Im Antrag taucht der Verkehrsbereich überhaupt nicht auf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie benehmen sich jetzt schon wie eine Oppositionspolitikerin!)

An den Anfang möchte ich ein dickes Lob an die Landesregierung und an die Verwaltung stellen. Dieser **Bericht** ist sehr umfassend. Er schaut zurück, bilanziert das **Tagesgeschäft** und entwickelt **Perspektiven** für die Zukunft.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn?)

- Herr Kayenburg, Sie haben ihn vielleicht nicht gelesen. Das macht auch nichts. Am erfreulichsten ist der letzte Teil des Berichts: „Weiteres Vorgehen der Lan-

(Monika Heinold)

desregierung“. Hier wird deutlich, dass die Landesregierung den Wunsch des Parlaments ernst genommen hat und sofort aktiv geworden ist. Herr Kayenburg, wenn Sie jetzt sagen, das war alles Strategie, dann trauen Sie uns viel zu. In der Sache ist es aber so, dass wir uns als Parlament vorgenommen haben, das Ganze zu puschen. Das haben Sie auch dem Beitrag von Herrn Hay entnommen. Ich bin Frau Happach-Kasan sehr dankbar dafür, dass Sie sagte, wir müssten diese Debatte öfter und mit mehr Zeit führen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Die Landesregierung nimmt den Berichtsantrag zum Anlass, die Thematik im Februar 2001 erneut in die Konferenz der norddeutschen Länder einzubringen. Weiter hat sie Arbeitsaufträge für die einzelnen Ministerin beschlossen, um Möglichkeiten und Lösungsvorschläge für die weitere Zusammenarbeit im norddeutschen Raum zu erarbeiten. Zu Recht stellt die Regierung dar, dass diese **Zusammenarbeit** einem ständigen **Entwicklungsprozess** unterliegt.

Ein Blick zurück in die jüngere Geschichte zeigt frühe Beispiele für norddeutsche Kooperationen. Seit 1969 gibt es die **Konferenz Norddeutschland**. Seit 1989 finden regelmäßig gemeinsame Kabinettsitzungen von Hamburg und Schleswig-Holstein statt. Tradition hat auch die Zusammenarbeit im Ausbildungssektor in verschiedenen Bereichen. Seit 1995 gibt es gemeinsame Messestände, zum Beispiel auf der CeBIT. Der Slogan „Technologie aus Norddeutschland“ schafft zum Beispiel Identifikation für den ganzen norddeutschen Raum. Es entsteht so etwas wie Corporate identity zwischen den Nordlichtern.

Die jetzt neu formulierten Arbeitsaufträge machen deutlich, wo es - auch aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - einer weiteren **Kooperation im norddeutschen Raum** bedarf. Es sind dies die Bereiche Hochschulen, Lehreraus- und Fortbildung, Weiterbildungsinfrastruktur, Zusammenarbeit von Laboren und Landwirtschaftsverwaltung, Statistische Landesämter, Landesvermessungsämter, Datenzentralen, Katastrophenschutz und Eichverwaltung. Ziel der Landesregierung muss es sein, noch im Laufe des Jahres 2001 auf einzelnen Gebieten zu konkreten Verabredungen im Sinne des Berichtsantrags zu kommen. Herr Hay hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir dazu Partner brauchen. Ohne Partner gibt es keine Zusammenarbeit.

Wir können uns überflüssige **Doppelstrukturen** nicht leisten. Nur so werden wir bezahlbare Verwal-

tungsstrukturen haben, auch wenn die Bundesergänzungszuweisung für die politische Arbeit kleiner Länder auslaufen sollte. Die Landesregierung hat die Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Weg der weiteren Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern mutig und andere motivierend zu gehen. Wir alle müssen auf unsere Fraktionen der anderen Bundesländer einwirken, damit diese Kooperation von dort auch unterstützt wird.

Dabei teilen wir die drei Grundsätze, von denen sich die Landesregierung bei der Zusammenarbeit im norddeutschen Raum leiten lässt. Frau Simonis hat ja darauf hingewiesen: Die Zusammenarbeit und kooperative Lösungen müssen für die Bürgerinnen und Bürger insgesamt vorteilhafter sein. Entgegengesetzte Interessen müssen deutlich ausgesprochen werden und ein funktionierender Föderalismus muss immer auf einem fairen Interessenausgleich basieren.

(Unruhe)

Meine Fraktion geht davon aus - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es ist etwas zu unruhig im Haus und auch auf der Regierungsbank.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielleicht hört die Regierung eher zu, wenn ich sie kritisiere, aber eigentlich bin ich noch beim Lob.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Fraktion geht davon aus, dass unter Beachtung dieser Grundsätze eine stärkere Zusammenarbeit der norddeutschen Länder nicht nur aus finanzieller Sicht notwendig ist, sondern dass diese Zusammenarbeit auch inhaltlich für alle Beteiligten von Vorteil ist, zumal wir im Rahmen der Ostseekooperation als Nordländer zusammenarbeiten müssen, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Spätestens wenn das Land ernst macht und eigene Strukturen auflöst, wird es hier im Parlament zum Schwur kommen,

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- ich komme zum Schluss - ob wir tatsächlich alle dazu stehen, dass Verwaltung schlanker werden soll. Die Eckdaten der künftigen Haushalte - Sie kennen die mittelfristige Finanzplanung - lassen jedoch keine Alternative zu.

Angesichts der Notwendigkeit, sich in Zukunft in einem vereinten Europa als **Region** zu präsentieren, würden wir eine große Chance vertun, wenn die **norddeutschen Länder** in den nächsten Jahren nicht verstärkt zusammenarbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Hauptanliegen des Berichtsantrages aus der Juni-Landtagstagung war eigentlich, dass der Landtag einen **Bericht** über die weiteren Pläne zur Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Die **Landesregierung** hat aber gleich die Gelegenheit genutzt, um über die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit und über die bisher gemachten Erfahrungen zu berichten. Das ist sinnvoll, da wir somit einen Überblick über die bisherige Entwicklung erhalten. Erst im letzten Abschnitt des Berichts wird auf die geplante Zusammenarbeit in den einzelnen Bereichen eingegangen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Genau!)

In der Einleitung des Berichts stellt die Landesregierung klar, dass die Diskussion über einen möglichen **Nordstaat** - liebe Kollegin Happach-Kasan - ad acta gelegt werden kann. Die Debatte über den Nordstaat war immer eine Art Phantomdiskussion. Man kann nur allen raten, diese Gedanken endlich beiseite zu legen - ich könnte hinzufügen: Brandenburg lässt grüßen.

(Beifall beim SSW)

Richtig ist, dass alle **norddeutschen Bundesländer** ein klares Interesse daran haben, in konkreten Feldern gemeinsame Projekte und Initiativen voranzubringen. Dabei ist es aus unserer Sicht wichtig, dass alle Länder als gleichberechtigte Partner angesehen werden und dass alle Partner einen Gewinn aus dieser **Zu-**

sammenarbeit ziehen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass jedes Bundesland auch seine eigenen legitimen Interessen offen innerhalb dieser Zusammenarbeit vertreten muss. In diesem Sinne kann der SSW die Maxime der Landesregierung „So viel Eigenständigkeit wie möglich, so viel Koordination wie nötig“ nur unterstützen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht zeigt, dass es auch ohne einen Nordstaat eine breite und vielfältige Kooperation mit den norddeutschen Ländern in fast allen wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft gibt: Von der Verkehrsplanung über Abfall, Krankenhausplanung,

(Martin Kayenburg [CDU]: Krankenhausplanung? Das ist zehn Jahre her! Das ist nicht zu fassen! Sie haben den Bericht nicht gelesen!)

Energie, Umwelt bis hin zu den Hochschulen gibt es sie zum Teil schon seit Jahren - seit zehn Jahren - je nach Bereich mehr oder weniger intensiv. Das möchte ich hinzufügen.

(Klaus Schlie [CDU]: Eher weniger als mehr!
- Martin Kayenburg [CDU]: Das war 1989!)

Trotz einiger Probleme, die bei gleichberechtigten Partnern auftreten können - siehe beispielsweise den Ausbau der A 7 -, ist es sicherlich richtig, dass die Zusammenarbeit in der täglichen Praxis ganz gut funktioniert. Aber natürlich kann und muss dennoch eine Verbesserung in einigen Bereichen angestrebt werden.

Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die **Zusammenarbeit mit Hamburg** einen **Schwerpunkt** bildet - ob man es nun mag oder nicht. Um die Weltstadt Hamburg dreht sich in Norddeutschland sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und kultureller Hinsicht fast alles, um es einmal ganz überspritzt auszudrücken.

Mit dem **Regionalen Entwicklungskonzept** Metropolregion Hamburg haben die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg ein vernünftiges Instrument geschaffen, um die Herausforderungen, die sich aus dem Zusammenleben von fast 4 Millionen Menschen in der gesamten Region ergeben, zu bewältigen. Dabei möchte ich betonen, dass sich der SSW weiterhin für eine **Stärkung des nördlichen Landes-**teils stark macht. Das Augenmerk der Landesregierung darf nicht ausschließlich auf die wirtschaftlich starken Gebiete um Hamburg oder Kiel gerichtet sein. Ich weiß, dass das ein anderes Thema ist. Von mir aus

(Anke Spoorendonk)

darf man das gern als Klein-Klein oder als Kirchturmpolitik charakterisieren.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Das ist aber ein wichtiges Thema für ganz viele Menschen in diesem Land.

(Zurufe von der CDU)

Das eine, liebe Kollegin Happach-Kasan, schließt das andere nicht aus.

Dennoch: Angesichts dieser gut entwickelten Zusammenarbeit in der Region Hamburg verblasst fast die Zusammenarbeit **Schleswig-Holsteins** mit Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Aus unserer Sicht wäre es deshalb wünschenswert, wenn die Kooperation insbesondere mit dem Ostseeanrainer **Mecklenburg-Vorpommern** verbessert wird. Vor allem im Rahmen der Ostseekooperation haben beide Bundesländer viele gemeinsame Interessen. Ich sehe es als ein wichtiges Signal, dass die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald stattfindet.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Rolf Fischer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der entscheidenden Frage, ob zur Erzielung von **Synergieeffekten** die Zusammenarbeit von Verwaltungseinrichtungen oder sogar die Zusammenlegung verstärkt werden kann, gibt es im Bericht leider nur wenig Neues. Das bedauere ich. Dabei sind die Planungen für eine gemeinsame Eichverwaltung der Länder und Hamburg die am weitesten gereiften. In fast allen anderen Bereichen hat die Landesregierung jetzt erst einmal Prüfaufträge an die Ministerien vergeben.

So sagt der Bericht leider auch nichts darüber aus, mit welchem finanziellen **Einsparpotential** im Landshaushalt man durch die verstärkte Zusammenarbeit mittel- oder langfristig rechnen kann. Dies ist natürlich kein unerheblicher Faktor bei der Bewertung der zukünftigen norddeutschen Zusammenarbeit.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Eine Antragstellung habe ich nicht gehört.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Doch!
- Martin Kayenburg [CDU]: An alle Ausschüsse!)

- Frau Dr. Happach-Kasan, Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss?

(Martin Kayenburg [CDU]: An alle Ausschüsse!)

- An alle Ausschüsse? Das ist ein guter Vorschlag.

(Heiterkeit)

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf

Reform der Juristenausbildung

Landtagsbeschluss vom 12. Mai 2000

Drucksache 15/69

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/228

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie.

Frau Lütkes, Sie haben das Wort!

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gestrige kurze Debatte über die Justizreform hat deutlich in Erinnerung gerufen, dass eine veränderte Streitkultur sowohl außergerichtlich als auch gerichtlich einer veränderten **Juristenausbildung** bedarf. Wir können nur dann erwarten, dass sich die beteiligten Juristinnen und Juristen an Streitschlichtung und Streitentscheidung so beteiligen, dass alle Anforderungen erfüllt werden, wenn eine qualifizierte Ausbildung gewährleistet ist.

Leider zeigt Ihnen der vorliegende schriftliche Bericht, dass wir die sehr konkreten Fragen in der jetzigen Situation noch nicht beantworten können, weil die Gesamtdebatte über die Juristenausbildung, die notwendig auf Bundesebene geführt werden muss, in einer Phase ist, in der sie stagniert. Bei der Einbringung Ihres Berichtsantrages war ich noch davon ausgegangen - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin! - Vielleicht könnten notwendige Zweiergespräche vor die Tür verlagert werden.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Das Thema ist vordergründig ein recht trockenes, aber genauso wie die Justizreform selbst hat es einen sehr realen Bezug. Der ist aber etwas schwierig zu sehen. Daher sollten wir ihn vielleicht direkt im Rahmen von Fachgesprächen weiterführen.

Ich möchte dennoch deutlich machen, dass es nicht auf eine Verweigerungshaltung der Landesregierung zurückgeht, wenn wir Ihre sehr konkreten Fragen nicht beantworten. Dies ist vielmehr der **Gesamtdiskussion auf Bundesebene** geschuldet. Wir stellen bei der Justizministerkonferenz leider fest, dass es eine sehr breite - ich möchte nicht sagen: Blockadehaltung - Abwehrhaltung gegen eine qualifizierte Diskussion gibt. Dies ist sehr bedauerlich, weil das von Baden-Württemberg vorgelegte Grundsatzmodell ein zu diskutierendes Modell ist und im Grundsatz auch von Schleswig-Holstein begrüßt worden ist. Wir haben Ihnen im schriftlichen Bericht dargelegt, dass noch sehr viele Dinge zu diskutieren sind.

Wenn man von einer **einphasigen juristischen Ausbildung** als einem Zukunftsmodell ausgeht, muss man sehr genau klären, wann und wie der Praxisbezug in das Studium, in die Ausbildung einzugliedern ist. Man muss insbesondere - und dies in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz - sehr genau klären, wie die qualitätvolle Ausbildung in der juristischen Universitätsausbildung garantiert werden kann und wo die Schwerpunkte der Betreuung liegen. Allein dieser Problemkreis zeigt, dass der Ansatz, über eine veränderte Juristenausbildung zu einer Einsparungsmöglichkeit für den Landeshaushalt kommen zu können, verfehlt ist. Die Juristenausbildung muss das Ziel haben, gerade auch andere Richterinnen- und Richterpersönlichkeiten herauszubilden, nicht aber das Ziel, Einsparungen zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Wenn man von letzterem Ansatzpunkt ausgeht, kann man die Debatte um die Juristenausbildung beenden. Das ist auf Länderebene in dieser Allgemeinheit unstrittig.

Streitig ist aber, wie mit dem Vorschlag des Herrn Goll umzugehen ist. Wir mussten leider feststellen, dass im Moment zwar theoretisch die Bereitschaft zur weiteren Diskussion vorhanden ist, diese Bereitschaft sich aber nicht in die Praxis umsetzt. Insofern ist die **Justizministerkonferenz** bisher auch nicht in der Lage, die notwendigen sachlichen Gespräche mit der **Kultusministerkonferenz** zu führen, da diese sachlichen Gespräche nur dann möglich sind, wenn man sehr konkrete Anforderungen und sehr konkrete eigene

Vorstellungen hat. Sonst kann es nicht zu gemeinsamen Gesprächen kommen. Das ist eine etwas bittere Analyse. Es wäre aber ein Darumherumreden, wenn man dies nicht sehr klar sagen würde.

Herr Geißler, es tut mir sehr leid, Ihnen sagen zu müssen, dass diese etwas zurückhaltende Position in dieser Debatte leider von den CDU-geführten Ländern sehr deutlich formuliert wird, aber nicht in der Art, dass man zu qualitätvollen Gesprächen kommt. Diese Gespräche finden bisher leider nicht statt. Insofern hoffe ich sehr, dass es auf der Justizministerkonferenz im Herbst zu einem Qualitätssprung kommt.

Egal, von welcher Seite man sich dem Problem nähert, wir können uns dem Gedanken nicht verschließen, dass die modernen Anforderungen an die Justiz, die wir gestern ja auch ansatzweise haben besprechen können, nur dann durchgehalten und umgesetzt werden können, wenn sich die **Universitätsausbildung** und die **Praxisausbildung** für Juristinnen und Juristen verändern. Im Hinblick auf diese Veränderungsdebatte sind wir uns in Ansätzen ausnahmsweise einmal nicht einig, meine Herren von der CDU! Es ist festzustellen, dass es bislang nicht die entsprechenden Vorschläge gibt.

Ich fasse zusammen. So gern von Schleswig-Holstein ein umfassender Entwurf vorgelegt würde - dies ist eine Sache, die auf Bundesebene möglichst einverständlich geklärt werden muss. Es geht auch nicht - um dies deutlich zu sagen -, dass ein Land einen Alleingang macht. Es geht um **Veränderungen von Bundesrecht**. Dabei sollte man möglichst breit streuen. Eine Öffnungsklausel im deutschen Richtergesetz kann die Einheitlichkeit der Rechtsfindung und die Einheitlichkeit der Besetzung der Gerichte gefährden. Es ist kein Platz für eine Einzellösung auf Landesebene gegeben, sondern es kann nur eine Lösung auf der Basis von Gemeinsamkeit geben. Diese Gemeinsamkeit ist im Moment aber noch nicht hergestellt. Insofern ist der Bericht notwendigerweise rudimentär.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für den Bericht.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich bedanke mich herzlich für den Bericht, der dem hohen Hause ja schon vor einiger Zeit vorgelegt wurde. Allerdings schadet es in diesem

(Thorsten Geißler)

Falle nicht, dass wir erst heute in die Aussprache eintreten können, denn eines muss man feststellen: Die Reform euphorie, die noch vor zwei Jahren bestand, als die Justizministerkonferenz meinte, mit einem überschriftenartig gehaltenen Thesenpapier nun in einem Parforceritt die gesamte **Juristenausbildung** innerhalb kürzester Zeit ändern zu können, besteht nicht mehr. Ich glaube, das ist auch gut so. Bevor man einen so weit gehenden **Systemwechsel** vornimmt, wie er vor zwei Jahren angedacht war, wäre es gut, im Dialog mit den Betroffenen, mit den Universitäten und mit den Praktikern, zunächst einmal vorurteilsfrei über Stärken und Schwächen des bisherigen Systems zu diskutieren und dabei auch die Vor- und Nachteile herauszustreichen, die ein solcher Systemwechsel mit sich bringen würde.

An der derzeitigen Juristenausbildung wird Kritik in folgender Hinsicht geübt. Es ist die Rede von Justizlastigkeit und es wird gesagt, die Rechtsberatung spiele eine zu geringe Rolle, die internationalen Rechtsbeziehungen würden nicht genügend herausgestellt, die europäische Integration werde nicht berücksichtigt, es würden Anwendungstechniken unzureichend ausgebildet und eine Tätigkeit in der Wirtschaft würde unzureichend vorbereitet. Darüber kann man natürlich diskutieren. Ich halte eine solche Diskussion auch für sinnvoll.

Wir müssen uns aber über eines im Klaren sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass die **Universitäten** bereits in den vergangenen Jahren erhebliche und auch erfolgreiche Anstrengungen unternommen haben, die **Qualität der Ausbildung** zu verbessern. An einem Problem kommen Sie aber nicht vorbei, nämlich an der **Überlast**. Es ist eine Tatsache, dass immer noch ein ungebremster Ansturm auf das juristische Studium besteht. Weit mehr junge Menschen drängen in das Jurastudium, als letztendlich nach Abschluss der Ausbildung in klassischen Juristenberufen unterkommen können. Weit mehr junge Juristinnen und Juristen studieren an unseren Universitäten, als es nach der Personal- und Sachausstattung unserer Hochschulen eigentlich angemessen wäre. Es darf sich niemand darüber wundern, dass darunter die Qualität der Ausbildung leidet. Dies wird auch niemanden überraschen.

Ich sage eines sehr klar: Ich hatte zu Beginn der Beratungen auf der Ebene der Justizministerkonferenz den Eindruck, dass in erster Linie fiskalische Argumente der Ausgangspunkt für die Diskussion waren. Das kann aber nicht der Weg sein und das kann auch kein günstiges Rezept sein. Wenn wir über **Reformen** streiten, dann muss es um **Qualitätsverbesserung** und nicht in erster Linie um **Einsparmaßnahmen** gehen. Eine qualitativ hochwertige Juristenausbildung ist auch für das Funktionieren wichtiger Teile des Staats-

apparates entscheidend. In der Verwaltung werden auch in Zukunft in vielen Schlüsselpositionen Juristen tätig sein. Wir haben alle ein Interesse daran, dass sie gut ausgebildet sind.

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Deshalb muss bei allen Reformüberlegungen der Gesichtspunkt der Qualität der Ausbildung Vorrang vor allen anderen Kriterien haben.

Ich möchte weiterhin gern am Berufsbild des **Einheitsjuristen** festhalten, das heißt an seiner universellen Befähigung zum Einstieg in die unterschiedlichsten Berufsfelder. Das Verständnis und die Anwendung von Recht leben von der Durchdringung unterschiedlicher Rechtsgebiete, namentlich der klassischen Bereiche von Zivil-, Straf- und öffentlichem Recht. Eine Verengung auf nur eine oder zwei dieser Sparten wird Schmalspurjuristen hervorbringen und diese können wir nicht gebrauchen. Daher sollten solche Überlegungen gar nicht weiter verfolgt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage auch dies sehr deutlich: Für mich hat sich die **Gliederung** der Ausbildung in ein **wissenschaftliches Universitätsstudium** und einen anschließenden **praktischen Vorbereitungsdienst** bewährt. Wir können miteinander über Reformen und die Ausgestaltung und Struktur sowohl des Studiums als auch der Vorbereitungsphase diskutieren. Ich halte aber gar nichts davon, beide Bereiche miteinander zu vermischen. Dies ist in den Siebzigerjahren erprobt worden. Bemühungen in dieser Richtung sind aber eingestellt worden, und zwar nicht deshalb, weil diese Bemühungen überaus erfolgreich gewesen wären, sondern deshalb, weil sich die Vermischung überhaupt nicht bewährt hat.

Eine gründliche wissenschaftlich-theoretische Ausbildung ist Voraussetzung für die Anwendung und Erprobung praktischer Fähigkeiten. Wer eine Vermengung der beiden Bereiche vornimmt, wird weder in dem einen noch in dem anderen Feld gute Juristen hervorbringen. Deshalb meine ich, dass sich ein solcher Systemwechsel überhaupt nicht anbietet.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich warne auch davor, dass wir - manchmal wird dieser Eindruck erweckt - das Studium zu einem Kurssystem, zu einer Rechtskunde, die nur auf Wissensvermittlung ausgerichtet ist, verkümmern lassen. Wenn wir die Leistungsfähigkeit von Juristen im Blick haben wollen, gerade auch in der Konkurrenzsituation gegenüber anderen europäischen Ländern, müssen wir darauf achten, dass die **Selbstständigkeit**, das eigen-

(Thorsten Geißler)

ständige Erarbeiten von juristischem Wissen erhalten bleibt.

Schauen Sie sich einmal an, was in dieser Hinsicht angeblich alles fehlt. So wird beispielsweise die mangelnde Kenntnis von **Fremdsprachen** geltend gemacht. An der Universität kann jeder, der es wünscht, am Fremdsprachenunterricht für Hörer aller Fakultäten teilnehmen. Wer nicht von allein darauf kommt, obwohl das Angebot allenthalben zur Verfügung steht, dem werden wir letztendlich auch nicht helfen, wenn wir ihm etwas verpflichtend auferlegen.

Die Debatte wird weitergeführt werden und das ist auch gut so, denn es gibt in der Tat gute Überlegungen, wie man das Studium noch effizienter gestalten kann und wie man den Vorbereitungsdienst verbessern kann. Solchen Überlegungen werden wir uns nicht verschließen. Wir werden uns vielmehr gern konstruktiv daran beteiligen.

Aber ich warne davor, einen Systemwechsel herbeizuführen, der nicht zu einer Qualitätsverbesserung der Ausbildung der Juristen führt.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Davor kann nur sehr eindringlich gewarnt werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Genau!)

Ich freue mich auf die Fortsetzung der Diskussion. Die Reformhysterie ist vorbei. Nun kann eine sachliche und konstruktive Debatte beginnen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Je mehr Juristen es in Landtagsoppositionen gibt, desto größer ist die Gefahr überflüssiger Untersuchungsausschüsse.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Zur Sache, Herr Kollege!)

Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen ist der Staat verpflichtet, für gut ausgebildete Juristen zu sorgen. Glücklicherweise zieht es nicht alle Juristen in die Politik.

(Klaus Schlie [CDU]: Das wollen wir begrüßen! - Heiterkeit)

Den **Bericht** der Ministerin zur Situation der **Juristenausbildung** in Deutschland und zum Stand der

Reformdiskussion nehmen auch wir mit Dank zur Kenntnis. Über Einzelfragen, vielleicht auch zusätzliche Anregungen aus schleswig-holsteinischer Sicht, sollten wir im Fachausschuss weiter diskutieren unter Einbeziehung der im Land von der Reform betroffenen Institutionen und Verbände und so, wie es bisher unter Federführung des Justizministeriums ja auch schon geschehen ist.

Wir teilen die Auffassung der Ministerin, dass eine **Reform der juristischen Ausbildung** notwendig ist, um die angehenden Juristinnen und Juristen besser und vor allem individuell auf ihre jeweils angestrebte Berufstätigkeit vorzubereiten. Wir sind auch der Auffassung, dass ein **einphasiges Ausbildungsmodell** mit integrierten Praxisanteilen und anschließender konkreter Berufseinführungsphase - Herr Geißler - geeignet sein kann, zu einer Verbesserung der Ausbildung insbesondere in berufspraxisbezogener Hinsicht zu kommen. Als SPD-Landtagsfraktion legen wir allerdings auch Wert darauf - da treffen wir uns mit Ihnen wieder, Herr Geißler -, dass die wissenschaftliche Grundausbildung unter Einbeziehung auch sozialwissenschaftlicher Bezüge bei aller Praxisnähe und Orientierung nicht ins Hintertreffen gerät.

Zu den Maßstäben der SPD-Landtagsfraktion an eine Reform der Juristenausbildung hier in Schleswig-Holstein und im ganzen Land kann ich nur wiederholen: Das Ziel muss und kann nur lauten Verbesserung der **Ausbildungsqualität**. Auch insoweit sind wir mit Ihnen einig, Herr Geißler! **Kosteneinsparungen** können dabei auch herauspringen, sind sogar erwünscht und wären willkommen. Sie dürfen allerdings nicht der Zweck der Übung sein. Die Ausbildungsqualität darf durch fiskalische Zwänge nicht gefährdet werden.

Lassen Sie uns den Bericht der Ministerin im Einzelnen und mögliche Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge im Ausschuss weiter beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! „Reform ja - nur wie?“, das ist der Tenor des Berichtes zur Juristenausbildung, den uns die Landesregierung heute präsentiert. Mit anderen Worten: nichts Neues in Sachen Juristenausbildung!

Ehrlich gesagt hatte die F.D.P.-Fraktion auch nichts anderes erwartet - auch nicht in Schleswig-Holstein. Das ist kein Vorwurf an die Landesregierung, im Ge-

(Günther Hildebrand)

genteil! Kollege Kubicki hat das in der Mai-Tagung bereits deutlich gemacht.

Eine **Reform der Juristenausbildung** wird bereits so lange diskutiert, wie es die Juristenausbildung überhaupt gibt, mal mehr, mal weniger, mal mit Konsequenzen, meistens ohne. Zurzeit sind die Diskussionen gerade mal wieder lauter. Die Zahl der Vorlagen, die die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses in dieser Angelegenheit erhalten, machen das sehr deutlich. Auch der CDU konnten sie daher nicht entgehen. Einen Fragenkatalog, wie ihn die CDU erarbeitet hat, rechtfertigt das jedoch noch lange nicht, jedenfalls so lange nicht, solange die grundsätzlichen Fragen zu dieser Reform noch nicht geklärt sind, etwa die Rückführung staatlicher Reglementierung, die Bildungszukunft junger Menschen oder die personelle und finanzielle Ausstattung der rechtswissenschaftlichen Fakultäten.

Doch zum Glück weichen der - auch im CDU-Antrag anklingenden - Reformhysterie allmählich wieder Sachargumente und die Diskussion findet wieder in geordneteren Bahnen statt. Ich bin deshalb der Landesregierung für einen Bericht sehr dankbar, der genau diesem Aspekt Rechnung trägt. Er macht - ergänzt durch ausführliche Anlagen - kurz und knapp deutlich, dass eine Verbesserung der Qualität der Juristenausbildung erforderlich ist, dass für eine solche Reform die von der Justizministerkonferenz bislang ins Auge gefasste **einphasige Ausbildung** ein Weg sein kann, nicht sein muss - das betone ich ausdrücklich - und dass - hier liegt der ganz große Knackpunkt - in jedem Fall die **Rahmenbedingungen** in personeller und finanzieller Hinsicht für die wissenschaftliche und praktische Ausbildung der angehenden Juristinnen und Juristen stimmen müssen. Ich denke, in dieser grundsätzlichen Haltung stimmen wir alle überein.

Da ich gerade beim Lob bin: Ich habe mich wirklich gefreut, dass die Landesregierung erkennbar über ihren Schatten gesprungen ist und ihr generelles Ja zum einphasigen Reformmodell inzwischen den Sachfragen, vor allem der Frage nach den geeigneten Rahmenbedingungen, untergeordnet hat. Offenbar setzt sich die Erkenntnis durch, dass es doch Diskrepanzen zwischen der geplanten **Juristenausbildungsreform** und der **Hochschulreform** gibt. Denn die Reform der Juristenausbildung setzt für eine sinnvolle Umsetzung voraus, dass die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden an den Universitäten deutlich verbessert wird. Dagegen sollen im Rahmen der Hochschulreform Stellen eingespart werden. Das passt erkennbar nicht zusammen.

Allein sinkende Studentenzahlen im Fach „Rechtswissenschaften“ sind sicherlich auch nicht des Rätsels

Lösung. Daher sollten unbedingt die Überlegungen von einem Ressourcentransfer vom Justizetat infolge der möglicherweise wegfallenden Referendariatsstellen zum Wissenschaftsetat weiter entwickelt werden.

Außerdem habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass sich die Landesregierung Gedanken um die große Zahl der Absolventinnen und Absolventen macht, die einen Anwaltsberuf anstreben, aber nach dem bisherigen Modell dafür möglicherweise keinen Ausbildungsplatz mehr erhalten können. Ganz offensichtlich sind wir uns einig, dass sich der **Staat** - staatliche Reglementierungen hin, Eigeninitiative her - um ein Mindestmaß an **Verantwortung** in dieser Ausbildungsfrage nicht herumdrücken kann. Die „Warteposition“, die Schleswig-Holstein in Fragen der Juristenausbildung einnimmt, um die weiteren Beratungen der Justizministerkonferenz und die bundesweiten Entwicklungen abzuwarten, ist also nicht ganz unbegründet. Ein Grund zum „Ausruhen“ ist das aber nicht.

Bereits heute stehen der Landesregierung durchaus Möglichkeiten zur Verfügung, im eigenen Lande dafür Sorge zu tragen, dass die Juristenausbildung - auch nach dem gegenwärtigen Ausbildungsstatus - eine gute und anerkannte Ausbildung bleibt. Das fängt damit an zu verhindern, dass fähige Ausbilder und hoffnungsvoller Nachwuchs weiter aus Schleswig-Holstein abwandern, weil die Kieler Universität ihnen nichts Ausreichendes mehr zu bieten hat und auch die praktische Ausbildung nicht mehr angemessen ist.

Andere Bundesländer, wie beispielsweise ganz aktuell Hamburg, locken inzwischen mit privaten Einrichtungen wie der **Bucerius-Law-School**, die in diesem Wintersemester ihren Betrieb aufgenommen hat. Neben einem klassischen Studium, das ebenfalls zum Staatsexamen führt, werden zusätzlich Sprachkenntnisse und Auslandsaufenthalte vermittelt. Da kann es nicht ausreichen, dass Schleswig-Holstein stetig Kapazitäten abbaut - und dann mit besseren Wasser-sportbedingungen wirbt. Wir müssen fachliche Anreize bieten, müssen unsere Uni attraktiver gestalten, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Den Schlüssel dafür hat die Landesregierung schon jetzt in der Hand.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde hier schon gesagt - ich will es auch noch einmal sagen - und es ist kein Geheimnis, dass den Juristen der Ruf der traditionell Konservativen vorseilt. Das ist so und das muss vielleicht auch so sein.

(Thorsten Geißler [CDU]: Genau!)

Viele Bonmots weisen immer wieder darauf hin, dass die Debatten um die **Reform der Juristenausbildung** so alt sind wie die Ausbildung selber. Ich glaube, es gibt kaum einen universitären Ausbildungsgang, der dieses Parlament beziehungsweise seine Ausschüsse so intensiv beschäftigt hat wie die Juristenausbildung. Die dicken Stapel an Zuschriften zeigen uns fast jeden Tag, dass ein großes Interesse daran besteht, sich hier einzumischen und die parlamentarische Debatte und Arbeit intensiv zu begleiten.

Obwohl diese Debatte schon ziemlich lange geführt wird, sind nach meiner Meinung zu viele Fragen unberücksichtigt geblieben.

Anstoß und treibende Kraft war wie so oft - ich finde das auch nicht nur schlecht; das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen - die **Finanznot**. Natürlich muss einen auch der Rahmen immer wieder bedenklich stimmen; das sollte anregen, diesen Rahmen nicht zu sprengen und sich in ihm zu halten. Das ist nach meinem Empfinden im Übrigen auch für die nachfolgenden Generationen immer wieder eine Aufgabe, die die Politik hat.

Damit stand aber die Frage, wie die steigende Zahl von Studierenden und Referendaren und Referendarinnen bewältigt werden soll, zunächst einmal im Vordergrund. Wenn wir es nun aber mit einer Reform im wahrsten Sinne des Wortes ernst meinen, dürfen wir uns natürlich nicht auf die Frage nach einer oder zwei Phasen, nach V- oder Y-Modell oder auf die Frage nach CM-Werten beschränken. So wichtig diese Fragen sind - es darf nicht nur darum gehen, wie die Ausbildung strukturiert ist und wie sie finanziert wird, sondern es muss auch darum gehen, welches denn die wesentlichen **Inhalte der Ausbildung** sein sollen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht auch darum, was die Anwälte, die Richter und Richterinnen, die leitenden Verwaltungsbeamtinnen und -beamten von Morgen lernen sollen und was sie können müssen.

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen habe ich im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um die Juristenausbildung bisher größtenteils vermisst. Die

Bewertung der Ministerin im Rahmen des jetzt schon seit Monaten vorliegenden Berichts geht dankenswerterweise darauf ein. Das gilt dementsprechend auch für die Diskussion hier im Plenum.

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen. Das Bundesverfassungsgericht schätzt, dass 80 % des Wirtschaftsrechts und 50 % aller Gesetze gemeinschaftsrechtlichen Ursprungs seien. Das **nationale Recht** wird gegenüber dem europäischen **Gemeinschaftsrecht** mehr und mehr zurücktreten. Dieser Tatsache wird aber die derzeitige Ausbildung nicht gerecht. Eine stärkere Orientierung am Europarecht und die Vermittlung von Fremdsprachenkompetenz tun Not. Das kann natürlich nicht nur der freiwilligen Leistung und dem Engagement der einzelnen Studentin oder des einzelnen Studenten überlassen bleiben. Das muss vielmehr eine Studienordnung natürlich berücksichtigen, wenn solche Anforderungen tatsächlich als notwendig erachtet werden.

Einen anderen Schwachpunkt sehe ich in der schon häufiger beklagten **Justizlastigkeit** des Studiums. Anders ausgedrückt: Hier scheint es so, als wenn nur Richter ausgebildet werden, die erst dann auf den Plan treten, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wo wird gelehrt, wie Konflikte moderiert werden, wie man zu einer gütlichen Einigung zwischen Personen mit entgegengesetzten Interessen kommen kann? Das ist nicht nur im Hinblick auf die schon gestern erwähnte vorgerichtliche Streitschlichtung von Interesse, es ist auch wichtig für die Abwicklung schwieriger Abwägungsprozesse im Verwaltungsverfahren, jedenfalls dann, wenn der Begriff der bürgerfreundlichen und effizienten Verwaltung nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir über eine Reform reden wollen, die diesen Namen auch verdient, müssen wir uns dieser Themen annehmen. So wichtig die Frage ist, ob eine **einphasige Ausbildung** nicht sowohl den Interessen der Finanzminister als auch dem Interesse an einer guten Ausbildung entgegenkommen kann - es sollte nicht die Einzige sein, mit der wir uns befassen. Wir müssen uns auch fragen, ob wir gerade angesichts der erwähnten Umwälzungen der europäischen Rechtssysteme wirklich am Einheitsjuristen, wie wir ihn bisher hatten, festhalten wollen. Es ist sicherlich richtig, dass für das Verständnis des Rechts Kenntnisse aller Rechtsgebiete wichtig sind. Trotzdem sollte die fachliche Spezialisierung nicht erst in der beruflichen Praxis oder der geplanten Berufseinarbeitungsphase möglich sein.

(Irene Fröhlich)

Ich danke der Justizministerin ausdrücklich für ihren Bericht. Ich bin der Überzeugung, dass die Zukunft des beruflichen Nachwuchses bei ihr in guten Händen ist, und ich denke, sie wird uns in dieser Frage über das Weitere auf dem Laufenden halten. Abschließende Worte zu diesem Thema wären deshalb sicherlich verfrüht.

Ich möchte aber noch erwähnen, Herr Geißler - weil Sie gesagt haben, wie gut es sei, dass die Euphorie weg sei -: Euphorie ist sicherlich immer nur ein notwendiger Anfangsimpuls. Da gebe ich Ihnen Recht und für eine Sachdebatte ist vielleicht höchstens noch ein Schatten von Euphorie erforderlich. Aber etwas mehr Reformeifer würde nicht nur der Juristenausbildung, sondern auch der CDU gut tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist wieder so interessant wie gestern die Diskussion zur Zivilprozessreform; ich merke das an dem großen Interesse. Deshalb bleibe ich weiterhin beim Vorschlag: Wenn Berichtsanhträge gestellt werden, dann sollte doch bitte erst über die Berichte geredet werden und nicht schon vorher, weil wir auch heute wieder anlässlich der Diskussion der **Juristenausbildung** etwas wiederholen müssen.

Ich möchte mich bei Frau Lütkes für die mündliche Ergänzung ihres Berichts ausdrücklich bedanken. Er zeigt uns aber auch, dass nichts passiert ist - so muss man leider sagen -, auch innerhalb der letzten fünf Monate nicht. Ich finde das sehr bedauerlich. Deshalb ist für mich die Frage, ob man dieses Thema nicht vielleicht im Ausschuss etwas besser und intensiver hätte diskutieren können.

(Beifall beim SSW)

Wir alle haben hier schon vor einiger Zeit gestanden und unsere Bedenken zu diesem Thema vorgetragen. Wir haben auch weiterhin unsere Zweifel daran, ob der angekündigte große Wurf nun wirklich kommt. Diese Einschätzung wird durch Ihre Ausführungen, Frau Lütkes, eher bestätigt. Dass diese Bedenken berechtigt sind, zeigt der Bericht. Die **einphasige Ausbildung** wird wohl irgendwann in irgendeiner Form kommen, aber vorher sind noch erhebliche Streitpunkte zu klären. Der Katalog der ungeklärten und strittigen Fragen ist schier endlos. Man hat noch keine Antwort auf die zentrale Frage gefunden, wie die **Be-**

treuungsrelation zwischen Lernenden und Lehrenden an den Universitäten verbessert werden kann.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das ist die entscheidende Frage! - Heiterkeit)

Man hat keine befriedigende Lösung dafür, wie angehende Juristen die **Spezialisierung** wechseln können, wenn sie in der Praxisphase feststellen, dass eine andere Ausrichtung für sie besser wäre. Wie erhält man Ausbildungen für alle Absolventen? Wie bewältigt man die Übergangszeit? Wie integriert man die praktische Ausbildungszeit in das Studium? Wie wird das Studium inhaltlich gestaltet? Fragen über Fragen - und leider bis heute keine Einigung in Sicht! Konferenzen und Arbeitsgruppen werden noch lange tagen. Wir bekommen sehr ausführliche Papiere zu diesen Fragen. Insbesondere scheint auch die Abstimmung der Niederschriften erhebliche Probleme zu bereiten. Ich möchte auf den letzten Umdruck verweisen. Es schien doch vier Monate gedauert zu haben, bis man sich einig war, was man besprochen hatte.

Der einzige wirkliche Konsens scheint darüber zu bestehen, dass eine **Qualitätsverbesserung** notwendig ist. Damit sind wir wieder bei dem Problem, vor dem wir schon vor fünf Monaten gestanden haben.

Uns stellt sich immer noch die Frage, ob man nicht sinnvollerweise jetzt bundeseinheitlich mit kleineren Schritten anfangen sollte, statt auf diesen großen Wurf zu warten. Angesichts der zu Recht bestehenden Kritik an den vorliegenden Entwürfen sollte doch zumindest das Referendariat geändert werden. Es wäre pragmatisch, mit einer Überarbeitung des Vorbereitungsdienstes zu beginnen. Ich habe allerdings wenig Hoffnung, dass diese Vernunft siegen wird.

Der Bericht trifft auch keinerlei Aussagen zu einer **Staffelung der Reformen**. Es wird im Gegenteil deutlich, dass alle daran arbeiten, die gesamte Ausbildung in einem Zug zu verändern. Das lässt sich bereits daran erkennen, dass sämtliche Ministerien in die Vorbereitungsarbeiten für die Reformierung der Juristenausbildung involviert sind. Die Folge dieser Vorgehensweise ist schon jetzt die massive Verunsicherung der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Lehrenden und der Lernenden. Vertrauensbildung wird schwierig, wenn ein beschlussreifes Modell weit und breit nicht in Sicht ist.

Sicherlich ist es nachvollziehbar, dass es dem **Staat** nicht leicht fällt, seinen Einfluss auf die **Ausbildung** zu reduzieren. Es ist aber nach unserer Ansicht der richtige Weg, den Schritt weg von einer Monopolausbildung und der formalen Einheitsjuristin oder des Einheitsjuristen zu tun. In anderen Ländern bestehen bereits Juristenausbildungen, die nicht so stark auf die

(Silke Hinrichsen)

Bedürfnisse des Staates ausgerichtet sind. Dort sieht man nicht die Probleme, die hierzulande befürchtet werden. Das Wichtigste ist, dass man jetzt endlich einen Anfang macht. Ich hoffe, das wird auch bald geschehen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Ich schlage vor, dass die Überweisung zur abschließenden Beratung erfolgt. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich Sie um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Nicht ohne Bezug zum nächsten Tagesordnungspunkt möchte ich in der Loge eine Vertreterin der Stadt Kiel begrüßen, die Bürgermeisterin und Sozialdezernentin Frau Bommelmann. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe also Punkt 40 der Tagesordnung auf:

Bericht über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen zur Krankenhausplanung

Landtagsbeschluss vom 14. Juli 2000
Drucksachen 15/211 und 15/257

Bericht der Landesregierung

Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Frau Moser, das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich den Bericht in fünf Punkten geben:

Erstens. Das **Gutachten von Professor Rüschmann** hat sich in einem breiten Diskussions- und Beteiligungsverfahren in acht Regionalkonferenzen, in einer Vielzahl von Fachgesprächen und Arbeitsgruppensitzungen der gesetzlich bestimmten Planungsbeteiligten und trotz vielfältiger und zum Teil völlig unsachgemäßer Kritik als solide Basis für die zukunftsorientierte Krankenhausplanung im Land erwiesen. Mit seinen Daten und Analysen stehen den Krankenhäusern erstmals umfassende und die zurzeit bestmöglichen Informationen über ihr eigenes Leistungsgeschehen zur Verfügung.

Nach anfänglichen Widerständen werden diese Informationen von den Krankenhäusern jetzt konstruktiv für **Effizienzverbesserungen** und neue arbeitsteilige Kooperationen mit **Struktur- und Budgeteffekten** genutzt. Das Gutachten und der intensive Dialog haben in der Krankenhauslandschaft ein hohes Maß an Bewegung und Beweglichkeit bewirkt.

Zweitens. Die **Umsetzung des Gutachtens** erfolgt auf der Basis von einvernehmlich in der Arbeitsgruppe der Planungsbeteiligten - also auch der Krankenkassen - entwickelten Kriterien für ein gestuftes Verfahren, für Parameter wie Auslastungsgrade, Verweildauer, Benchmarks, Berücksichtigung der Alters- und Morbiditätsentwicklung.

In der ersten Stufe werden Bettenzahlen nur noch für das gesamte Krankenhaus vorgegeben, für die Abteilungen dagegen bereits Leistungsmengen in Form von Fallzahlen. Die für 2001 entwickelten Parameter führen in der ersten Stufe per saldo zu einem **Kapazitätsabbau** von rund 500 Betten. Für die zweite Stufe erfolgt zum 1. Januar 2003 eine Zwischenfortschreibung mit den Fallzahlen von 2001 und dem neuen Diagnoseschlüssel ICD 10. Dies bedeutet eine nochmalige Verbesserung der Datengrundlagen. Der Benchmark wird dann angehoben; alle Krankenhäuser müssen sich an der Leistungsfähigkeit des besten Drittels messen lassen.

In einem dritten Schritt bis 2005 gilt der Benchmark des besten Viertels aller Häuser und im Sinne einer prognostischen Zielvorgabe werden die Leistungsmengen für 2005 aus den analytischen Ergebnissen des Gutachtens bereits jetzt für den Krankenhausplan hochgerechnet, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Alters- und Morbiditätsentwicklung. Dies entspricht dann einem nochmaligen Kapazitätsabbau von 250 Betten.

Drittens. Auf die Umsetzung der Schließungsempfehlungen des Gutachters kann verzichtet werden, weil aufgrund - so will ich es einmal ausdrücken - der neuen Beweglichkeit der Krankenhausträger **Umstrukturierungsmaßnahmen** und **Kooperationen** stattfinden, die Kapazitäten bis hin zu ganzen Abteilungen einsparen und die eine rationellere und qualitativ hochwertige Versorgung ermöglichen. Beispiele sind die vorgesehenen Kooperationen der Universitätsklinik mit anderen Trägern, der Kliniken in Kaltenkirchen und in Henstedt-Ulzburg sowie in Uetersen und in Elmshorn. Insgesamt ist diese Strukturliste sehr viel länger.

Viertens. Neue **Angebotstrukturen** sind für den neuen Krankenhausplan mit Blick auf die Folgekosten nur in sehr maßvollem Umfang vorgesehen. Der Ausbau der geriatrischen Versorgung findet mit einem Mehr

(Ministerin Heide Moser)

von 100 stationären Betten und 20 tagesklinischen Plätzen statt. Die Dezentralisierung der Psychiatrie wird nach dem Psychiatrieplan 2000 fortgesetzt und in der Schlaganfallversorgung sollen neben Lübeck und Itzehoe weitere sechs Zentral- und Schwerpunktkrankenhäuser durch neue Konzepte eine verbesserte Schlaganfalldiagnostik und -therapie aufbauen können.

Alle Planungsbeteiligten bleiben aufgerufen, in der Laufzeit des neuen Krankenhausplans für weitere notwendige, neue Versorgungsangebote auch die erforderlichen **Strukturreerven** zu mobilisieren. Insofern gebe ich den Krankenkassen Recht, aber sie bleiben eben auch aufgerufen, daran mitzuarbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Fünftens. Der sehr aufwendige und auf eine breite Beteiligung zielende **Meinungsbildungsprozess** zur Vorbereitung des **Krankenhausplans** sollte deutlich machen, dass die medizinisch und pflegerisch hochwertige Krankenhausversorgung der Menschen in Schleswig-Holstein nur dann aufrechterhalten und vor allem auch weiterentwickelt werden kann, wenn sie in rationellen und wirtschaftlichen Strukturen organisiert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dieser Meinungsbildungsprozess sollte auch verdeutlichen, dass Krankenhäuser nicht als lokale Besitzstände zu betrachten sind und erst recht nicht als parteipolitische Profilierungsobjekte

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und dass die Zahl der Betten kein Indikator für die Tüchtigkeit von Chefarzten ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich bin bei meinem letzten Satz. Ich hoffe, dass der bisherige Prozess und die jetzt anstehenden Beratungen und Entscheidungen solche Erkenntnisse bei allen Beteiligten und Betroffenen fördern. Es kommt den Menschen und den potentiellen Patientinnen und Patienten in unserem Land bestimmt zugute, wenn wir alle mit dem Thema vernünftig und sensibel umgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einigen Minuten haben die Kassen des Landes eine Erklärung verbreiten lassen, in der es heißt, die Beitragszahler seien die Verlierer der **Krankenhausplanung**,

(Konrad Nabel [SPD]: Weiter lesen!)

also die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger. Was kann deutlicher machen, dass es mit der **Qualität** der Ergebnisse so weit nicht her sein kann!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja unglaublich! - Zurufe von der SPD)

- Wissen Sie, wenn Sie schon nach dem ersten Satz nervös werden, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie mögen die Mehrheit haben und mögen lauter sein, aber wir haben die besseren Argumente.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nach vierjähriger Diskussion einen 18-seitigen Bericht vorliegen. 18 Seiten sind das, was hier nach vier Jahren zustande gekommen ist!

(Jutta Schümann [SPD]: Das ist eine Frage des Inhalts!)

Ich möchte zu der Zahl von 500 Betten, die abgebaut werden sollen, doch noch eine Anmerkung machen. Allein von 1989 bis 1999 sind in diesem Land 2.600 Betten abgebaut worden und es bedurfte nicht der Ministerin oder des Rüschemann-Gutachtens, um die Kliniken fit zu machen; die haben sich schon seit Jahren selbst bewegt und werden das auch weiterhin tun.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Stattdessen hat diese Debatte in diesem Land eine unnötige Verunsicherung in diesem Land gebracht.

(Jutta Schümann [SPD]: Nein! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Frau Ministerin, lassen Sie mich das aus meiner Sicht politisch so bewerten: Sie sind in dieser Debatte eine Getriebene gewesen, Sie haben keine eigene Linie finden und keine eigenen Akzente setzen können.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

(Werner Kalinka)

Das ist die Situation, die wir in dieser Debatte erleben. Sie wissen es doch selbst viel besser.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Frau Moser, Sie haben nichts zu neuen Feldern gesagt,

(Ministerin Heide Moser: Doch!)

Sie haben die große Chance nicht genutzt, etwas zum **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** zu sagen, dazu, wie Sie dies in der **Perspektive** mit den Planungen vereinbaren wollen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Sie haben keine neuen Wege und Ziele aufgezeigt

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was haben Sie gemacht? Sie haben an allem festgehalten!)

und Sie haben es so gehalten, dass Sie in einem Einpotf gerührt haben und den auch noch anbrennen ließen. Das ist die Situation in dieser Krankenhausdebatte!

Deswegen hätten wir uns gewünscht, dass mehr in der von uns genannten Richtung herausgekommen wäre.

(Zurufe: Was denn? Wie denn? - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wollen wir einmal Vorschläge hören!)

- Meine Damen und Herren von der Opposition, ich finde eines von Ihnen relativ - -

(Lachen im ganzen Haus und Beifall bei SPD und F.D.P.)

- Meine Damen und Herren, - -

(Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, von der Opposition - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter! - Meine Damen und Herren, kommen wir zu einer geordneten Debatte mit Zuhören und mit Reden zurück!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fällt schwer!)

Werner Kalinka [CDU]:

Meine Damen und Herren, von der Opposition meiner Argumentation!

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, jetzt hat er die Kurve gekriegt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich fände es eigentlich angemessen, wenn Sie mir eine Mindestchance gäben, ein paar Sätze vorzutragen; das hier spricht nicht für Ihre Souveränität.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Wir haben in dieser Debatte sehr wohl Anlass zur Klage - auch seitens der Kassen. Ich möchte vorschlagen, dass die **Prognosezahlen**, die Sie mit ihrem Risiko selbst eingeräumt haben, dazu führen sollten, dass wir nicht für 2005 Festlegungen treffen, sondern allenfalls bis 2003.

Ihr **Bericht** hat viele Fragen aufgeworfen, aber er zeigt wenig **Schlüssigkeit**. Die Fragen beziehen sich auf die Übertragung der Psychiatrie in kommunale Trägerschaft. Sie haben einige bemerkenswerte Zuwächse in Neustadt, in Bad Bramstedt, in Segeberger Kliniken festgestellt; Sie haben trotz der Situation im Hamburger Randgebiet in den Kreisen Pinneberg und Stormarn die Zuwächse in den Krankenhäusern nicht gesehen. Das wirft Fragen auf.

Sie haben wenig für die Geriatrie getan trotz des steigenden Altersstruktureffektes und Sie haben Erweiterungen in bestimmten Bereichen, aber selbst in Nordfriesland 97 Bettenabbauten.

(Widerspruch bei der SPD)

Das bedeutet im Ergebnis: ganz wenige große Gewinner, aber ganz viele kleine Verlierer. Das ist nicht die richtige **Bilanz**, die gezogen werden sollte.

Lassen Sie mich zum Abschluss zwei Sätze zum Stil der letzten Monate sagen! Ich finde es einen schlechten politischen Stil, dass wir im Juli in der Debatte im Landtag geblockt worden sind, aber schon 14 Tage später die wesentlichen Verabredungen getroffen worden sind, was zu geschehen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man kann uns nicht auf der einen Seite ständig dafür kritisieren, dass wir draußen argumentieren und Pressekongressen geben, und uns auf der anderen Seite zu keinem Zeitpunkt vernünftig einbeziehen. Wir haben mit dem Antrag von CDU und F.D.P. angeboten, darüber zu diskutieren, wo neue Felder liegen sollten, ob ein Krankenhausbedarfsplan überhaupt nötig ist. Das Ergebnis ist ja deutlich genug. Frau Moser, diese Chance haben Sie zu keinem Zeitpunkt genutzt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich wünsche mir, dass Sie den konstruktiven Dialog auch gelegentlich mit der Opposition mehr pflegen, als

(Werner Kalinka)

uns mit einem Stück zu starker Selbstherrlichkeit ständig nur zu schulmeistern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße auf der Tribüne als Gäste Mitglieder der Berufsschule Rendsburg mit Verwaltungsfachangestellten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Jahner das Wort.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Arno Jahner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sitzt man doch eine kurze Zeit oder auch eine längere Zeit, baut sich sein Konzept für so eine Rede zusammen und dann hört man Ihnen zu, Herr Kalinka, und versteht die Welt nicht mehr.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Argumente heute kann ich nicht nachvollziehen. Denn wenn alles beim Alten geblieben wäre, wie Sie es hier gesagt haben, wäre die Presseerklärung der Krankenkassen heute nicht eine Seite, sondern 20 Seiten lang, dann wäre nämlich alles noch teurer geblieben. Daher kann man das einfach nicht akzeptieren, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun ist das Ergebnis da, die Zusammenfassung des **Krankenhausplanes** und man ist geneigt, der CDU-Opposition zuzurufen, sie hätte sich diverse Reisekosten für ihren so genannten Krankenhausbereisungstourismus mit dem Reiseleiter Kalinka an der Spitze sparen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kalinka, wir stellen fest, dass diese Ergebnisse, diese Planungsgrundlagen absolut nicht geeignet sind, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die **Versorgung der Bevölkerung** in unserem Bundesland wird nicht zusammenbrechen, wie Sie es bei der letzten Debatte in diesem Fall vorausgesagt haben.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schumann [SPD] und Lars Harms [SSW])

Es werden keine **Arbeitsplätze** verloren gehen, im Gegenteil! Wir selbst haben in einem Spitzengespräch mit den Gewerkschaften deren Verständnis und Mitar-

beit in dieser Angelegenheit erfahren können. Das Gutachten hat - das wissen Sie - bei etlichen Krankenhäusern einen wahren Innovationsschub ausgelöst. Herr Kalinka, auch das von Ihnen gern genutzte Argument der Arbeitsplatzvernichtung kann nach den bisher vorliegenden Plänen nicht mehr verwandt werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Diese Erkenntnis auch mit den Gewerkschaften ist für mich sehr positiv und macht Mut, weiter zu planen. Es wird auch weiterhin eine optimale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins geben und es wird kein Haus geschlossen werden. Alle beteiligten Einrichtungen - ich habe es bereits erwähnt; lassen Sie mich das ein bisschen süffisant sagen - haben in wundersamer Weise die Möglichkeiten der **Kooperation** und **Zusammenarbeit** sowie die Chance und Möglichkeit oder aber auch die Notwendigkeit zur **Einrichtung von Dependancen** erkannt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Allein diese Erkenntnisse geben dem Gutachten seine Berechtigung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Herr Kalinka, Sie nicken auch, Sie wissen es ganz genau: In diesem Bereich muss auch einmal ein Stück politischer Druck kommen; sonst kommen die Jungs und Mädels nicht in Bewegung. Es wird einen im Verhältnis zu den Gesamtbetten minimalen erträglichen **Abbau** geben, die **Versorgung** ist gesichert.

Was das weitere Verfahren angeht, möchte ich daran erinnern, dass wir das Thema in der Sozialausschusssitzung am 9. November behandeln werden. Im Übrigen - Frau Ministerin hat das erwähnt - dürfen wir auf die für das Jahr 2003 angesetzte Neuberechnung und **Zwischenfortschreibung des Krankenhausplanes** gespannt sein. Spätestens hier wird erkennbar, dass uns das Gutachten parlamentarisch weiterhin beschäftigen wird.

Wir wünschen uns - das möchte ich hier ausdrücklich erwähnen - weiterhin eine kritische und konstruktive Zusammenarbeit der Regierung mit den Kostenträgern, sprich den Krankenkassen. Das hat die heutige gemeinsame Pressemitteilung der Kassen noch einmal aktualisiert. Besonders aber freuen wir uns - damit komme ich zum Schluss - über die wegweisenden Schritte der Ministerin im Bereich der Geriatrie und der Psychiatrie. - Herr Kalinka, Sie können lachen; es ist so. Ich erwähne hier beispielsweise die vor kurzer Zeit ausgehändigten Bewilligungsbescheide für den Aufbau einer voll- und teilstationären geriatrischen

(Arno Jahner)

Versorgung in Lübeck und Ratzeburg mit einem Volumen von immerhin über 5 Millionen DM.

(Beifall bei der SPD)

Wir beantragen Überweisung des Berichts an den Sozialausschuss. Ich schließe mit der Bemerkung, dass auch bei uns anfänglich vorhandene Skepsis über den Sinn des **Gutachtens** gewichen ist. Wir sind überzeugt, dass das **Fachministerium** mit dieser Empfehlung eine vernünftige Entscheidung getroffen hat, die meine Fraktion sehr gern begleiten will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

(Zurufe von der SPD: Kampf Hunde!)

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, die fachlichen Einzelfragen möchte ich mit Ihnen gern im Ausschuss diskutieren; das ist der angemessene Ort. Erlauben Sie mir, heute ein paar Anmerkungen zum Verfahren seit der Debatte im Juli zu machen.

Frau Ministerin, als ich nach der Sommerpause beinahe täglich aus diversen Zeitungen erfahren durfte, welche Gutachterempfehlungen an welchem Ort nicht umgesetzt werden sollen, habe ich ganz salopp gefragt, ob das **Rüschmann-Gutachten** vom Tisch sei. Ich habe mich natürlich darüber gewundert, dass Entscheidungen, die nach Ihren eigenen Angaben erst nach Abschluss aller Regionalkonferenzen getroffen werden sollten, bereits im Spätsommer überall in der jeweiligen regionalen Presse zu finden waren, und zwar - um es ganz deutlich zu sagen - vor Abschluss der Regionalkonferenzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mitnichten sei das Gutachten vom Tisch, stellen Sie am 20. September in einer Presseerklärung klar. Sie empfehlen vielmehr den Abgeordneten, sich das Gutachten unter das Kopfkissen zu legen. Ich will erst gar nicht über die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten dieser ministeriellen Empfehlung philosophieren. Ich beschränke mich auf die Frage, ob das Gutachten möglicherweise zu lange unter Ihrem Kopfkissen lag und Ihnen möglicherweise ab und an den Schlaf geraubt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Ministerin, wie sonst kommen Sie zu der Aussage, das Gutachten werde seine durchschlagende Wir-

kung in der **Struktur** der schleswig-holsteinischen **Krankenhauslandschaft** mit Sicherheit auch weiterhin entfalten? Sehr geehrte Frau Ministerin, können Sie mir erklären, welche durchschlagenden Veränderungen in der Struktur der Häuser das Gutachten bislang ausgelöst hat? - Durchschlagend waren bislang doch vor allem sowohl der Protest und der Widerstand gegen die vom Gutachter abgegebenen Empfehlungen zum Bettenabbau als auch die massive Kritik an der wissenschaftlichen Vorgehensweise.

Ich will hier überhaupt nicht darauf eingehen, wie berechtigt oder unberechtigt oder von welcher Qualität im Einzelfall die Kritik gewesen sein mag. Ich stelle nur fest, dass die am 17. Oktober um 18:32 Uhr übermittelten Unterlagen zu den **Ergebnissen der Regionalkonferenzen** vor allem die Kritiker des Gutachtens kritisieren. Da ist die Rede davon, dass sich Chefärzte von Erbhöfen verabschieden müssten, da ist immer wieder die Rede davon, dass dieser oder jener Aspekt in der öffentlichen Diskussion zu kurz gekommen, falsch dargestellt worden oder wenig hilfreich gewesen sei.

Für mich ist dieses Papier kein Bericht über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen, sondern ein sechseitiger Rechtfertigungsversuch des Ministeriums,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

der Versuch einer Abrechnung auch mit denjenigen, die immer wieder kritisch nachgefragt haben, die die behauptete Prozessdynamik infrage gestellt haben. Frau Ministerin, das ändert aber nichts daran, dass Sie heute die Antwort schuldig bleiben, warum Sie in nicht unerheblichem Umfang den **Empfehlungen des Gutachters** eben gerade nicht folgen. Sie müssen erklären, was noch übrig geblieben ist von Ihrer ursprünglichen Euphorie.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass Sie sich am liebsten still und heimlich zumindest von einem großen Teil des Gutachtens verabschieden würden und auf keinen Fall daran erinnert werden möchten, dass Sie noch vor einem halben Jahr jede Kritik am Gutachten, am methodischen Ansatz oder an der wissenschaftlichen Vorgehensweise barsch zurückgewiesen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Klaus Schlie [CDU]: Man lernt dazu!)

Am 6. Oktober dieses Jahres haben der Kollege Dr. Klug und ich davor gewarnt, durch eine Halbierung der **Kieler Uniklinik für Orthopädie** die geplante Schaffung eines Zentrums für traumatologische und orthopädische Chirurgie zu gefährden. Prompt konterte das Ministerium, es sei schön, dass nun auch

(Dr. Heiner Garg)

endlich die F.D.P. die Wichtigkeit dieses Projektes erkannt habe. Ich frage Sie, Frau Ministerin, ganz ernsthaft: Was soll diese Reaktion? Ist es denn jetzt bereits Majestätsbeleidigung, wenn die Opposition der Auffassung ist, dass hier eine Fehlentscheidung getroffen werden könnte, und davor warnt? Frau Moser, wie auch immer Sie diese Kritik empfunden haben mögen, Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, ob und wenn ja, wie Sie sich die Realisierung dieses Projektes nach erfolgter Halbierung vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin, nach Ihren heutigen mündlichen Ausführungen wiederhole ich mein Angebot: Ich bin gern bereit, bis zur nächsten Sozialausschusssitzung jedenfalls mein Exemplar wieder unter dem Kopfkissen hervorzuholen und mit Ihnen beispielsweise die in Anlage 1 dargestellten Planungskriterien zu erörtern. Die uns übermittelten Unterlagen - Herr Kollege Kalinka sprach von 18 Seiten - waren für mich allerdings keine Grundlage für die heutige Debatte über die Ergebnisse der Krankenhausplanung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niemand will länger im Krankenhaus liegen als unbedingt nötig.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Schleswig-Holstein hat deshalb auf Wunsch eines wegweisenden Landtagsbeschlusses der letzten Legislaturperiode als erstes Bundesland seine **Krankenhausrahmenplanung** auf die Methode von Fallpauschalen - auf Neudeutsch auch DRGs genannt - im stationären Bereich abgestellt. Das ist gut so.

Die neuen Zahlen des **Rüschmann-Gutachtens** waren zuerst ein Schock, aber ein heilsamer. Eine Reihe von Kooperationen unter Krankenhäusern sind die Folge. Wir wünschen uns allerdings für die Zukunft, dass die Informationspolitik bei der Erstveröffentlichung von Zahlen gelassener und auch für das Parlament frühzeitig erfolgt - auch wenn wir nur Anhörungsrechte haben.

Auch sollte die Schocktherapie keine Dauerbehandlung werden, der Effekt nutzt sich bekanntlich ab und es gibt inzwischen weniger invasive Methoden, wie uns gerade die moderne Chirurgie lehrt.

In **Regionalkonferenzen** und vielen Einzelverhandlungen hat die Ministerin nach der Veröffentlichung

des Gutachtens den Prozess dialogisch angelegt. Anders als die Opposition werte ich es nicht als Versagen, sondern als Erfolg dieses Prozesses, dass der nun vorliegende Entwurf der Ministerin auf viele Vorschläge und Bedenken eingegangen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wie notwendig ein **Controlling** in der Sache ist, zeigt schon die neuesten Daten. Im September 2000 zeigt das Ist - auch wenn es um die Differenz der nicht in die Analyse einbezogenen Betten bereinigt ist - nach Auskunft des Ministeriums 500 bis 600 Betten mehr als 1998. Genau diese Zahl von Betten will die Ministerin bis 2003 reduzieren. Das ist der richtige Ansatz. Es geht tatsächlich um die Abschaffung von Erbhöfen, Herr Garg, und das ist eine Strukturreform. Ich hoffe, wir werden sie bald erleben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

2003 soll dann die erste Zwischenfortschreibung erfolgen. Das ist ebenfalls zu begrüßen, denn bei einer neuen Methode gibt es immer Anlaufschwierigkeiten und die kann man nicht erst in fünf Jahren bereinigen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Skepsis melden wir allerdings bei dem Slogan an: „Kein Krankenhaus muss geschlossen werden.“ Nach den Zahlen und ersten Rückmeldungen, die uns vorliegen, könnte es tatsächlich sein, dass auch kleinere Kliniken mittelfristig vor dem Aus stehen. Wir werden also die Kriterien für Trägerpräferenzen genau prüfen. Wir haben ja noch ein wenig Zeit zu beobachten, wie der Prozess weitergeht. Das werden wir auch kommentieren. Allerdings entscheidet in Zukunft mehr der Markt und nicht die Ministerin.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Das ist politisch so gewollt und das muss man dann auch als Krankenhaus so sehen.

Ich komme noch auf einen anderen Aspekt zu sprechen, nämlich auf Lübeck. Hier ist noch am meisten unklar. Ich begrüße den Mut der Ministerin, erstmals für die Herzchirurgie der **Medizinischen Uni Lübeck** Begrenzungen auszusprechen und eine Kooperation mit Segeberg zu empfehlen. Das haben wir früh gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

(Angelika Birk)

Ich finde es auch gut, dass die Suchttherapie erhalten bleibt. Aber insgesamt ist Lübeck ein Beispiel dafür, wie viel in der psychosomatischen und geriatrischen Versorgung noch im Fluss ist. Hier ist der heiße Kampf um Trägerschaften noch nicht beendet. Und ich denke, auch hier haben wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Recht auf Transparenz von Entscheidungskriterien, sofern das Ministerium mit den Kostenträgern entscheidet und nicht den Markt arbeiten lässt.

Das gilt auch für das Thema der Abstimmung zwischen den Kliniken Heiligenhafen und Kiel. Hier ist natürlich - denke ich -, abgesehen von der Frage, welches die beste dezentrale psychiatrische Versorgung ist, die Frage des **Standortes Ostholstein** zu prüfen. Dazu wünsche ich mir auch Anregungen von der angekündigten Studie der Ministerpräsidentin zum Gesundheits- und Bäderstandort. Wir können diesen Standort Ostholstein nicht einfach im Stich lassen.

Noch ein paar grundsätzliche Fragen zur Methodik! Die Krankenhäuser sollen sich mehr vernetzen und die ambulante Versorgung soll besser mit den stationären Leistungen verzahnt werden. Dort, wo Betten abgebaut werden, sollen andere Leistungen entstehen. Das bedeutet Dreierlei.

Erstens: Innerhalb der Krankenhäuser muss bei der Festlegung der Fallpauschalen die **Pflege** eine viel größere Rolle spielen. Deshalb hat die Bundesgesundheitsministerin auch die Pflegeverbände für die Umsetzung der neuen DRGs an den Tisch geholt. Könnten wir das nicht auch auf Landesebene tun?

Zweitens: Wir brauchen auch einen Blick auf das, was sich außerhalb der stationären Versorgung abspielt. Dafür hat die Ministerin aber gar keine Befugnisse. Wir können also gar nicht wissen, was sich außerhalb der Krankenhäuser und rund ums Krankenhaus aufbaut. Ich glaube nicht, dass das der Markt allein gut regelt. Deshalb brauchen wir modellhaft **integrierte Versorgungsnetze**. Die ÖTV hat zum Beispiel in ihrer langen Stellungnahme dazu Vorschläge gemacht. Ich finde das bedenkenswert. Wir müssen modellhaft etwas aufbauen, um Wege zu weisen.

Drittens brauchen wir mehr **Patientenrechtsberatungsstellen**. In Hamburg hat die Patientenrechtsberatungsstelle wegweisend viele Krankenhausskandale aufgedeckt und für die Patienten Prozesse gewonnen. Das war auch ein Anlass zur Strukturbereinigung der Hamburger Krankenhauslandschaft.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So etwas brauchen wir auch hier in Schleswig-Holstein.

Also unsere drei Vorschläge: Mehr auf die Pflegefachleute hören, modellhaft integrierte Angebote rund ums Krankenhaus schaffen und die Patientenrechte stärken! Ich hoffe, dass wir im Jahre 2003, wenn wir das Thema hier wieder diskutieren, die ersten Fakten haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin noch immer enttäuscht davon, wie manche Kollegen mit dem **Rüschmann-Gutachten** und dem übrigen Planungsprozess umgegangen sind. Im ersten Akt wird medienwirksam ein riesiger populistischer Aufschrei produziert. Es wird behauptet, das Gutachten würde zum Kahlschlag in der schleswig-holsteinischen **Krankenhausversorgung** führen. Im zweiten Akt wird die Ministerin aufgefordert, den Gutachter aus der Schusslinie zu nehmen, die Ministerin müsse sich endlich zu ihrer Reform bekennen. Im dritten Akt dann die dramatische Wende: Es zeichnet sich eine Kompromisslösung ab, mit der die Kritiker eigentlich leben können müssten. Diese prügeln aber lieber auf die angeblich gescheiterte Ministerin ein, statt sich zu freuen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Es scheint fast, als wäre man enttäuscht, dass einem das Feindbild abhanden gekommen ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Und heute erleben wir, dass der Kollege Kalinka von einer Pressemitteilung die Überschrift zitiert, den Rest aber nicht gelesen hat. Denn in der Pressemitteilung der VdAK ist eindeutig davon die Rede, dass die Krankenkassen deshalb die Beitragszahler als Verlierer ansehen, weil das Rüschmann-Gutachten nicht umgesetzt wird. Das ist genau das, was Sie vielleicht überlesen haben. Das wundert mich etwas. Sie sind ein derartiger Gegner des Gutachtens, es wundert mich, dass Sie jetzt hier einfach irgendwelche Überschriften zitieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten
Werner Kalinka [CDU])

(Silke Hinrichsen)

Einen so unseriösen und primitiven Umgang mit einem so hoch sensiblen Thema habe ich selten erlebt. Ich hoffe, wir werden im weiteren Verlauf der Krankenhausplanung zu einem vernünftigeren Miteinander finden, in dem es um die Sicherung und Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger geht. Dafür sind wir schließlich auch gewählt worden.

Die jetzt verbreitete Häme geht nach unserer Ansicht an der Realität vorbei. Man sollte den Fortschritt auch nicht unterschätzen, den bereits die von der Arbeitsgruppe der Beteiligtenrunde erarbeitete Planungsgrundlage bringen könnte. Das Reformvorhaben ist gestreckt worden, aber es ist nicht vom Tisch. Wer den Bürgern vorgaukelt, dass jetzt und in den nächsten Jahren alles weitgehend beim Alten bleiben kann, sagt willentlich die Unwahrheit oder hat es nicht kapiert.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir halten die Methodik der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen nach wie vor für richtig. Deshalb begrüßen wir, dass der Ansatz des Rüschemann-Gutachtens nicht vom Tisch ist, sondern auch in Zukunft als Grundlage für die Planung dient. Das Konzept einer leistungsbezogenen, auf Benchmarking-Vergleichen beruhenden **Krankenhausrahmenplanung** ist die richtige Grundlage für die strukturellen Veränderungen der Finanzierung, die in den nächsten Jahren auf die Krankenhäuser zukommen. Bei Einführung der fallbezogenen Abrechnung durch die so genannten DRGs im Jahre 2003 müssen sich unsere Krankenhäuser warm angezogen haben.

Durch das jetzt gewählte Verfahren wird dieser Anpassungsprozess erst einmal vorwiegend den Krankenhäusern selber überlassen. Wir können nur hoffen, dass die Selbststeuerung in dem Sektor funktioniert, sodass einiges von dem verwirklicht wird, was die Rüschemann-Planungsempfehlungen vorwegnehmen wollten. Wir sind da nicht ohne Zuversicht. Nicht zuletzt dank der intensiven Debatte über die vorgeschlagenen **Strukturänderungen** wurde ein Neudenken angeregt. Bestehende Kooperationspläne der Krankenhäuser wurden forciert. Ich verweise auf Flensburg. In diesem Sinne hat das Gutachten wie ein Katalysator gewirkt.

Eines der größten Spannungsfelder der Krankenhausplanung besteht darin, finanziellen Spielraum für erforderliche neue Aufgaben zu schaffen, ohne die Gesamtkosten hochzutreiben. Das geht nur dann, wenn man irgendwo etwas einspart. Die Kunst besteht also darin, die Krankenversorgung - trotz Veränderungen im Bestehenden - nicht zu verschlechtern. Dafür steht uns mit dem Ansatz des Gutachtens ein gutes Instru-

ment zur Verfügung. Wir benötigen es dringend, denn wir sind alle daran interessiert, zum Beispiel die **geriatrische Versorgung** im Lande zu verbessern.

(Beifall bei SSW und SPD)

Daher bedauern wir auch, dass die Geriatrie nach dem neuesten Stand der Dinge nicht so stark ausgebaut wird, wie vom Gutachter vorgeschlagen.

Ein zweiter Bereich, der leider schon im Rahmen des Gutachtens unter den Tisch gefallen ist, ist die **Kinder- und Jugendpsychiatrie**. Die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung ist - zum Beispiel in Flensburg - katastrophal, denn es gibt überhaupt keine. Ich hoffe, dass die Beteiligten hier noch einmal in sich gehen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Verzögerung des Strukturwandels nicht dazu führt, dass solche drängenden neuen Aufgaben verdrängt werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, diesen Bericht zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/326

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gründung der **Technologiestiftung** vor neun Jahren war eine der wichtigsten strukturpolitischen Entscheidungen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat in Schleswig-Holstein - über alle Fraktionen hinweg - den Ruf einer erfolgreichen Technologie- und Denkschmiede erworben. Dort werden Trends und strategische Konzepte entwickelt und wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Auch über die Landesgrenzen Schleswig-Holsteins hinaus ist die Technologiestiftung ein erfolgreiches Unternehmen. Das ist

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

wichtig für die Stärkung unseres Images. Wenn Sie in anderen Bundesländern, in Brüssel, in Euroland oder im skandinavischen Raum unterwegs sind, werden Sie immer wieder das Urteil hören, dass die Technologiestiftung einer der großen technologischen Motoren dieser Region ist.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Der Bericht der TSH für das Jahr 1999 dokumentiert erneut die hervorragende Arbeit der Stiftung. Ich möchte einige Punkte herausgreifen. Die Zahlen und Fakten werden Sie dem Bericht direkt entnommen haben. Die **Kapitalausstattung** der TSH ist gesichert. Nach der vorübergehenden Rückführung wird das Stiftungskapital in diesem Jahr mit einer ersten Tranche und nächstes Jahr mit einer zweiten Tranche wieder auf rund 75 Millionen DM aufgestockt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Kapitalstock ist und bleibt die wichtigste und beste Grundlage für eine weitere erfolgreiche und von finanziellen Tageszwängen unabhängige Arbeit der Stiftung.

Die Stiftung hat in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt und entscheidende Trends mitgestaltet: Sie hat zum Thema **Informationsgesellschaft** - IuK - die Initiative für eine Informationsgesellschaft mit EU-Unterstützung übernommen. Sie hat ein Servicebüro eingerichtet, ein europäisches Netzwerk installiert und die Zusammenarbeit der Multimediaunternehmen in Schleswig-Holstein gefördert. Hier sei das Stichwort des Aufbaus einer „community“ genannt. Das sind ganz wichtige Aktivitäten, um im Marktbereich der Informationsgesellschaft Bewegung zu schaffen.

Ein weiteres Beispiel ist die **Bio- und Gentechnologie**. Auch in diesem Bereich hat die TSH im letzten Jahr wichtige Projekte gefördert und Veranstaltungen durchgeführt. Damit hat sie das Klima verbessert, um solche Projekte in Schleswig-Holstein künftig verstärkt voranzubringen.

Als letztes Beispiel seien die Bereiche **Sensorik und Oberflächentechnologie** genannt. Sie wissen, wie wichtig diese Bereiche - gerade auch für den Maschinenbau in Schleswig-Holstein - sind. Auch das sind Bereiche, die von der TSH gesucht worden sind.

Die erfolgreiche Arbeit der TSH trägt - zusammen mit der Technologiepolitik der Landesregierung - Früchte. Lassen Sie mich hier kurz drei Highlights nennen, die Ausdruck der hervorragenden Entwicklung sind.

Erstes Beispiel: Im Bereich der **Mikroelektronik** ist in Itzehoe - mit der Ansiedlung einer weiteren Chipfabrik - ein neuer Schwerpunktbereich entstanden. Was man in Schleswig-Holstein noch gar nicht weiß, ist anderswo bekannt. Zum Beispiel weiß man in Boston, Massachusetts, dass Itzehoe ein Topstandort für Mikroelektronik - mit jetzt einer zweiten Chipfabrik - ist. Das sollte man deutlich herausstellen.

brik - ein neuer Schwerpunktbereich entstanden. Was man in Schleswig-Holstein noch gar nicht weiß, ist anderswo bekannt. Zum Beispiel weiß man in Boston, Massachusetts, dass Itzehoe ein Topstandort für Mikroelektronik - mit jetzt einer zweiten Chipfabrik - ist. Das sollte man deutlich herausstellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zweites Beispiel: **Informationstechnologie und Internetwirtschaft**. Die Ansiedlungen von comdirect, ISSION, Bertelsmann, Lufthansa und von Call-Centern anderer Unternehmen zeigen, dass die Infrastruktur für Internetunternehmen in Schleswig-Holstein hervorragend ist. Das zeigen auch die Ansiedlungsgespräche. Wir haben ein hervorragendes Leitungsnetz, wir haben schnelle Wege und gute Ansiedlungsbedingungen. Auch das ist Ausdruck der guten vorbereitenden Technologiepolitik der Stiftung.

(Beifall bei der SPD)

Über das dritte Beispiel bin ich besonders froh. Nicht nur im Bereich der Medizintechnik, auch im Bereich der **Biotechnologie** entwickelt sich im Moment ein Klima, in dem sich Unternehmen zu einem Gesprächskreis zusammenschließen. Dort verzeichnen wir Ansiedlungserfolge, zum Beispiel durch die Strathmann AG. Plötzlich ist etwas in Bewegung gekommen, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde. Es trägt jetzt die ersten Früchte.

Das sind drei Beispiele für neue Felder, in denen Schleswig-Holstein Profil gewonnen hat, und zwar auch dank der Arbeit der Technologiestiftung. Daraus wird deutlich: Technologiepolitik ist für mich nach wie vor die beste Politik für mehr Arbeitsplätze, deren Erhalt und Neuschaffung und für einen wettbewerbsfähigen Standort. Das spielt auch in den Haushaltsberatungen immer wieder eine Rolle.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die TSH hat diese Entwicklung maßgeblich unterstützt. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TSH - einige von ihnen sind hier anwesend - ganz herzlich danken.

(Beifall)

Ich möchte auch dem scheidenden **Direktor der Technologiestiftung**, Klaus-Peter Friebe, der heute leider nicht hier sein kann, herzlich für seine hervorragende Arbeit danken.

(Beifall)

Klaus-Peter Friebe war der Vater der Stiftung; er war der Vater des Erfolgs der Stiftung. Wir werden ihn

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

weiter als Berater nutzen. Dafür möchte ich ihm an dieser Stelle herzlich danken. Zugleich möchte ich seinem Nachfolger, Herrn Professor Block, der sein Amt zum 1. November 2000 antritt, ein glückliches Händchen wünschen. Herr Block kann heute leider ebenfalls nicht hier sein.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages! Mit diesem Bericht verabschieden wir den bisherigen Direktor, Herrn Dr. Friebe. Wir alle müssen uns dem Dank, den der Minister ausgesprochen hat, anschließen, denn die Person des Herrn Friebe und sein Einsatz, mit dem er der TSH - also der Technologiestiftung Schleswig-Holstein - dieses Renommee gegeben hat, waren schon außerordentlich.

(Beifall)

Wie hoch das Ansehen der TSH und Herrn Friebes waren, konnten diejenigen erfahren, die an der von der **Technologiestiftung** organisierten Konferenz in Lübeck „Perspectives of Change“ im Herbst 1999 teilgenommen haben. Sogar ein US-Senator hat aus Interesse daran teilgenommen. Hier ging es um die Entwicklung nicht nur von Visionen, sondern auch von Perspektiven. In einer Diskussion wurde uns der Wandel dargelegt, in dem wir uns befinden.

Herr Minister, wir sind uns in dem Lob und in dem Stolz auf die Technologiestiftung Schleswig-Holstein einig.

(Beifall)

Sie haben sehr deutlich geschildert, Herr Minister, welche Bedeutung die Technologiestiftung in ihrer Besonderheit hat. Sie ist das unkonventionelle Förderinstrument, das wir im Lande haben. Es gibt kaum etwas Vergleichbares. Das liegt daran, dass man flexibel reagieren konnte. Es war die Persönlichkeit des Herrn Friebe, der außergewöhnliche Entwicklungen erkannte und diese entscheidend förderte, ehe die großen Apparate wie Universitäten, Banken oder der Staat erkannten, worum es ging. Diese Besonderheit der Technologiestiftung gilt es in ihrer Eigenart zu bewahren. Wir von der CDU-Fraktion hoffen, dass diese Unabhängigkeit bleibt.

Wir lesen mit etwas Besorgnis in dem von der Landesregierung gegebenen Bericht, dass sich die Technolo-

giestiftung in einer **Umbruchphase** befinde. Wohin? Warum eine Umbruchphase? Wir sind doch mit dem zufrieden, was sie geleistet hat und was ihre Besonderheiten sind.

Der zweite Punkt, der uns kritisch stimmt, ist folgender: Die Zusammenarbeit der **Technologiestiftung** mit den anderen **Technologietransfersystemen** in Schleswig-Holstein soll optimiert werden. Sie wollen da verschiedene Einheiten zusammenpacken. Wir sind sehr wohl für die Konzentration der Fördermittel. Aber es müssen nicht unbedingt die Instrumente mit der Folge vermischt werden, dass wir wieder eine Mammutorganisation bekommen, in der gerade die Flexibilität und Überschaubarkeit verloren gehen. Davor fürchten wir uns ganz besonders.

Auch ein anderer Punkt hat uns skeptisch gestimmt. Sie haben ausgeführt, die Arbeiten auf den verschiedenen Feldern seien wie im letzten Jahr fortgesetzt worden und man habe die Akzente auf einige Bereiche konzentriert. Das war sehr gut.

Wenn man sich aber im Haushalt den Planansatz für **Personal- und Verwaltungskosten** des Jahres 1998 und 2000 ansieht, stellt man eine Steigerung um 30 % fest. Warum muss das sein? Darüber müssen wir reden.

Ein anderer Punkt, der mich stutzig macht, ist die Art der **Projekte**. Man muss sich wirklich fragen - gerade im Bereich Studien -, ob das die Projekte sind, die zur Technologiestiftung gehören, oder wälzen wir Aufgaben, die vom Bildungsministerium oder vom Wirtschaftsministerium finanziert werden müssten, auf die Technologiestiftung ab? Missbraucht man die Technologiestiftung? Da müssen wir aufpassen. Wir appellieren gerade an unsere Kolleginnen und Kollegen, die im Beirat sitzen, darauf zu achten, dass dieses Instrument die Besonderheit behält, die es hat. Sonst wäre es der Tod der TSH.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Wir dürfen nicht vergessen: Zwar hat Herr Minister Rohwer mit Stolz angekündigt, dass das **Stiftungskapital** wieder aufgestockt wird. Die Tatsache aber, dass man überhaupt zugegriffen hat, zeigt sehr deutlich, dass die Sehnsucht der Landesregierung nach Geld auch gegenüber der TSH kräftig ausgeprägt ist. Es darf nicht passieren, dass das durch Umwälzung von Aufgaben praktisch wieder ausgehöhlt wird.

Mich macht betroffen, dass man das Darlehen, das man aus der Technologiestiftung in Höhe von 15 Millionen DM genommen hat, wieder als Förderung hin-

(Uwe Eichelberg)

einpackt und aus Mitteln finanziert, die eigentlich für andere Dinge gedacht sein sollten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind Äpfel und Birnen!)

Es darf nicht dazu führen, dass die Technologie zu einer Art „Financing-Pool“ wird, den man für andere Dinge ausnutzt. Es muss die Besonderheit bleiben, frei von politischem Zugriff und mit freiem Blick darauf zu sein, was in unserem Land los ist, denn Sie selbst haben gesagt, Herr Minister, diese Technologiestiftung habe in vielen Bereichen den Pfad geebnet, auf dem Sie mit dieser Unterstützung die Arbeitsplätze geschaffen haben, die unser Land braucht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Müller hat das Wort.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung zur Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999 ist ein erneuter eindrucksvoller Beleg dafür, wie wichtig eine ressortübergreifende unabhängige Einrichtung mit Dialogfunktion ist, um Multiplikatoreffekte zu erzielen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und dies im Bereich der **technologischen Entwicklung** unseres Landes, also im Bereich Zukunftssicherung.

Ich möchte diese Aussage nur durch zwei Beispiele belegen, die Ihnen den „Mehrwert“ der Technologiestiftung für die Entwicklung in Schleswig-Holstein nachvollziehbar werden lassen. Die Projekte RISI und RISI+ wurden mit je 500.000 DM jeweils aus Mitteln der Stiftung und der Europäischen Union gefördert.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

Hieraus entstand die **Landesinitiative Informationsgesellschaft**, der bislang 8 Millionen DM an Landesmitteln zur Verfügung stehen. 80 Projekte wurden begonnen. Zur Landesinitiative gehören allein durch die Beteiligung des Gemeindetages über 1.000 Gemeinden und durch die Einbeziehung des Landesfrauenrates über 50 Verbände.

Das ist die Strategie der Technologiestiftung: Durch Anschubmittel und Dialogfähigkeit entsteht ein Schneeballeffekt, der dazu führt, dass möglichst viele Akteure in den Dialog einbezogen und deutlich mehr Drittmittel - wenn Sie mir den Begriff in diesem Zusammenhang gestatten - aktiviert werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Mein zweites Beispiel: Die TSH fördert in einem ersten Schritt ein **Telomeraseprojekt** an der CAU. Dabei handelt es sich um eine Diagnoseform in der Krebsforschung. Aus diesem Projekt ergibt sich ein Auftrag für die Erstellung eines Lymphknotenregisters durch die Deutsche Krebshilfe. Es stehen 1 Million DM zur Verfügung. Im Weiteren ergeben sich jetzt Möglichkeiten wirtschaftlicher Verwertung. Diese sollen zukünftig als Bestandteil des **Biotechnologiezentrum**s in Kiel weiterentwickelt werden.

Sie sehen und erkennen die Methode der TSH: In einem ersten Schritt wird mit wenig Fördermitteln der TSH der Prozess in Bewegung gebracht. In einem zweiten Schritt werden andere Akteure aufmerksam und nehmen sich des Themas an. Weitere Fördermittel stehen zur Verfügung. In einem dritten Schritt ergeben sich wirtschaftliche Perspektiven, die privatwirtschaftlich genutzt werden können.

Ein anderes Ergebnis der Stiftungsarbeit kann die **Gründung von Firmen** sein. Hierzu in der Kürze der Zeit nur drei Beispiele aus dem Berichtszeitraum: Beim Forschungszentrum Geesthacht - GKSS - wurde die Entwicklung neuartiger Polymermembranen gefördert. Als Ergebnis konnten sich die beteiligten Wissenschaftler selbstständig machen. Es entstand das Unternehmen Capsum Technologie GmbH.

An der Fachhochschule Flensburg wurde die Entwicklung von Methoden des Nachweises gentechnologisch veränderter Lebensmittel von der TSH gefördert. Es entstand eine medizinisch-technische GmbH.

Aus dem Förderschwerpunkt IONIK konnte ein Mitarbeiter der Christian-Albrechts-Universität an das Fraunhofer Institut in Itzehoe wechseln und dort erfolgreich ein Unternehmen zur Herstellung neuartiger Batterien im IZET gründen. Allein hier werden in den nächsten Jahren 150 Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf Seite 9 des Berichts der Landesregierung wird davon gesprochen - Herr Kollege Uwe Eichelberg hat darauf hingewiesen -, die Technologiestiftung befinde sich in einer **Umbruchphase**, da Klaus Peter Friebe, der langjährige Stiftungsdirektor, bald in den Ruhestand gehe. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Unser Dank für neun Jahre kreative und umtriebige erfolgrei-

(Klaus-Dieter Müller)

che Arbeit sei auch von mir für die SPD-Fraktion an dieser Stelle nochmals ausgesprochen.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, dass es dem Stiftungsrat mit der Berufung von Professor Dr. Block gelungen ist, den so bezeichneten Umbruch als kontinuierliche Fortführung der TSH als ressortübergreifende und unabhängige Einrichtung zum Vordenken und Anstiften zu organisieren.

(Beifall)

Die TSH ist und bleibt keine nachgeordnete Dienststelle! Ich wünsche Herrn Professor Dr. Block in diesem Sinne eine glückliche Hand.

Lassen Sie mich abschließend hervorheben, dass die Technologiestiftung immer wieder neue Förderungsschwerpunkte entwickelt, die sensibel zukünftige Entwicklungen am Markt im Focus haben. Bislang lag die Stiftung hier mit den Schwerpunkten Informationstechnologien, Biotechnologie und Sensorik/Oberflächentechnologien sehr richtig. Künftig werden neue **gesellschaftliche Entwicklungen** im Mittelpunkt stehen: Die Strukturen für die interdisziplinäre Gesundheitsforschung, die Sicherung des schleswig-holsteinischen Kulturgutes, die Veränderungen in der Bildungsstruktur und im kulturellen und institutionellen Lernen im Lande und die Simulationstechnologien. Auch hier ist es der Stiftung gelungen, gesellschaftliche Entwicklungen rechtzeitig zu prognostizieren, zu analysieren und Impulse vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig es war, dass der Landtag dafür gesorgt hat, die Rückführung der Entnahmen aus dem **Stiftungskapital** sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Mit der TSH haben wir ein flexibles und wirkungsvolles Instrumentarium geschaffen, das bei der Entwicklung unserer Hochschulen und beim Aufbau zukunftsorientierter Firmen nicht mehr wegzudenken ist. Herr Minister Rohwer, vielen Dank für diesen erneuten Erfolgsbericht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Technologiestiftung soll die strategisch-infrastrukturellen Rahmenbedingungen für technologische Entwicklungen in Schleswig-Holstein positiv beeinflussen. Günstige Bedingungen für technische Entwicklungen und Innovationen sind wichtig, denn **technischer Fortschritt** ist langfristig der wesentliche Motor für wirtschaftliche Entwicklung und damit für unseren Lebensstandard. Die Technologiestiftung leistet hierzu einen Beitrag, indem sie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördert, denn grundlegender technischer Fortschritt ist heute ohne wissenschaftliche Forschung nicht mehr möglich.

Die Institution der Technologiestiftung ebenso wie ihre inhaltliche Arbeit sind bisher - ich habe auch heute zu meiner Freude nichts anderes vernommen - über alle Fraktionen hinweg anerkannt. Das wurde unter anderem bei der Verabschiedung des Gründungsdirektors besonders deutlich, der die Stiftung in den ersten neun Jahren ihres Bestehens maßgeblich geprägt hat. Auch ich möchte mich in diesem Zusammenhang noch einmal ganz herzlich bei dem ausgeschiedenen Direktor Klaus-Peter Friebe für sein Engagement bedanken,

(Beifall)

das manchmal vielleicht für manchen nicht ganz nachzuvollziehen war, denn wir wissen alle, dass es sich um eine kreativ-chaotische Persönlichkeit gehandelt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Wir werden mit dem Nachfolger Professor Block sicherlich eine ganz andere Persönlichkeit an dieser Stelle haben. Das muss aber kein Fehler sein. Auch ich wünsche ihm für seine Arbeit im Sinne der Technologiestiftung und zum Wohle unseres Landes von hier aus alles Gute.

(Beifall bei F.D.P., SPD und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei so viel einheitlichem Lob, dem ich mich, wie Sie gehört haben, auch anschließe, sei es erlaubt, auf einen Kritikpunkt hinzuweisen. Es ist ausdrücklich nicht der Auftrag der Technologiestiftung, den **Aufbau öffentlicher Konkurrenz** zu privaten Anbietern zu unterstützen. Ein solcher Fall ist im Bericht der Technologiestiftung auf Seite 20 aufgeführt. Es handelt sich um die Anschaffung eines Gerätes für Werkstoffanalysen für die Technische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität. Diese Fakultät tritt zunehmend als Technologiedienstleister auf und hat ein zentrales Analytiklabor

(Christel Aschmoneit-Lücke)

als Modell eines zukünftigen Profitcenters eingerichtet. Nach Angaben der Technologiestiftung gab es bis zur Anschaffung des neuen Gerätes keinen Anbieter für derartige Analysegeräte in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt und gab derartige Anbieter in Schleswig-Holstein. Mir ist zumindest ein Unternehmen bekannt, das genau auf diesem Gebiet arbeitet. Wir haben gestern über die Frage der Konkurrenz von öffentlichen Institutionen gegenüber privaten Unternehmen gesprochen. Ich glaube, hier liegt ein Fall vor, den man sich genauer anschauen sollte. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass es sich hier um einen Einzelfall gehandelt hat. Ich möchte aber meinen Finger gewissermaßen auf die Wunde legen und sagen, dass die Technologiestiftung nicht dazu da ist, um in Konkurrenz zu privaten Anbietern öffentliche Institutionen zu fördern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur finanziellen Ausstattung der Stiftung. Wir haben mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, dass der Finanzminister selbst diese völlig unumstrittene Einrichtung als Steinbruch für seinen Haushalt genutzt hat. Die 15 Millionen DM, die 1999 aus dem **Stiftungskapital** abgezogen wurden, sollen nun zwar - Herr Kollege Müller, Sie haben dies im Sinne eines großen Erfolges der SPD-Fraktion dargestellt - in zwei Schritten zurückgeführt werden. Ich füge hinzu: hoffentlich. Herr Kollege Müller, Sie haben zutreffend von Rückführung gesprochen, während der Herr Minister von Aufstockung gesprochen hat. Ich glaube, das muss man deutlich auseinander halten.

Wiederaufstockung wäre der richtige Begriff. Es handelt sich im Grunde genommen um die Rückführung eines Kredits, den sich der Finanzminister bei der Technologiestiftung geholt hat.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Aber auch wenn jetzt diese Zurückführung erfolgt: Für einen bestimmten Zeitraum ist das Kapital bei der Stiftung natürlich nicht da gewesen, das heißt, die Erträge sind der Stiftung für diese Zeit auf alle Fälle verloren gegangen.

Meine Damen und Herren, die Technologiestiftung hat mehr für das Land gebracht als jede kreative Buchführung des Finanzministers. Herr Möller, also Hände weg vom Stiftungskapital in der Zukunft!

(Beifall bei F.D.P., CDU sowie vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben bei diesem Tagesordnungspunkt eine einmütige Einigkeit in diesem Hause. Ich glaube, das ist berechtigt. Klaus-Peter Friebe, der langjährige Direktor der Technologiestiftung, hat seine Position aufgegeben. Ich danke ihm für seine großartige Arbeit und seinen Einsatz für die **technologische und wirtschaftliche Entwicklung** des Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Viele wichtige Technologiebereiche hat er angesprochen, zum Beispiel Sensorik, IuK-Technologien sowie Oberflächen- und Schichttechnologien. Herr Friebe ist aber auch immer ein Querdenker und scharfer Kritiker von Fehlentwicklungen gewesen. Ihm war es ein Graus, dass so viele Millionenbeträge der öffentlichen Hand in Beton, sprich: Gewerbegebiete geflossen sind. Ihm ging es um die Befähigung der Menschen, sich in der **Informationsgesellschaft** der Zukunft zurechtzufinden.

Ich bin guter Hoffnung, dass der neue Direktor Professor Hans-Jürgen Block genauso engagiert und erfolgreich im Interesse des Landes agieren wird, und wünsche ihm viel Erfolg und eine glückliche Hand.

(Beifall)

Durch die Haushaltsbeschlüsse für die Jahre 2000 und 2001 ist sichergestellt, dass der Technologiestiftung in Zukunft wieder ihr ursprüngliches Stiftungskapital in Höhe von 75 Millionen DM zur Verfügung steht. Ich selber bin persönlich stolz darauf, dass wir dies hingekriegt haben.

(Beifall bei der SPD)

- Günter, du musst an dieser Stelle jetzt gar nicht so nicken. Es waren die Finanzpolitiker, die das Geld herausgezogen haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bedanke mich also nicht bei Günter Neugebauer, sondern ich bedanke mich in diesem Fall bei dem Abgeordneten Müller, den ich in diesem Zusammenhang immer besonders erwähnen muss,

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

und ich bedanke mich auch bei dem damaligen Staatssekretär und jetzigen Minister Bernd Rohwer, der,

(Karl-Martin Hentschel)

glaube ich, wie kein Minister zuvor persönliches Engagement für die Technologieförderung gezeigt hat

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW sowie vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

und bei dem ich sehr sicher bin, dass dieses Aufgabenfeld bei ihm gut aufgehoben ist.

Aus den jährlichen Zinserträgen des Stiftungskapitals unterstützt die TSH unbürokratisch die technologische Entwicklung im Land durch Technologieförderung und Technologietransfer. Insbesondere bei der anwendungsnahen **Forschung und Entwicklung** der Fachhochschulen konnten richtungsweisende Projekten mithilfe der TSH durchgeführt werden. Ich will hier auch nicht die Technische Fakultät der Universität Kiel und die anderen Universitäten - zum Beispiel die Medizinische Hochschule in Lübeck - vergessen. Dabei wird auf eine Zusammenarbeit der Hochschulen mit Wirtschaftsunternehmen geachtet. Die grüne Landtagsfraktion hat diese Ausrichtung der TSH deswegen immer unterstützt.

Die Arbeit eines Forschungsprojektes darf nicht mit der Veröffentlichung in einer Fachzeitschrift enden. Vielmehr geht es um eine wirtschaftsnahe Umsetzung bis hin zum vermarktbareren Produkt in Schleswig-Holstein. Herr Friebe hat immer eine wunderbare Grafik gezeigt, in der er darstellte, wie es früher war. Damals entfielen 90 % auf die Entwicklung, die Erfindung einer neuen Technologie an der Universität, während der Anteil für die Umsetzung in der Praxis nur 10 % betrug. Heute ist es umgekehrt. Heute entfallen 10 % auf das, was im Bereich der Forschung stattfindet. Auf dem Wege der Umsetzung in die Praxis bis hin zur Produktion fallen hingegen Millionen und Milliarden an. Auf diesen Bereich entfallen heute 90 %. Deswegen ist es ungeheuer wichtig, dass wir an diesem Punkt zielgerichtet eingreifen und die Hochschulen und die Betriebe in diesem Punkt unterstützen.

Die Unabhängigkeit und Flexibilität der TSH und ihre ressortübergreifende Arbeitsweise müssen für die zukünftige Technologiepolitik erhalten bleiben. Einer Diskussion über **Optimierungsmöglichkeiten** innerhalb des Systems des Technologietransfers stehen wir offen gegenüber.

Der Wechsel im Amt des Direktors ist sicher ein geeigneter Anlass dafür. Deshalb halte ich es für sinnvoll, den Bericht an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen und gemeinsam mit Professor Block und Minister Rohwer die künftige Ausrichtung der Arbeit zu besprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte auch ich der Rede voranstellen: Auch von unserer Seite vielen Dank für die geleistete Arbeit des bisherigen Direktors der Technologiestiftung, Herrn Friebe!

(Beifall bei SSW und SPD)

Herr Friebe war maßgeblich daran beteiligt, dass die Technologiestiftung in der Vergangenheit so erfolgreich arbeiten konnte.

Der Jahresbericht und der Tätigkeitsbericht der Stiftung sprechen eine eindeutige Sprache. Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem neue Technologien eine Zukunft haben, und ein Land, in dem durch die neuen Technologien **Zukunft** und Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall beim SSW)

Dass gerade die Biotechnologie durch die Technologiestiftung in hohem Maße gefördert wird, zeigt, dass man die Zeichen der Zeit erkannt hat. Sowohl im medizinischen Bereich als auch im landwirtschaftlichen Bereich werden der Biotechnologie riesige Wachstumsraten vorausgesagt. Dies haben auch andere Länder erkannt, die sich schon jetzt am Markt bewegen. Gerade in Großbritannien sind Entwicklungen im Gange, die wir im Rahmen der Nordseekooperation nicht außer Acht lassen können. Der globalisierte Markt wird **internationale Zusammenarbeit** verlangen, was auch in dem Ziel der interregionalen Kooperation auf europäischer Ebene, wie es im Tätigkeitsbericht beschrieben ist, wiederzufinden ist. Hier ist die Technologiestiftung eindeutig auf dem richtigen Weg.

Auch die beiden weiteren großen Bereiche, die vorrangig von der Technologiestiftung abgedeckt werden, die Informationstechnologie und die Sensorik, sind sehr zukunftssträchtige Bereiche. Bei der Informationstechnologie muss man ja fast schon von einer Standardtechnologie unserer Zeit sprechen. Gleichwohl müssen wir auch hier entwicklungsfähig auf der Höhe der Zeit bleiben. Dies geht nur mit Unterstützung von Forschung und Entwicklung, wie es durch die Technologiestiftung geschieht.

Die Förderung der Sparte Informationstechnologie muss zwar in Zukunft überprüft werden, wie es im Tätigkeitsbericht erwähnt wird, aber wir können uns keinen qualitativen Einbruch in diesem Bereich leisten. Nur wenn die Dynamik des Marktes in unserem Land inzwischen so stark ist, dass die Entwicklung in die-

(Lars Harms)

sem Bereich ohne staatliche Förderung auskommen kann, sollte man die entsprechenden Gelder anderweitig einsetzen.

(Beifall beim SSW)

Bei einem jährlichen **Finanzvolumen** von 5 Millionen DM darf man allerdings nicht zu viel erwarten. Deshalb ist es aber umso notwendiger, die wenigen Mittel zu konzentrieren. Hier stimmen wir der Landesregierung und der Technologiestiftung eindeutig zu. Zur Konzentration der wenigen vorhandenen Mittel zählt aber auch, dass der Wissenstransfer zwischen den Betrieben und den an den Vorhaben der Technologiestiftung Beteiligten intensiviert wird. Im Bericht der Technologiestiftung wird deutlich, dass dies derzeit geschieht.

Gleichwohl ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass gerade die Innovations- und Gründerzentren im Land vielfältig eingebunden werden müssen, um das Wissen und die Fähigkeiten möglichst breit zu streuen. So bestünde auch die Möglichkeit, regionale fortschrittliche Initiativen zu unterstützen. Es ist kein Wunder, dass ich dabei vor allen Dingen an das Nordfriesische Innovationscenter in Niebüll denke, das sich, nachdem es nun vorwiegend mit Landesmitteln erweitert wird,

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

auf Unternehmen spezialisieren will, die sich mit nachwachsenden Rohstoffen beschäftigen. Diese Idee deckt sich mit dem Schwerpunkt der Technologiestiftung, der **Biotechnologie**. Hier sehe ich ganz deutlich einen Anknüpfungspunkt zwischen regionaler Initiative, möglicher wissenschaftlicher Begleitung und entsprechender finanzieller Förderung dieser Initiativen.

(Anke Sporendonk [SSW]: Sehr gut! - Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Trotzdem möchte ich abschließend feststellen: Wir sind durchaus sehr zufrieden mit der Entwicklung der Technologiestiftung und freuen uns schon jetzt auf weitere innovative Ideen zum Wohl unseres Landes.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Absentismus/Fernbleiben vom Unterricht

Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000

Drucksache 15/158

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/358

Ich erteile der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich in der Tagung des Landtages im Juni bereits ausführlich zu der vielfach sehr unkritischen Inanspruchnahme des Begriffs Absentismus oder auch Fernbleiben vom Unterricht geäußert. Das ist ein Begriff, der immer wieder für die unterschiedlichsten Interpretationen herhalten musste.

Der Absentismus oder das **Fernbleiben vom Unterricht** ist nicht weniger differenziert als das Fernbleiben von Abgeordneten im Plenum.

(Beifall bei SPD und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Niemand würde es wagen, die Abwesenheit der Kollegen - derzeit etwa auf der linken Seite des Hauses - schlicht als Schwänzen zu bezeichnen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Genauso wenig wie das Fehlen in der Schule schon ein Hinweis auf eine drohende kriminelle Karriere oder ein generelles Schulversagen ist, sagt die Besetzung des Plenums - das sage ich auf alle Seiten des Hauses bezogen -

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

etwas über den Fleiß der Kolleginnen und Kollegen aus. Das sage ich, damit ich nicht missverstanden werde.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Im April dieses Jahres wurden Berichte über Schülerinnen und Schüler veröffentlicht, die angeblich in großem Maßstab die Schule schwänzen. Das war erkennbar für die Opposition - das will ich Ihnen gar nicht verdenken - eine Gelegenheit, wieder einmal den Beweis für die falsche **Bildungspolitik** des Landes zu erkennen und durch diese Zahlen bestätigt zu bekommen. Erschreckend war allerdings, dass man wirklich jede Aussage, jede Zahl, die in der Presse erschien, für

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

bare Münze genommen, geglaubt hat und es kein kritisches Hinterfragen gab.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Da wurde so getan, als hätten wir es plötzlich mit einem vollkommen neuen Phänomen in der Schule zu tun.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Ganz besonders ärgerlich war, dass man dabei die Hauptschulen so ins Visier genommen hat.

Wir haben das Problemfeld Schulschwänzen, Fernbleiben von der Schule noch einmal umfassend betrachtet und in einem detaillierten Bericht zusammengestellt. Sie werden sehen, dass die Aussage, 15 % der Hauptschüler in Kiel schwänzten die Schule, nachgerade absurd war.

(Rolf Fischer [SPD]: Richtig!)

Ich will nun nicht im Einzelnen auf die Untersuchung von Herrn Professor Pfeiffer eingehen. Wir alle wissen, dass sie sich nicht durch besondere Differenziertheit, gerade im Bereich Fernbleiben von der Schule, ausgezeichnet hat. Unsere eigenen Umfragen zeigen, dass unentschuldigtes Fehlen in sehr unterschiedlicher Ausprägung in allen Schulen vorkommt, in der Vergangenheit vorkam und vermutlich auch in Zukunft vorkommen wird. Wir haben festgestellt, dass dieses Phänomen in den Städten, je größer sie sind, umso stärker auftritt und dass es auf dem Land sehr viel weniger **unentschuldigtes Fernbleiben** von der Schule gibt. Ich will dies gar nicht im Einzelnen erläutern. Ich denke, die Ursachen liegen auf der Hand.

Wir haben deshalb eine Schule in Kiel Mettenhof etwas genauer betrachtet. Selbst hier gab es in den 9. Klassen an der Hauptschule nur zwischen 0,9 und 3 % unentschuldigte Fehltag in einem ganzen Schuljahr. Das ist eine Größenordnung, die von allen für realistisch gehalten wird, die konkrete Erfahrungen mit Schule haben. Jedenfalls ist diese Zahl absolut ungeeignet, um in Panikreaktion zu verfallen, und noch ungeeigneter - wie ich finde -, nach polizeilichen Ordnungsmaßnahmen zu rufen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rolf Fischer [SPD]: Richtig!)

Unser Handlungsansatz ist ein anderer. Wir wollen das Problem in seiner realen Bedeutung bei den **Ursachen** anpacken und nicht allein die sichtbaren Phänomene bekämpfen. Ich will auch dem Missverständnis zuvorkommen, wir hielten den Prozentsatz von Fern-

bleiben für normal und verfielen sozusagen in Nichtstun. Nein, man muss jedes Fernbleiben vom Unterricht ernst nehmen. Aber man darf eben nicht nur das Sichtbare bekämpfen, sondern muss auch über die Ursachen nachdenken. Deshalb unterstützen wir die Schulen in ihren Bemühungen, Schüler zu einem regelmäßigen Schulbesuch zu motivieren - das ist selbstverständlich - und Ängste vor dem Schulbesuch da, wo sie eben vorhanden sind, abzubauen.

Schulschwänzen hat es zu allen Zeiten gegeben. Es hat auch jetzt keine Ausmaße angenommen, die uns zu einem kurzsichtigen Aktionismus verführen dürfen. Meine Gespräche mit den Schulämtern auch noch einmal aus Anlass der öffentlichen Berichterstattung und zur Vorbereitung des Berichts haben gezeigt, dass niemand die Augen vor den Realitäten verschließt. Wo es die Situation erfordert, haben Schulämter und Schulen Programme mit Jugendämtern und anderen Institutionen entwickelt, um die betreffenden Jugendlichen neu zu motivieren und zu integrieren.

Ich möchte dabei betonen: Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfe ist - das ist ein weites Feld, das wir gerade beackern - für dieses Phänomen von ganz besonderer Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Städte.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich will aber gern die Situation noch einmal zum Anlass nehmen, die Lehrkräfte in den **Hauptschulen** zu unterstützen und sie in ihrer wirklich schwierigen Arbeit zu motivieren. Gerade sie bemühen sich sehr um ihre Schülerinnen und Schüler, damit sie den Übergang von der Schule in den Beruf schaffen und die notwendige Berufsfähigkeit erwerben. Jedenfalls verdienen sie unser volles Vertrauen und unsere Unterstützung und nicht etwa das Infragestellen ihrer Arbeit, wie es gelegentlich ebenfalls geschehen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Namens der CDU-Fraktion darf ich mich für den Bericht bedanken - zumindest für den schriftlichen Bericht, der uns vorgelegt wurde -, weil ich finde, dass er eine sehr nüchterne und auch umfassende Antwort auf die Fragen, die wir gestellt haben, enthält. Der Bericht zeigt, dass wir als CDU-Fraktion Recht hatten, das Thema

(Jost de Jager)

„Absentismus - Schuleschwänzen“ auf die Tagesordnung der Landespolitik zu setzen; er bestätigt - was ja zunächst bestritten wurde -, dass wir es beim Absentismus mit einem ernst zu nehmenden und ernstem Problem zu tun haben.

Diese Bestätigung habe ich auch darin gefunden, dass ich in einer Presseankündigung gelesen habe, Frau Erdsiek-Rave, dass Sie mit Lehrkräften in einen virtuellen Dialog darüber eingetreten sind. Das ist ja schon einmal ein erster Schritt;

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Mit Schulräten!)

- nun gut, mit Schulräten! - daraus wird dann sicherlich noch ein echter **Dialog** und insofern werden wir das Problem denn auch lösen.

Was die auch in der Pfeiffer-Studie genannten Prozentzahlen angeht, die 15 %, so möchte ich eigentlich eine Zahlendiskussion überhaupt nicht weiter führen. Ich möchte sie deshalb nicht führen - das kann ich hinzufügen -, weil die hohen Zahlen natürlich ihren Effekt gehabt haben. Wir hatten das Thema auf der Tagesordnung. Ich meine aber auch: Wenn wir zu weit gehen und zu lange eine reine Zahlendiskussion führen, lenkt das von den wirklich substanziellen Fragen ab, die wir in diesem Zusammenhang zu bereden und zu klären haben.

Ein Punkt aber - auch aufgrund Ihrer Ausführungen, Frau Ministerin - reizt mich aber doch. Wir haben unseren Antrag ja nicht nur auf die Basis des Satzes von 15 % in der Pfeiffer-Studie gestellt, sondern auch auf die Basis des Satzes von 16 % in Lübeck. Dazu heißt es nun in dem Bericht, die Zahl von 16 % sei ganz falsch, unter anderem auch deshalb, denn „viele Schüler hätten sehr wohl nachvollziehbare Gründe für das Fernbleiben gehabt, könnten diese aber nicht schriftlich nachweisen“. Das ist nun wirklich eine eigenartige Definition; sie zeigt, dass hier tatsächlich ein Unterschied zwischen Schülern und Abgeordneten besteht. Wenn wir unsere Gründe nicht schriftlich nachweisen können, wird uns das Tagegeld gestrichen - Schülern nicht!

(Heiterkeit)

Insofern ist das natürlich von der Definition her eine etwas schwierige Angelegenheit.

Ich möchte diese Absentismus-Arithmetik - wie gesagt - nicht weitertreiben, sondern mich auf die ernsthaften und substanziellen Punkte beziehen, die dieser Bericht enthält. Es sind im Grunde drei schulpolitische Feststellungen, die an dieser Stelle zu tätigen sind.

Erstens: Der Absentismus - das unentschuldigte Fernbleiben von der Schule - ist in allererster Linie ein

Problem der Hauptschulen, und zwar der Hauptschulen in Ballungsräumen und in Städten. Das hat nichts damit zu tun, Frau Erdsiek-Rave, dass wir die Hauptschulen schlecht reden wollten; es hat aber damit zu tun, dass wir uns ein sehr genaues Bild von der Lage an den Hauptschulen verschaffen müssen, wenn wir für die Hauptschule etwas tun wollen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern muss man dieses Faktum wertneutral festhalten.

Der zweite Punkt, den ich festhalten möchte, ist der Zusammenhang zwischen **Jugendkriminalität** und **Absentismus**, den Sie infrage gestellt haben. Ich darf Ihren eigenen Bericht auf Seite 12 zitieren:

„Mit häufigem Fehlen in der Schule beginnt oft ein Kreislauf, der mit einem Abbau von sozialen Bindungen anfängt und zu einer Verstärkung von emotionalen Störungen, zu Leistungsabfall, zum Wiederholen der Klassenstufe, zur Schulentlassung ohne Abschluss, zum Verlust der Chance auf einen Ausbildungsplatz, zur Erwerbslosigkeit, zum Abgleiten in die Kriminalität führen kann.“

Ich sage das ohne Triumph im Ton, sondern ich sage es, weil sich zeigt, dass wir es hier mit ganz individuellen Fällen zu tun haben, die wir in ihrer Individualität ernst nehmen müssen. Da ist es egal, ob es 15 % sind, 10 % oder 5 %. Jeder Einzelne, der aufgrund von Absentismus Gefahr läuft, der Schule und damit der Gesellschaft und einem geregelten Leben verloren zu gehen, ist es wert, dass man sich um ihn kümmert.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Deshalb müssen wir uns auch über die **Gegenmaßnahmen** unterhalten, meine Damen und Herren. Die Gegenmaßnahmen, die Sie nun in Ihrem Bericht auführen, Frau Erdsiek-Rave, sind haargenau diejenigen, die in den vergangenen Jahren das Problem nicht beseitigen konnten. Ein Sozialarbeiter hat mir gegenüber im Zusammenhang mit dem Thema „Absentismus“ von einer „Kettenreaktion der Gleichgültigkeit auf allen Verantwortungsebenen“ gesprochen. Diese Kettenreaktion werden die von Ihnen genannten Gegenmaßnahmen nicht aufbrechen. Deshalb müssen wir uns überlegen, wenn wir die individuellen Probleme jedes einzelnen Schülers, der möglicherweise von Absentismus betroffen ist, sehen, ob es nicht noch weitere Maßnahmen gibt, die über das hinausgehen, was in Schleswig-Holstein im Augenblick getan wird. Deshalb kündige ich an, dass die CDU-Fraktion im Rahmen der Ausschussberatungen eine Anhörung beantragen wird. In dieser Anhörung möchten wir auch Ver-

(Jost de Jager)

treter aus Bayern hören und uns über das bayerische Modell, das „Nürnberger Modell“, erkundigen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei geht es nicht darum, die Polizei Schülern hinterherzuschicken,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Doch!)

sondern es geht darum zu klären, warum Bayern eine niedrigere Absentismusquote als Schleswig-Holstein hat. Und es geht darum: Wenn es gute Gegenmaßnahmen gibt und diese helfen, dann wären wir verantwortungslos, wenn wir diese Gegenmaßnahmen nicht nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen; es erfolgt keine historische Belehrung über das Thema Absentismus.

Die SPD-Landtagsfraktion dankt der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur herzlich für den detaillierten Bericht zum Problem des unentschuldigten Fehlens an den Schulen in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Antworten und die Darstellung dieses Phänomens zeigen uns deutlich, dass die zwischen April und Juni dieses Jahres von der Presse aufbereiteten Horrorzahlen über den Anteil an Schulschwänzern nicht nur relativiert werden müssen, sondern auch deutlich nach unten korrigiert werden müssen.

Der Bericht zeigt ebenso deutlich, wie man durch Weglassungen, Vereinfachungen und **Schwarzmalerei** eine öffentliche Meinung - hier insbesondere über die Schülerinnen und Schüler einer Schulart - mobilisieren kann und auch mobilisiert hat, ganz sicher nicht zum Vorteil der Hauptschule, die ohnehin schon bei den Eltern mit Akzeptanz- und auch sonst mit Imageproblemen zu kämpfen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man das unentschuldigte Fehlen an den Hauptschulen der Landeshauptstadt entgegen Ihren ersten Presseveröffentlichungen und Verlautbarungen, Herr de Jager, die auch Sie abgegeben haben, um das Fünffache nach unten korrigieren muss - von 15 auf 3 % -, dann kann man schon von einer Art Überreaktion oder von einer gezielten Fehlinterpretation sprechen.

Ich kann schon verstehen, dass Sie als Opposition gern einmal auf die Hupe treten, und ich kann auch nachvollziehen, dass Sie mit so einem Alarmtritt die Landesregierung oder auch das Fachressort treffen wollen. Nur denke ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass man dabei nicht in die Gefahr geraten darf, die Hauptschule gleich mit zu treffen.

Diese Schulart hat ohnehin eine schwierige Schülerklientel. Die Kolleginnen und Kollegen der Lehrkörper an diesen Schulen verdienen eher unsere Zuwendung und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Ich ziehe für mich und für meine Fraktion die Schlussfolgerung, dass wir im Hinblick auf die Entwicklungsnotwendigkeit unserer Schulen verstärkt eine besondere politische Sensibilität entwickeln sollten. Wir sind uns wohl in diesem Hause auch einig darüber, dass sich unsere **Schullandschaft** nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens entwickeln lässt. Stellen wir doch, wenn es um Schule und Bildung geht, unsere Investigationsmentalität etwas zurück, lassen Sie uns auf vordergründige Aufgeregtheiten verzichten und üben wir uns lieber in Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

Ich leite für mich und vor allen Dingen für die Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion daraus eine zweite Regel ab: Stoßen wir eine derartige Diskussion erst einmal im zuständigen Ausschuss an und befragen wir Fachleute, statt vorschnell in die Presse zu gehen und den Eindruck zu erwecken, dass hier in Kiel tagtäglich fast 1.000 Hauptschülerinnen und Hauptschüler den Unterricht schwänzen und sich stattdessen in den Sophienhof oder an andere Stellen begeben und dort hausieren. Das ist alles so ausgesprochen worden. Nach diesem Bericht müssen wir dies alles richtig stellen und feststellen, dass die Zahlen zu 500 % übertrieben waren.

(Beifall bei der SPD)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht uns in den Augen der Bürgerinnen und Bürger auch nicht glaubwürdiger. Gehen wir an solche Fragestellungen, lieber Kollege de Jager, künftig anders heran!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bericht zum Thema „Schulschwänzen“ lässt bedauerlicherweise wichtige Fragen offen. Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion über dieses Thema war ja bekanntlich die Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen zum Thema „Gewalterfahrungen junger Menschen in Kiel“. Das Kultusministerium stellt fest, dass die Zahlen über Abwesenheitsquoten in einzelnen Schularten quasi nur ein Nebenprodukt dieser Studie gewesen sind und dass die Untersuchung keine detaillierten Angaben zu den Ursachen des Fernbleibens vom Unterricht enthält. Das ist insoweit sicherlich eine wichtige Feststellung, aber die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang wird meines Erachtens im Bericht des Ministeriums weder gestellt noch beantwortet. Die Frage lautet: Weshalb weist die Studie gerade für **Hauptschulen, Förderschulen** und **BVJ-Klassen** - Klassen des berufsvorbereitenden Jahres - **Abwesenheitsquoten**, die unterschiedliche Ursachen zusammenfassen, von 15 bis über 17 % aus, das heißt, einen drei- bis viermal so hohen Anteil fehlender Schülerinnen und Schüler wie bei Gymnasien und Realschulen?

Diese Frage wird weder gestellt noch beantwortet. Meine Damen und Herren, ist denn nicht einmal der Versuch unternommen worden, dies durch Rückfrage bei dem von Professor Christian Pfeiffer geleiteten Forschungsinstitut aufzuklären?

Solange hier keine Klarheit geschaffen ist, bleibt auch die Auskunft des Ministeriums, eine ergänzende Abfrage des Kieler Schulamtes habe für den Befragungstag lediglich einen Anteil von 3 % unentschuldig fehlender Schülerinnen und Schüler ergeben, letztlich unbefriedigend.

Die enorm hohe Fehlquote bei Hauptschülerinnen und -schülern, Förderschülerinnen und -schülern, Schülerinnen und Schülern, die in BVJ-Klassen die Ausbildungsreife erlangen sollen, ist an sich schon ein Alarmsignal. Ob die Schülerinnen und Schüler nun mit oder ohne Entschuldigung fehlen, ist letztlich nicht entscheidend. Allenfalls die Erklärung, dass nun zufällig in diesem Untersuchungszeitraum an den Schulen eine Grippewelle geherrscht habe, wäre wirklich Anlass zur Entwarnung. Aber davon ist hier auch nicht die Rede gewesen.

Es bleibt das Faktum, dass die hohen Fehlquoten Schularten beziehungsweise schulische Angebote betreffen, in denen sich insbesondere in Großstädten überdurchschnittlich viele Fälle mit Lernschwierigkeiten, sozialen Problemlagen, Motivationsproblemen und auch Verhaltensauffälligkeiten konzentrieren.

Wir wissen doch auch aus anderen Daten, dass es in diesem Bereich dramatische Fehlentwicklungen in unserem Bildungswesen gibt.

(Jürgen Weber [SPD]: Das ist auch ein gesellschaftliches Problem!)

- Ja, natürlich auch, selbstverständlich.

Zu Beginn der Neunzigerjahre gab es in diesem Land einen Anteil von gut 5 % aller Schülerinnen und Schüler, die unser Schulsystem ohne jeglichen Bildungsabschluss verlassen haben. Inzwischen liegt der Anteil dieser Schülerinnen und Schüler, die **keinen Bildungsabschluss** in unseren Schulen erhalten, bei gut 7,5 %; der Anteil ist im Laufe der Neunzigerjahre deutlich gestiegen.

Wir wissen, dass es zugleich - das wird auch in den nächsten Jahren so weitergehen - auf dem Arbeitsmarkt eine Entwicklung gibt, die ein immer höheres Qualifikationsniveau voraussetzt, eine Entwicklung, in deren Verlauf auch immer mehr Jobs, die nur geringe oder gar keine Qualifikationen erfordern, wegfallen. Diese Jobs werden wegrationalisiert, und zwar in einem erheblichen Umfang.

Diese beiden Tendenzen, die man sich einmal nebeneinander vor Augen führen muss - auf der einen Seite ein steigender Anteil von Schulabgängern, die keinerlei Bildungsabschluss mitbekommen, auf der anderen Seite eine Veränderung auf dem Arbeitsmarkt, die ein immer höheres Qualifikationsniveau voraussetzt und immer weniger Jobs bestehen lässt, die nur geringe Qualifikationsvoraussetzungen erfordern -, diese Schere, die sich hier auftut, beschreiben eine soziale Zeitbombe, die in unserem Land tickt. Ich meine, dass man auch das Thema Fernbleiben vom Unterricht im weitesten Sinne in diesen Kontext stellen muss. Es geht um die Frage: Was muss man tun, um diesem bildungsfernen und mit Lern- und Motivationsproblemen belasteten Teil der Schülerschaft eine Bildung mitzugeben, die dann auch für die weitere Entwicklung im beruflichen Bereich Lebensperspektiven ermöglicht. Wenn hier in den nächsten Jahren nicht deutlich eine Umkehr der Tendenz, die wir heute und in den letzten Jahren feststellen können, erfolgt, ergibt sich daraus politischer und sozialer Sprengstoff.

Meine Damen und Herren, wir werden über das eine oder andere in diesem Zusammenhang noch im Ausschuss zu diskutieren haben. Ich stimme mit der Ministerin darin überein, dass es bei der Lösung des Problems Schulschwänzen vor allem darum geht, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe zu verbessern, dass es auch darum geht, Ganztags- und Betreuungsangebote zu schaffen, die ganz gezielt für die Klientel, von der ich gesprochen habe, Hilfen gibt

(Dr. Ekkehard Klug)

und bessere Voraussetzungen schafft. Das ist für mich der entscheidende Ansatz und nicht, Kollege de Jager, die Frage nach dem Einsatz der Polizei.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn aus einem Artikel zitieren, der vor wenigen Wochen in der „Woche“ eine Grundschule in Dortmund hervorhebt, die in einem so genannten Problemstadtteil liegt. Als dieser Stadtteil eine neue Schule bekam, haben die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleiterin - ich zitiere! - „nicht darüber gesprochen, welche Bücher wir kaufen, sondern welche Schule die Kinder hier brauchen, nämlich eine mit festen Ritualen für Kinder, deren Leben ziemlich unübersichtlich ist. Viel Teamwork, damit die Lehrerinnen und Lehrer Luft haben, sich um einzelne schwierige Kinder zu kümmern, und es soll weniger Faktenwissen vermittelt werden, sondern das Lernen lernen. Wir können den Kindern heute keinen Rucksack mehr schnüren, mit dem sie durchs Leben kommen. Das Wissen verändert sich rasend schnell.“

Es wird dann geschildert, dass diese Schule das Thema **Jugendhilfe und Schule** hervorragend in die Praxis umsetzt und tatsächlich eine lebendige Kommunikation in den Stadtteil hineinträgt, sodass auch Eltern gern in die Schule kommen, um sich Rat zu holen, und viele Dinge mehr, die wir glücklicherweise zunehmend auch in Schleswig-Holstein an Grundschulen vorfinden.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Sehr gut!)

Weshalb gehe ich hier auf dieses Thema ein? - Weil das die Lösung für das Absentismusproblem ist. Ich kann die pharisäerhafte Klage von der Opposition nicht mehr hören, zu sagen, ja es gibt Probleme, es gibt Probleme, es gibt Probleme, und die Ministerin macht alles verkehrt. Sie sind mit dem Festhalten an alten Zöpfen von Beamtenprivilegien,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit dem Festhalten an einem veralteten Bild von Leistung und Ordnung das Problem; Sie verhindern die Schulreformen, die wir brauchen, um vorhandene Probleme tatsächlich lösen zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wer hat hier denn die Mehrheit?)

Die Lösung ist doch nicht darin zu suchen, dass irgendjemand das Thema mit mehr Ordnungsstrafen, mit mehr Geldstrafen - es gibt sie übrigens vereinzelt; ich habe mich selbst davon überzeugt; es gibt Briefe, in denen Eltern oder ältere Schülerinnen oder Schüler tatsächlich zu Zahlungen aufgefordert werden - oder mit Polizei in Verbindung bringt.

(Wortmeldung der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] - Glocke der Präsidentin)

Das Problem wird vielmehr nur zu lösen sein, wenn wir zu einer anderen Form von Schule kommen.

Ich habe mich sehr darüber gefreut - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe nur wenig Zeit und ich gestatte hier keine Zwischenfrage.

Ich habe mich sehr gefreut, dass wir in diesem Abschnitt „Jugendhilfe und Schule“ tatsächlich sehr konkrete Verabredungen finden. Ich freue mich auf die Fachkonferenzen in der Region, die angekündigt werden, sodass hier endlich Bewegung in die Sache kommt. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule ist etwas, was wir nicht deswegen, weil die Ministerien es nicht wollen, nicht so schnell vorantreiben können, sondern weil es viele Leute vor Ort mit Angst belegen. Es mag auch den einen oder anderen bürokratischen Menschen in den Ministerien geben, der das nicht will. Aber gerade wenn das so ist, dann müssen wir uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier doch alle anfassen und die Sache voranbringen.

Sie mussten ja auch auf voller Linie zugeben, Herr de Jager, dass Sie sich sehr schwer geirrt haben. Sie haben einen Bericht einfach nicht genau gelesen, haben damit in unverantwortlicher Weise der Hauptschule, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern geschadet. Sie haben einen Prozess angehalten, anstatt ihn zu befördern.

(Zurufe von der CDU)

Nun geloben Sie ja Besserung. Wir haben verabredet, dass wir uns über das Thema „Hauptschule“ im Bildungsausschuss in einer neuen Form informieren und versuchen werden, die Fachleute zum Dialog in den Fachausschuss zu holen, um damit der Sache wirklich zu dienen, anstatt sie anzuprangern.

(Angelika Birk)

Ich freue mich auf den Dialog und hoffe, dass die Besetzung, die Sie in dem Punkt gelobt haben, anhält und wir nicht mit neuen fürchterlichen Parolen in den Herbstferien überfallen werden. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Führen Sie Reisen durch, sehen Sie sich unsere vorbildlichen Schulen an, verstärken Sie die positiven Effekte!

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich dachte, Sie haben in Düsseldorf studiert! - Weitere Zuerufe von der CDU)

- Das bezieht sich auch auf Schleswig-Holstein. Es gibt auch hier Schulen, über die wir so Ähnliches berichten können, wie ich vorgelesen habe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja dann machen Sie doch mal! Wir haben ja kein Beispiel! - Unruhe bei der CDU)

Ich fände es gar nicht schlecht, wenn der Bildungsausschuss unsere Schulen einmal besuchen würde, damit Sie wissen, wie modernes Lernen tatsächlich funktioniert. Dann können wir uns über die tatsächlich verbleibenden Probleme sachlich unterhalten, aber mit dem Ziel, nach vorn zu gehen, und nicht mit dem Ziel, schwarze Peter zuzuschieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau genommen zeugt die Sorge der CDU über den angeblich explodierenden Absentismus von einem erheblichen Misstrauen gegenüber den Lehrkräften des Landes.

(Widerspruch des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Wenn das Fernbleiben vom Schulunterricht wirklich ein so katastrophales Problem wäre, wie es die unkritische Nutzung der **Pfeiffer-Studie** unterstellt, dann hätten die Schulen schon längst Alarm schlagen müssen. Es dürfte wohl kaum der Aufmerksamkeit der Lehrerinnen und Lehrer entgehen, wenn so viele Schüler abwesend sind. Aber wer die Wirklichkeit der Schule kennt, weiß, dass Lehrerinnen und Lehrer Tag für Tag viel Kraft, Phantasie und Zeit dafür verwenden, mögliche Schulverweigerer in die Schule zurückzuholen. Die CDU-Landtagsfraktion hat es aber vorgezogen, allein aufgrund einer unzulässigen Interpretation der Pfeiffer-Daten Alarm zu schlagen. Hier ist

Zahlenfetischismus betrieben worden, ohne die Qualität der Daten zu hinterfragen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung legt in ihrem Bericht überzeugend dar, dass dies allein nicht ausreicht. Zwar sind auch die dort angegebenen Daten überwiegend wenig aussagekräftig; entscheidend ist aber die Nachuntersuchung des Kieler Schulamts an den vom Pfeiffer-Team besuchten Schulen für den Tag der Datenerhebung. Dabei hat sich im Nachhinein ergeben, dass nur 3 % der von Pfeiffer als abwesend erhobenen 15,1 % wirklich unentschuldig dem Unterricht fernblieben. Damit wird die Dramatik der Lage dementiert. Wer immer noch eine drastische Entwicklung des Schwänzens postuliert, muss dies durch neue, valide Daten belegen können und die habe ich bisher nicht gefunden.

Die vorgelegten **Zahlen haben mich nicht überzeugen können**, dass wir in diesem Bereich extreme Probleme haben. Das heißt nicht, dass wir uns keine Gedanken darüber machen müssen, wie wir mit dem Problem Schuleschwänzen umgehen sollen. Wenn wir uns aber darauf verständigen können, dass es keinen Grund für Aktionismus gibt, dann kommen wir vermutlich zu anderen Lösungsansätzen.

Es besteht also kein Anlass dazu, die Polizei durch die Innenstädte zu schicken, um Schulschwänzer aufzugreifen, Stempelautomaten für Schüler einzuführen oder ähnliche drakonische Maßnahmen zu ergreifen. Das Ordnungsrecht oder technische Kontrollen sind nicht besonders geeignete Mittel, um das Problem des Fernbleibens vom Unterricht zu lösen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das wird auch dadurch bestätigt, dass das Schwänzen vielleicht eher ein Problem sozial belasteter Kinder und Jugendlicher ist. Überraschend an den vorliegenden spärlichen Daten ist ja, dass das Schuleschwänzen in den Hauptschulen und sozial belasteten Stadtteilen scheinbar am stärksten ist. Dies widerspricht den Erfahrungen aus anderen Ländern. Dort ist der Absentismus vor allem in Gymnasien verbreitet, wo die Autonomie der Schüler am größten ist oder - um es anders zu formulieren - wo wir es mit jungen Erwachsenen zu tun haben, von denen erwartet wird, dass sie wissen, warum sie weiter zur Schule gehen. Ich bin bereit, jede Wette einzugehen, dass das auch bei uns ein Problem ist, das heißt, dass Schuleschwänzen in den Oberstufen der Gymnasien ein Problem darstellt, über das auch einmal gesprochen werden sollte.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Nochmals: Die Angaben im Bericht der Landesregierung sind mit größter Vorsicht zu genießen und eigentlich nicht verallgemeinerbar. Sie geben aber einen **Hinweis auf soziale Probleme**, denen wir nachgehen müssen. Daher teile ich auch die Einschätzung der Landesregierung, dass die Lösung des Problems eine Aufgabe für Schule, Sozialarbeit und Eltern ist. Die Folgerungen aus diesem Bericht müssen sein, dass wir erstens bessere Informationen über den Absentismus brauchen - eine entsprechende Studie hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen bereits angekündigt - und uns zweitens darüber Gedanken machen, wie wir Schule und Jugendhilfe auch im Sinne der Problemintervention besser verzahnen können.

Wir werden im Ausschuss genug Zeit haben, uns mit dem Thema zu beschäftigen. Ich werde mich an dieser Debatte gern beteiligen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Insbesondere nach den Äußerungen von Herrn Dr. Klug muss ich hier noch eine kleine Ergänzung machen, die in der Richtung mit dem übereinstimmt, was Frau Spoorendonk zum Schluss gesagt hat. Herr Pfeiffer hat aus der Diskussion seiner ersten Studie gelernt und eine neue **Studie** vorgelegt, die „Gewalterfahrungen und Delinquenz Jugendlicher in Delmenhorst“ heißt - er fokussiert das wieder auf einen Ort - und vom März 2000 stammt. In dieser Studie hat er die Befunde aus der Lehrersicht, sozusagen aus der Klassenbuchsicht durch anonymisierte Selbstberichte von Jugendlichen ergänzt. Die Ergebnisse, zu denen er da kommt, sind auch in Bezug auf die Schularten interessant. 53 % der Hauptschüler sagten, sie hätten schon einmal, gelegentlich oder länger geschwänzt, 43 % der Realschüler und immerhin 48 % der Gymnasiasten. Aus solchen Befunden den Schluss zu ziehen, es handle sich um ein Hauptschulproblem, ist fahrlässig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, es scheint wohl so zu sein, dass Gymnasiasten, besonders in der Oberstufe, erst recht wenn sie mündig sind, mit diesem Phänomen sozusagen geschickter umgehen, es besser erklären können und ihnen die Lehrer wahrscheinlich eher glauben. Das ist wohl einfach so.

In dieser Diskussion muss man alle Tendenzen - Herr de Jager, das sage ich mit vollem Ernst, ohne dass Sie uns vorhalten, wir nähmen die Probleme der Hauptschule nicht ernst - abwehren, dass hier immer wieder Niedermachendes in Bezug auf Hauptschüler gesagt wird. Das möchte ich so einfach nicht stehen lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin möchte ich aus der eben von mir genannten Studie folgende interessante Passage zitieren:

„In einer älteren bundesdeutschen Studie aus dem Jahre 1972, in der 889 Schülerinnen und Schüler der sechsten, siebenten und achten Hauptschulklassen in Schleswig-Holstein untersucht wurden, konnte festgestellt werden, dass 41 % irgendwann einmal unentschuldigt dem Unterricht ferngeblieben waren.“

Das besagt die Studie aus einer Zeit, in der die Schulpolitik und Bildungspolitik nach ihrer Auffassung wahrscheinlich noch in Ordnung war, in der die Hauptschule sozusagen die stärkste Schulform war. Wie interpretieren Sie denn solche Zahlen, Herr de Jager?

Sich Zahlen in dieser Art gegenseitig um die Ohren zu schlagen und zu behaupten, das sei das Versagen der Bildungspolitik in Sachen Hauptschule, ist einfach unzulässig und damit sollten wir ein für alle Mal aufhören.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten de Jager.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf müssen wir gleich reagieren!)

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! - Darauf können Sie gleich reagieren. Ich hatte eigentlich nicht vor, noch einmal etwas zu sagen, aber ich will es doch tun, weil sich die Ministerin noch einmal zu Wort gemeldet und Dinge gesagt hat, die ich so nicht im Raum stehen lassen möchte. Frau Ministerin, ich finde es schon verwunderlich, dass Sie bei dieser Debatte auf einem Diskussionsstand stehen geblieben sind, wo wir uns irgendwelche Statistiken um die Ohren hauen,

(Jost de Jager)

wenn wir eigentlich schon zu dem Kern des Problems und den schulpolitischen Aufgaben vorgedrungen sind.

(Roswitha Strauß [CDU]: Ja! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte einen Moment! - Bei aller Wertschätzung für unkonventionelle Kommunikationsformen - das Herunterwerfen von Blättern von der Tribüne ist untersagt. Beim nächsten Mal werden Sie von der Tribüne verwiesen. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter!

Jost de Jager [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich finde es einigermaßen unerhört, wenn gerade uns als CDU im Zusammenhang dieser Debatte vorgeworfen wird, wir wollten die **Hauptschule** schlecht reden, der Hauptschule schaden, immer nur draufhauen und nichts machen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Tatsache, dass wir uns im Bildungsausschuss darauf verständigt haben, in mehreren Sitzungen verschiedene Punkte einer Hauptschulinitiative zu beraten, auf eine Initiative der CDU zurückzuführen ist. Ich freue mich, dass wir im Ausschuss zu einem Verfahren gekommen sind, bei dem wir diese Dinge gemeinsam beraten wollen. Ich denke, dass wir das dann aber auch in einem Klima machen sollten, bei dem wir miteinander vernünftig über Dinge reden können, ohne ständig in irgendwelche Reflexe zurückzufallen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir über Maßnahmen reden müssen - da muss ich auch keine Besserung geloben, Frau Birk -, denn wir müssen über diese **Maßnahmen** deshalb reden, weil die Schulpraktiker vor Ort - zum Beispiel die Schulleiter selbst - diese Maßnahmen auch einfordern. Und wer sind wir denn, dass wir diese Vorschläge, diese Anregungen von den Schulleitern nicht aufnehmen und nicht in der Politik umsetzen. Auch das ist unsere Aufgabe. Wenn man einmal in die verschiedenen Stadtteile - beispielsweise der Stadt Flensburg oder auch anderer Städte - geht, weiß man, dass man allein mit einem theoretischen und abstrakten Gerede dort nicht weiterkommt, sondern diese Maßnahmen weiterdenken muss.

Ich möchte zum Schluss dieser Debatte aber noch einmal hinzufügen, dass auch nach Auffassung der CDU die Fragen der **Schulsozialarbeit** von erheblicher Bedeutung sind. Man darf die Maßnahmen nicht isoliert betrachten, sondern man muss sie als Paket sehen. Dazu gehört - das wissen Sie und der Kollege Hay hat das ja in seiner Haushaltsrede vor drei Wochen kritisiert; das ist ein Vorschlag der CDU gew-

sen -, dass wir die Ausweitung **ganztägiger Betreuungsangebote** an Hauptschulen als ein profilbildendes Element dieser Schulart einführen müssen. Dazu gehört auch die Diskussion über **Ganztagschulen**, nicht nur über Ganztagsbetreuung, sondern über Ganztagschulen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich muss das in Verbindung mit der Jugendhilfe, in Verbindung mit verschiedensten Finanzierungsformen geschehen. Nur, wir müssen die Debatte doch irgendwann einmal beginnen. Auch das ist ein Teil einer schulpolitischen Diskussion, die aus dieser Debatte entspringen kann. Ich freue mich und ich wünsche mir, dass wir über diese Frage substantieller reden, als dass der Beitrag der Ministerin eben hat erkennen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie haben jetzt zwei verschiedene Dinge völlig durcheinander gebracht. Wenn Sie darüber reden, dass wir uns darüber Gedanken machen sollen, mehr Ganztagschulen einzurichten, dann haben Sie mich voll auf Ihrer Seite. Das wissen Sie auch. Wenn wir aber über Fehlen, Schwächen im Unterricht reden, dann ist das in meinen Augen ein anderes Thema. Und ich möchte wirklich einmal in diesem hohen Haus die Frage stellen, wer hier sagen kann, dass er in seiner Schulzeit nie geschwänzt hat. Der möge sich bitte melden! - Fünf, fünf Meldungen. Das heißt, ich gehe davon aus, wir haben eine Quote von 94 %, die schon einmal in der Schule unentschuldig gefehlt haben. Danke schön!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so bestimmen will, den

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 35 nicht mehr vor der Mittagspause, sondern nach dem Tagesordnungspunkt 34 aufzurufen.

Ich schlage vor, dass wir noch die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache abhandeln. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Auflösung der Stiftung Pommern

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/188

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/409

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 12. Juni 2000 überwiesenen Gesetzentwurf am 21. September 2000 befasst. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen sowie zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes und des Brandschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/328

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/447

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Frau Präsidentin, der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Wer der Beschlussempfehlung so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/458

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen

(Zurufe von der SPD: Und dem Sozialausschuss!)

- und dem Sozialausschuss mitberatend.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Federführend!)

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU
Drucksache 14/424

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen eine offene Abstimmung vor. Ich weise darauf hin, dass für die Wahl eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Nein!)

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

- Oh, Entschuldigung. Das ist bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. so beschlossen. Ich bitte um Entschuldigung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in den Anlagen bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Antrag der Landesregierung
Drucksache 15/438

Wird Ausschussüberweisung oder Abstimmung in der Sache beantragt? - Abstimmung in der Sache! Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. ist dies so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

EU-Grundrechtecharta

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/465

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/482

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich Ihnen vor, die Anträge dem Europaausschuss zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Metropolregion Hamburg

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/467

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Offshore-Windkraftanlagen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/468

Auch hier lasse ich über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Verkürzung der Gymnasialschulzeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/217

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/410

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Schulklassen für hochbegabte Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/206

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/411

Auch hierzu erteile ich dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch hier empfiehlt der Bildungsausschuss in seiner Mehrheit, den Antrag abzulehnen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Haushaltsrechnung 1998 und Vermögensübersicht 1998

Bericht des Ministeriums für Finanzen und Energie

Drucksache 14/2505

und

Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/436

Ich erteile der Berichterstatterin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Kähler, das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Ich lasse über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sie ist mit Enthaltung des Herrn Abgeordneten Weber angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Unterlagen der Staatssicherheit (sog. Rosewood-Akten) an Gauck-Behörde

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/212

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/449

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit diesem Antrag in zwei Sitzungen - zuletzt am 4. Oktober 2000 - beschäftigt. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Antrags.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt ohne Aussprache. Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Antrag des Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Anwaltsgerichtshofs in Schleswig vom 18. August 2000 - 1 AGH 9/99 - auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/450

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein und beginnen um 15:00 Uhr mit der Nachmittagssitzung.

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

- Herr Abgeordneter Maurus zur Geschäftsordnung!

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Es war phänomenal, wie schnell wir über die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache abstimmen konnten. Uns ist beim Tagesordnungspunkt 12 ein Abstimmungsversehen unterlaufen. Ich bitte Sie, die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 12 zu wiederholen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, das ist nach erfolgter Abstimmung nicht mehr möglich. Eventuell gibt es andere Möglichkeiten. Ich bitte Sie zu überprüfen, ob Sie das noch einmal einbringen wollen. Eine solche Wiederholung der Abstimmung ist nicht möglich.

(Unterbrechung: 13:04 bis 15:02 Uhr)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung. Bevor ich Tages-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

ordnungspunkt 34 aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne die Besuchergruppen der Volkshochschule Flensburg, der Marinewaffenschule Eckernförde, 2. Lehrgruppe A und des Innerwiel-Clubs Itzehoe.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Bericht über den Zivildienst in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000

Drucksache 15/129 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/441

Ich erteile das Wort der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Frau Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anlass für den Berichts Antrag war die Sorge über die Folgen einer reduzierten Zahl der Zivildienstleistenden. Zivildienst - ich will dies noch einmal aus der Debatte im Sommer wiederholen - hat sich in der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung sehr gewandelt. Früher sahen viele in den Kriegsdienstverweigerern so genannte Drückeberger. Heute werden sie von der Bevölkerung und von vielen Politikerinnen und Politikern als nicht wegzudenkende Größe insbesondere im Bereich der freiwilligen sozialen Arbeit betrachtet.

Deshalb ist es notwendig, sich über die Zukunft des Zivildienstes auch unabhängig von der allgemeinen Wehrpflicht und ihrer Entwicklung Gedanken zu machen im Sinne eines neuen gemeinsamen Rahmens für gesellschaftliche freiwillige Arbeit.

Auch für diese konzeptionelle Diskussion können die Ergebnisse des Berichts Hilfestellung leisten. Da der Zivildienst eine Angelegenheit des Bundes ist, haben wir den angeforderten Bericht mit der Unterstützung des Bundesamtes für den Zivildienst erstellt und außerdem eine flächendeckende Umfrage bei den 1.641 Beschäftigungsstellen in unserem Land gestartet. Die Resonanz auf die Umfrage war außerordentlich gut. Mehr als 50 % der Beschäftigungsstellen haben geantwortet. Ein auffälliges Ergebnis - und vielleicht von uns allen so nicht erwartet - ist die Tatsache, dass lediglich 31,1 % der **Zivildienstleistenden im Pflege- und Betreuungsdienst** tätig sind. Daraus lässt sich schließen, dass bei weiterer Einschränkung des Zivildienstes der Pflege- und Betreuungsbereich in geringerem Maße betroffen wäre als gedacht und befürchtet. Das kann in Schleswig-Holstein anders als in anderen Bundesländern sein. Dies erklärt möglicherweise auch,

dass bisher kein Verband in dieser Frage an uns herangetreten ist. Ich fürchte, es entspricht nicht ganz der oppositionellen Dramaturgie bei diesem Thema.

Die fachlichen und finanziellen Auswirkungen der verkürzten Dienstzeit werden sehr unterschiedlich beurteilt. Die meisten Einrichtungen sehen natürlich Einschränkungen auf sich zukommen, allerdings nicht im Bereich der Kernarbeit, weil Zivildienstleistende dort eigentlich gar nicht eingesetzt werden dürfen. Sie sehen die Einschränkungen im Bereich der Zusatzangebote und sagen, der Wert der Zivildienstleistenden für die Einrichtungen werde mit der Verkürzung der Zeit natürlich sinken, weil Urlaub, Lehrgänge und Einarbeitungszeit abgezogen werden müssen.

Auffällig ist allerdings: 12,3 % aller Beschäftigungsstellen, die geantwortet haben, sehen überhaupt keine Auswirkungen und befürchten offenbar auch keine.

Bei der Kompensation bereits jetzt fehlender Zivildienstleistender - es ist ja nicht das erste Mal, dass reduziert worden ist - setzen die meisten Beschäftigungsstellen auf das vorhandene Personal beziehungsweise auf den Wegfall oder die Einschränkung von Zusatzangeboten und auf den Einsatz zusätzlicher Hilfskräfte. Möglichkeiten, in Zukunft den Zivildienst ganz oder teilweise zu ersetzen, werden in zusätzlichen Hilfskräften, in Praktikanten, vor allem aber im Freiwilligen Sozialen Jahr und im Freiwilligen Ökologischen Jahr gesehen. Das Planpersonal aufzustocken, halten zwar viele für wünschenswert, aber - realistisch, wie die meisten Gott sei Dank sind - im Moment nicht für finanzierbar. In einem Pflichtjahr sehen nur ganz wenige der Beschäftigungsstellen eine Perspektive.

Da sich das Problem reduzierter Zivildienstzeiten und die Notwendigkeit einer Neukonzeptionierung freiwilliger Arbeit natürlich nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit stellt, setzen wir auf eine bundesweit einheitliche Lösung. Die Überlegungen der Bundesregierung, die vorliegen, unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den Überlegungen, die wir in Schleswig-Holstein angestellt haben. Die Arbeitsgruppe „Zukunft des Zivildienstes“ auf Bundesebene schlägt vor, ein neues **Modell des freiwilligen Dienstes** im Inland zu entwickeln. Ein stärker auf Qualifizierung ausgerichteter Dienst im Sinne eines freiwilligen Jahres soll dann als Zivildienst anerkannt werden. Modelle sollen mit den Verbänden erörtert und Gespräche mit der Wirtschaft über Anrechnungsmöglichkeiten beispielsweise auf Ausbildungsberufe geführt werden. Hier sieht die Landesregierung einen wichtigen Auftrag zur Mitwirkung, auch durch entsprechen-

(Ministerin Heide Moser)

de Gespräche hier vor Ort mit unseren Verbänden und unserer Wirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr weiter zu fördern und auszubauen, ist mit Sicherheit eine zentrale Möglichkeit, gerade junge Menschen für soziales und ökologisches Engagement zu motivieren. Einen Schritt haben wir bereits getan. Im Rahmen der Qualitätsoffensive in der Pflege haben wir zusätzliche Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr gefördert und damit geschaffen. Für ein Aktionsprogramm, um reduzierte Zivildienstzeiten zu kompensieren, sehen die Verbände in Schleswig-Holstein offenbar keinen Anlass. Sie setzen - wie die Landesregierung - auf die umfassende konzeptionelle Lösung für freiwillige gesellschaftliche Arbeit in unserem Staat.

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundesminister der Verteidigung plant eine deutliche Reduzierung der Zahl der Wehrdienstleistenden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Grünen wollen die Wehrpflicht ganz abschaffen. Die Liberalen wollen sie aussetzen. Der SSW spielt in dieser bundespolitischen Debatte einmal keine wesentliche Rolle.

(Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber egal, wie die Entscheidung in Berlin aussehen wird: Bei einer Reduzierung des Wehrdienstes wird es auch zu Auswirkungen auf den **Zivildienst** kommen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Torsten Geerds [CDU]:

Ja, aber bitte schnell!

Anke Spoorendonk [SSW]: Lieber Kollege Geerds, sind Sie der Meinung, dass man eine Meinung nur äußern kann, wenn man bei der Bundestagswahl kandidiert?

- Wir haben in den letzten Jahren ja erlebt, dass Sie zu jedem Thema Ihre Meinung hier darstellen, ob es nun einen Wahlkampf gibt oder keinen Wahlkampf gibt. Wir haben uns daran gewöhnt und können mittlerweile gut damit leben.

(Heiterkeit - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Landtag hatte sich auf Initiative der CDU-Fraktion mit der Thematik befasst. Die Landesregierung wurde beauftragt, einen Bericht über die Auswirkung der zum 1. Juli 2000 in Kraft getretenen Strukturveränderungen und über ihre Planungen zum Strukturerehalt in den Einrichtungen sowie zur Kompensation fehlender Stellen vorzulegen. Außerdem wollten wir darüber unterrichtet werden, welche Gespräche die Landesregierung in diesem Zusammenhang geführt hat oder zu führen beabsichtigt.

Heute stellen wir fest, dass wir eine umfangreiche Bestandsaufnahme erhalten haben, wofür wir uns bedanken möchten. Es fehlt allerdings jede Aussage der Landesregierung über ihre Planungen zum Strukturerehalt und zur Kompensation wegfallender Zivildienststellen. Dieser Bericht ist eine Fleißarbeit; ihm fehlt allerdings jede Perspektive. Auch bei diesem Thema - das mögen Sie nicht hören, Frau Moser; ich muss es aber trotzdem wiederholen - findet in Ihrem Hause nur verwaltungstechnisches Durchwursteln statt. Während in Baden-Württemberg das Sozialministerium bereits einen Bericht über Engpässe im Zivildienst vorgelegt hat, in dem auch mögliche Vorsorgemaßnahmen des Landes dargestellt werden, legt uns die Sozialministerin heute lediglich die **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände** vor. Frau Ministerin Moser, das ist uns zu wenig. Dafür benötigen wir keine Sozialministerin. Das hätten wir auch ganz direkt mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege klären können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie können als zuständige Ministerin nicht auch bei diesem Thema wieder wegtauchen und sich auf die Moderatorenfunktion zurückziehen. Es muss doch irgendjemanden in Ihrem Ministerium geben, der in der Lage ist, diese Problematik konzeptionell aufzuarbeiten und dem Parlament mitzuteilen, in welcher Richtung die Regierung dieses Landes gemeinsam mit anderen Ländern und dem Bund diese Thematik bearbeiten wird.

Ihre Umfrage bei den 1.641 Beschäftigungsstellen für Zivis im Lande ist loblich, aber wäre Ihr Haus wirklich auf die Idee gekommen, dieses Thema anzupac-

(Torsten Geerds)

ken, oder ist es richtig, dass erneut das Parlament dem müden Sozialministerium auf die Beine verhelfen muss? Von 814 der 1.641 Beschäftigungsstellen für Zivis wurde auf Ihre Anfrage geantwortet. Jetzt wissen wir, wo die entsprechenden Zivildienstleistenden beschäftigt sind. Wir müssen die Antwort nach den zukünftigen Alternativen für den Zivildienst im Auge behalten. 13,5 % haben geantwortet, dass sie nur eine Möglichkeit sehen, um aus dieser Bredouille herauszukommen, nämlich die Möglichkeit, ihr Angebot einzuschränken. Können wir uns das in der Altenhilfe, in Behinderteneinrichtungen, bei Alten- und Pflegediensten wirklich leisten?

Die CDU-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die zuständige Ministerin dieses Thema zur Chefsache machen muss. Stattdessen belässt es das Ministerium in einem Bericht, bei dem Perspektiven abgefragt wurden, bei allgemeinen Floskeln. Unter der Zwischenüberschrift „Haltung der Landesregierung Schleswig-Holstein zur Zukunft des Zivildienstes“ finden wir die bemerkenswerte Aussage: „Die Vorschläge der Verbände nimmt die Landesregierung mit großer Aufmerksamkeit und Anerkennung zur Kenntnis.“ Meine Damen und Herren, das ist weder eine eigene Position noch können sich die Verbände dafür etwas kaufen.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende des Kapitels, in dem sich die Landesregierung positionieren sollte, wird das Problem auch noch verniedlicht, wenn es nämlich heißt: „Der hier vorliegende Bericht zeigt, dass nicht von einer dramatischen Situation gesprochen werden kann.“ Es heißt lapidar weiter: „Es gibt einige Engpässe, aber die Beschäftigungsstellen lösen diese Probleme durchaus mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Landesregierung nimmt dies anerkennend zur Kenntnis.“

Meine Damen und Herren, leider können wir als Landtag einen Bericht der Landesregierung, wenn er besonders mangelhaft ist, nicht zurückweisen. Wir erwarten aber, dass bei der Diskussion im Fachausschuss nicht nur die wirklich interessanten Vorschläge der Wohlfahrtsverbände diskutiert werden. Hier muss vielmehr auch die Landesregierung ihre Position darstellen und erläutern, welche politischen Initiativen sie starten wird, um einen Strukturerthalt in den Einrichtungen zu ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin Moser, Sie haben uns heute ein umfangreiches Papier vorgelegt. Leider aber haben Sie gleichzeitig auch wieder unter Beweis gestellt, dass von dem von Ihnen geführten Ministerium keine sozialpolitischen Perspektiven mehr zu erwarten sind.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Sozialministerin, liebe Kollegin Heide Moser, in der Diskussion des Landestages am 7. Juni 2000 zu den Anträgen betreffend Zivildienst in Schleswig-Holstein haben Sie in Ihrem Beitrag zu diesem Thema zusammenfassend ausgeführt: „Ich bedanke mich sehr, dass wir die gute Möglichkeit haben werden, alle gemeinsam auf der Grundlage eines umfassenden Berichts weiterzuarbeiten.“ Sie haben festgehalten, dass Sie sich im Bericht zu Grundsatzfragen äußern und für die sich anschließende Diskussion Lösungsvorschläge erarbeiten wollten. Hier und heute will ich mich - und dies zugleich für die gesamte SPD-Fraktion - für diesen gelungenen Bericht bei Ihnen herzlich bedanken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, Ihr Ansatz, Grundsatzfragen aufzugreifen und gemeinsam mit den Trägern von Zivildienststellen in Schleswig-Holstein Wege für einen zukünftigen **Zivildienst** beziehungsweise für vergleichbare **Freiwilligendienste** aufzuzeigen, ist sehr gelungen. Kollege Geerds, wenn Sie sagen, in dem Bericht fehlten Aussagen zur Haltung der Landesregierung und zu den Perspektiven, so verweise ich Sie auf Seite 38, wo die Haltung der Landesregierung formuliert ist. Wenn Sie versuchen, mit dramatischen Sprüchen eine dramatische Situation herbeizureden, die es gar nicht gibt, ist Ihr Beitrag völlig verfehlt gewesen, nicht aber der Bericht.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich finde es doppelt verwerflich, wenn man gerade in diesem Bereich versucht, Verunsicherung zu betreiben. Wer wird denn verunsichert, wenn man Probleme herbeireden will? Das sind gerade die Menschen, die mit der Betreuung von Zivildienstleistenden zu tun haben. Gerade dort finde ich Verunsicherung am wenigsten angebracht.

Der vorliegende Bericht zeigt deutlich, dass aufgrund der verkürzten Zivildienstzeit keineswegs von einer dramatischen Situation gesprochen werden kann. Es gibt Engpässe, aber die Beschäftigungsstellen lösen die Probleme mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Das wird zumindest aus der Auswertung der Umfrage deutlich. Dass sich über 50 % der Beschäftigungsstellen an der Umfrage beteiligt haben, zeigt den

(Wolfgang Baasch)

Willen aller, an konstruktiven Lösungswegen für die Zukunft weiterzuarbeiten.

Da der Einsatz von Zivildienstleistenden auch in Zukunft nur begrenzt zu planen ist - die Anzahl der Zivildienstleistenden hängt zum Beispiel von der Zahl der Wehrpflichtigen wie auch von der Zahl der jungen Männer, die den Wehrdienst verweigern, ab -, werden sich viele Einrichtungen um Alternativen gerade im ehrenamtlichen Bereich bemühen müssen.

Aber auch das freiwillige soziale und das freiwillige ökologische Engagement muss zukünftig noch besser und effektiver gestaltet werden können. Gerade über das **Freiwillige Soziale Jahr** und das **Freiwillige Ökologische Jahr** besteht die Möglichkeit, junge Menschen für soziales und ökologisches Engagement zu motivieren. Ein konkreter Ansatz des Sozialministeriums, im Rahmen der Pflegequalitätsoffensive zusätzliche Plätze in Pflegeheimen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des FSJ einzurichten, ist die richtige Antwort. Aber auch der Vorsatz der Landesregierung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu prüfen, um fehlende Zivildienstleistende zu ersetzen, ist ein richtiges und von vielen Beschäftigungsträgern geteiltes Vorgehen.

Aber auch die grundsätzlichen Aussagen im vorliegenden Bericht sind zu begrüßen. Es wird festgehalten, dass eine allgemeine soziale Dienstpflicht nicht nur abgelehnt wird, sondern auch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar ist. So setzt auch der Bundesbeauftragte für den Zivildienst auf Freiwilligendienste und auf eine Verbindung von Praktika mit dem Zivildienst. In diesem Zusammenhang finde ich die Überlegungen im Bericht, die das Diakonische Werk, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und die verschiedenen Umwelt- und Naturschutzverbände zur Zukunft des Zivildienstes geäußert haben, sehr interessant. Die Ablehnung eines allgemeinen Pflichtdienstes wird von vielen gleichermaßen vorgetragen.

In diesem Zusammenhang will ich aus einer Stellungnahme des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte zitieren, die sich mit der Schaffung eines Freiwilligendienstes in Deutschland beschäftigt. Darin heißt es:

„Die bevorstehenden gravierenden Änderungen des Zivildienstes sollten Anlass und Motor zur Schaffung eines Freiwilligendienstes in Deutschland sein. Bei dem Einsatz von Freiwilligen in der Behindertenhilfe kommt es nicht darauf an, kostengünstige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen; es kommt nicht nur auf die Arme und Beine junger Menschen an, die Pflege verrichten und einen Rollstuhl

schieben. Es geht auch um ihre Impulse, um die kritischen Fragen, ihre vielfach unvoreingenommene Haltung und Unbefangenheit, die sie in die Behindertenarbeit hineinbringen. Sie stellen eine Verbindung zur Lebenswelt nicht behinderter junger Menschen dar, sind Integrationshelfer, die mit ihrer Energie, dem Engagement und ihrer Zeit behinderten Menschen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Qualität kann durch den Einsatz hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht erbracht werden, selbst wenn das Geld dafür zur Verfügung stünde.“

Ich denke, das ist ein sehr nachdenkliches Zitat, das deutlich macht, dass es nicht nur eine Frage von Geld- und Mitteleinsatz ist.

Abschließend will ich aus meiner Sicht Folgendes sagen. Zivildienst war und ist kein Dienst zweiter Klasse gegenüber dem Wehrdienst. Zivildienstleistende gehörten nie in die Schublade der Drückeberger, im Gegenteil. Zivildienstleistende und junge Menschen, die sich in freiwilligen Diensten engagieren, leisten Großartiges für unsere Gemeinschaft und helfen vielen Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Der vorliegende Bericht zum Zivildienst belegt dies eindeutig. Vielen Dank dafür!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin! Zunächst bin ich ganz besonders dankbar für die unmissverständliche Feststellung, die Versorgung und die Leistungen im Sozial- und Umweltbereich nicht von Regelungen der Wehrpflicht und ihren Folgen abhängig machen zu wollen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, Frau Ministerin, dass das Problem der verkürzten Zivildienstzeit langfristig unabhängig von Wehrpflicht und **Zivildienst** gelöst werden muss.

Ebenso danke ich Ihnen ausdrücklich für die klare Absage an ein soziales Pflicht- oder Dienstjahr. Frau Ministerin, nicht ganz allerdings kann ich Ihre Einschätzung teilen, es gebe einige Engpässe, aber insge-

(Dr. Heiner Garg)

samt könne nicht von einer dramatischen Situation gesprochen werden.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich will diese dramatische Situation nicht herbeireden. Ich will nur auf einige Entwicklungen aufmerksam machen, die jedenfalls mir in dem Bericht aufgefallen sind.

Es mag schon richtig sein, dass die Beschäftigungsstellen die entstehenden beziehungsweise bereits entstandenen Probleme mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln lösen. Aber ich frage Sie, ich frage Sie alle: Sind diese Lösungen tatsächlich zufriedenstellend und können uns diese Lösungen wirklich zufriedenstellen? Wenn ich mir die Antworten auf die Frage nach der Kompensation der reduzierten Zivildienstzeit anschau, dann sage ich ganz klar: Nein!

Beinahe ein Viertel der Einrichtungen gibt an, die ausfallende Arbeit durch Mehrarbeit des fest angestellten Personals kompensieren zu wollen. Wenn ich mir den Personalmangel in vielen Einrichtungen und die ohnehin bereits vorhandene Arbeitsbelastung anschau, ist das alles andere als eine zufriedenstellende Lösung, und zwar zulasten des heute schon bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit strapazierten Personals.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Teilzeit!)

Ein Fünftel der Beschäftigungsstellen spricht von der Einschränkung oder sogar von der Streichung bestimmter Tätigkeiten oder Angebote. Das geht unmittelbar zulasten der Heimbewohner, der Pflegebedürftigen oder der Kranken. Natürlich gehe ich davon aus, dass unbedingt erforderliche Leistungen auch in Zukunft sichergestellt werden. Aber gestrichen werden müssen dann all die Dinge, die das Leben vieler älterer, behinderter oder kranker Menschen ein klein wenig lebenswerter gemacht haben.

Wiederum rund ein Viertel der Einrichtungen erwägen, die ausfallenden Arbeiten durch die Einstellung von Hilfskräften und Praktikanten ersetzen zu wollen. Im Hinblick auf die Bemühungen, die Qualität der Pflege zu erhöhen, und zwar auch durch mehr qualifiziertes Personal, halte ich diese Kompensationsstrategie - jedenfalls in diesem Umfang - für fragwürdig.

Erschreckend niedrig, aber angesichts der finanziellen Belastung keineswegs überraschend ist der Anteil, der durch die Einstellung zusätzlichen Fachpersonals aufgefangen werden soll.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie formulieren an zwei für mich ganz entscheidenden Stellen vermutlich bewusst sehr vorsichtig. Sie führen erstens aus, dass die

ursprüngliche Intention, durch Zivildienstleistende keine Arbeitskräfte einzusparen, leider nicht immer erfüllt wurde. Zweitens warnen Sie davor, Zivildienstleistende nicht dazu zu benutzen, bezahlte Arbeitsplätze abzubauen.

Selbst wenn Letzteres in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen geschehen ist, ist es aufgrund des Kostendrucks sowie des bestehenden Mangels an qualifiziertem Personal doch tatsächlich so, dass entsprechende Stellen in der Vergangenheit erst gar nicht geschaffen wurden, möglicherweise - das räume ich gern ein - auch gar nicht geschaffen werden konnten. Die zu dünne Personaldecke wurde durch Zivildienstleistende nicht immer nur aufgestockt, sondern konnte in vielen Fällen nur durch Zivildienstleistende überhaupt gehalten werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade im **Pflegebereich Zivildienstleistende** nicht nur zur Qualitätsverbesserung sozialer Dienstleistungen beitragen beziehungsweise immer noch beitragen, sondern in vielen Fällen deren Sicherstellung erst garantiert haben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Silke Hinrichsen [SSW])

Ich will diese Praxis gar nicht bewerten, denn dann wären wir mitten in der Auseinandersetzung um Wunsch und Wirklichkeit im Pflegealltag. Allerdings bin ich der Ansicht, dass die Tatsache bei der weiteren Entwicklung bedarfsgerechter Kompensationsstrategien unbedingt berücksichtigt werden muss.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Frau Ministerin, lassen Sie mich abschließend auf einen Vorschlag hinweisen, der unter anderem von den Jungen Liberalen seit längerer Zeit immer wieder unterbreitet wird. Sie sprechen zu Recht davon, dass soziales und ökologisches Engagement in Zukunft besser gestaltet werden muss. Das heißt auch, dass entsprechende freiwillige Tätigkeiten attraktiver werden müssen, wenn wir eine größere Zahl junger Menschen erreichen wollen, und das, lieber Herr Kollege Baasch, hat in der Tat nicht immer nur mit Geld zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich halte es allerdings für überlegenswert, dass Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen oder Freiwilligen Ökologischen Jahres etwa die Wartezeit für bestimmte Studiengänge, zum Beispiel für Human- beziehungsweise Veterinärmedizin, verkürzt wird, als Anerkennung ihres Engagements für die gesamte Gesellschaft.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein weiteres Mal muss ich gestehen, dass ich nicht weit von der F.D.P. entfernt bin,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und F.D.P. -
Holger Astrup [SPD]: Macht doch eine Koalition!)

jedenfalls in dem Punkt, dass wir sagen, Zivildienst und Wehrdienst müssen unabhängig voneinander diskutiert, geplant und erarbeitet werden.

Insofern kann man natürlich auch sagen: Es gibt bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen, die kommen werden, auch wenn bedeutende gesellschaftliche Gruppen versuchen, sich dem entgegenzustellen. Ich glaube, sicher sagen zu können, dass wir langfristig in der Bundesrepublik, genau wie in anderen europäischen Ländern, eine Berufsarmee haben werden. Wir werden sie auch brauchen, schon aus dem Grund, weil uns das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, dass Frauen für Tätigkeiten in der Bundeswehr zugelassen sind - jedenfalls wenn sie den Wunsch haben -, aber nach wie vor nicht zur Wehrpflicht heranzuziehen sind. Da sitzen wir in einem Dilemma. Das ist nach meinem Dafürhalten nicht anders zu lösen, als dass man sagt, auch der Dienst in der Armee ist ein freiwilliger Dienst, den ich mir als Beruf erwählen kann.

Wir müssen uns über zivile freiwillige gesellschaftliche Dienste Gedanken machen. Es ist nämlich völlig offensichtlich - ich bitte meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen und auch Herrn Geerds, lassen Sie uns ehrlich miteinander reden -, dass ohne die riesige Leistung der Zivildienstleistungen

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

und anderer freiwilliger Dienste junger Menschen der Gesundheits- und Pflegebereich schon längst zusammengebrochen wäre.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Wenn wir dies ehrlich sagen und beklatschen, bringen wir die Träger der Einrichtungen, die **Zivildienstleistende** beschäftigen, in arge Konflikte, Herr Geerds. Deswegen finde ich Ihren Versuch, hier so ein bisschen zu zündeln und zu skandalisieren, hoch bedenklich. Sie erweisen denjenigen, die davon betroffen sind, eher einen Bärenienst als etwas Gutes. Die Träger dieser Einrichtungen werden mit einer solchen Feststellung konfrontiert, ohne die Zivildienstleistenden

wäre die Arbeit nicht zu erfüllen. Genau das widerspricht dem Sinn und Wesen des Zivildienstes.

Das ist ein ernstes Problem. Das hätte uns schon längst auf den Plan rufen können. Wir Grünen haben uns zusammen mit der SPD deswegen dafür entschieden, in jedem Jahr unseren Möglichkeiten an **freiwilligen Diensten** aufzustocken. Wir haben sowohl im Freiwilligen Sozialen Jahr als auch im Freiwilligen Ökologischen Jahr in jedem Jahr nachgebessert. Das ist der richtige Weg, weil wir uns langfristig darauf einrichten werden müssen, dass im sozialen und Gesundheitsbereich nicht alles hauptamtlich erfüllbar sein wird, was man sich wünschen kann und was gefordert werden muss.

Ich glaube, hier ist eine Mischung von ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement mit entsprechender Anerkennung und professionellem Einsatz einfach unerlässlich.

Zu dem Bericht selbst möchte ich nur so viel sagen. Er ist in einer Zeit entstanden, als alle Bundesländer auf den Bericht der **Arbeitsgruppe zur Zukunft des Zivildienstes** warteten. Dieser Bericht ist inzwischen gekommen. Man hätte sich vielleicht gewünscht, dass bereits ein bisschen mehr reflektiert worden wäre. Man kennt diese Ergebnisse aber erst seit kurzem und ich freue mich, dass meine Fraktion im Bundestag das, was diese Kommission erarbeitet hat, relativ kritisch bewertet hat, weil genau diese Fragen nach unserer Meinung in dem Bericht nicht ausreichend gewürdigt werden.

Wir stellen uns vor: Zivildienst muss ein freiwilliger Dienst werden. Wir wollen Freiwilligkeit und Gerechtigkeit für zivile Dienste. Wir wollen die Gleichheit aller Dienste in dieser Republik. Wenn also der Bundesminister der Verteidigung feststellt, man könne sich auch einen Wehrdienst vorstellen, der sechs Monate dauere und dann in Abschnitten geleistet werde, muss man sich überlegen, wie es dann mit dem Zivildienst aussieht. Selbstverständlich würde dies eine weitere Belastung jener Bereiche bedeuten, in denen Zivildienstleistende beschäftigt sind.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir hier ein relativ weites Feld vor uns haben, das sich nicht dafür eignet, sich parteipolitisch zu profilieren. Es eignet sich aber sehr wohl dazu, engagiert und ehrlich darüber zu beraten, wie in dieser Gesellschaft zukünftig Humanität und Lebensqualität auch dann gewährleistet sein sollen, wenn man behindert ist, wenn man krank ist, wenn man gebrechlich ist und wenn man alt ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Irene Fröhlich)

Dies alles sind Leistungen, die bisher Zivildienstleistende erbracht haben. Wir sollten uns alle miteinander dafür einsetzen, dies zu sichern.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke Ihnen erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden im Sozialausschuss weiter darüber reden, denke ich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Bernd Schröder
[SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen eines Teils meiner Vorredner anschließen, Ihnen jedoch nicht, Herr Geerds.

(Heinz Maurus [CDU]: Das wundert uns nicht!)

Eine lange Reihe der sozialen Errungenschaften in Deutschland in den letzten Jahrzehnten baut auf den Zivildienst. Mobile soziale Hilfsdienste und die individuelle Betreuung Schwerstbehinderter sind ohne die Zivis wohl kaum denkbar; überall dort, wo Menschen in sozialen Einrichtungen gepflegt, betreut und begleitet werden, sind sie nicht mehr wegzudenken.

Zivildienstleistende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Jahres sind wichtige Bestandteile des sozialen und gesundheitlichen Systems in Deutschland geworden. Sie sind es gerade deshalb, weil sie einen weniger professionellen Zugangswinkel zu ihrem befristeten Job haben und deshalb auf eine besondere Art menschlich erlebt werden. Eines können sie aber nicht sein: Lückenbüßer für das Sozialsystem.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch wenn die Bundesregierung beteuert, eben dies dürften Zivis auf keinen Fall sein, so sprechen die Realitäten eine ganz andere Sprache. Der Zivildienst ist gewiss nicht arbeitsmarktpolitisch neutral. In vielen Bereichen müssen Zivildienstleistende die Arbeit einer vollen Fachkraft leisten. Sie sind vielfach angehalten, ihren Kompetenzbereich zu überschreiten, weil die Versorgung in ihrer Einrichtung sonst gefährdet oder nicht zu leisten wäre. Das ist der Alltag hier bei uns überall.

Umso düsterer ist die Perspektive, dass durch die Verkürzung des **Zivildienstes** oder gar eine Abschaffung

der Wehrpflicht dieser Stützpfeiler des sozialen Systems in Deutschland wegbrechen könnte. Da aber andererseits kein Weg an der Verkürzung des **Wehrdienstes** vorbeiführt, müssen wir Wege finden, damit umzugehen.

Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass die Reaktion auf eine verkürzte Zivildienstzeit an den meisten Stellen wahrscheinlich lediglich Mehrarbeit für die bereits vorhandenen Fachkräfte sein wird. Wir wissen aber alle, wie viel diese ohnehin zu leisten haben; gerade deshalb sind die Zivis unentbehrlich. Das ist also eine Lösung, mit der wir nicht leben können, weil der Standard in den Einrichtungen in Mitleidenschaft gezogen würde. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Qualität in der Pflege wäre gerade dies sehr absurd.

Außerdem gibt es Bereiche wie die individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten, die ohne die Zivis nicht denkbar sind. Hier gibt es gar keine Stammkräfte, die diese Arbeit übernehmen könnten. Wir kommen also um die Ersetzung der fehlenden Zivi-Stunden durch andere Arbeitskräfte nicht herum.

Als Alternative gelten ja zurzeit - das wurde auch von den Vorrednern schon erwähnt - die Freiwilligendienste. Diese sind nicht zuletzt deshalb besonders populär, weil sie wie die Zivis relativ kostengünstig wären. Die in letzter Zeit vorgestellten Konzepte für **Freiwilligendienste** leiden allerdings alle darunter, dass keine hohe Inanspruchnahme erwartet werden kann. Dem wird zwar bei manchen der Modellen durch eine ganze Reihe von Anreizen entgegengewirkt; aber alle bisher vorgebrachten Modelle - auch die, die im Bericht genannt werden - haben ihre Tücken. Ich habe deshalb bisher keine realistische oder Erfolg versprechende Lösung gesehen. Keines dieser neuen Modelle kann unsere Bedenken ausräumen, dass es nicht besonders attraktiv sein wird, diese Arbeiten in der Pflege anzunehmen.

Gerade weil die Zivildienststellen nicht unbedingt Arbeitsstellen sind, die man sich für einen freiwilligen Einsatz aussucht, und weil die Versorgung in vielen Bereichen von den Zivildienstleistenden abhängt, wäre es grob fahrlässig, wenn sich die Politik darauf verlasse, einen reduzierten oder gar irgendwann ganz wegfallenden Zivildienst durch Freiwilligendienste oder gar durch bestehende Fach- und Hilfskräfte ersetzen zu können. Es führt nach unserer Ansicht kein Weg daran vorbei, die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen im Sozial- und Gesundheitsbereich zu verstärken. Die Gesellschaft wird sich darauf besinnen müssen, die Ressourcen einzusetzen, die es kostet, mit professionellen Kräften eine menschenwürdige Versorgung

(Silke Hinrichsen)

für Pflegebedürftige, Kranke oder einfach auf fremde Hilfe angewiesene Menschen zu sichern.

Solange nur im Sozialausschuss erörtert wird, dass große Probleme mit der Rekrutierung und dem Verbleib professioneller Pflegekräfte bestehen, solange dies nicht genauso den Finanzpolitikern schlaflose Nächte bereitet, wird dieses Problem nicht gelöst werden können.

(Beifall bei SSW und F.D.P. sowie des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 35 der Tagesordnung auf:

Bericht zum Justizvollzug in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2000

Drucksache 15/120

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/446

Ich erteile zunächst der Ministerin für Justiz, Frauen und Familie, Frau Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der schriftliche Bericht der Landesregierung zum Justizvollzug in Schleswig-Holstein vor. Ich hoffe, dass es uns gelungen ist, Ihnen mit diesem Bericht eine klare Bestandsaufnahme der Situation der Justizvollzugsanstalten, aber auch der Arbeit in den Justizvollzugsanstalten vorzulegen. -

(Unruhe)

- Dies ist offenbar ein Thema, das nicht alle so sehr interessiert, Frau Präsidentin, aber ich versuche, noch einmal kurz und knapp zu unserem Anliegen Stellung zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben dieses Papier erstellt. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, aber auch in dem Ministerium des Herrn Kollegen Möller sowie in den Justizvollzugsanstalten und der GMSH danken, die bei der Be-

standsaufnahme, aber auch bei der Erstellung der dem Bericht beiliegenden Liste über die durchzuführenden Baumaßnahmen sehr intensiv zusammengearbeitet haben.

Sie haben dem Bericht entnommen, dass die Situation der **Justizvollzugsanstalten** schwierig ist. Die meisten Gebäude sind nahezu schon 100 Jahre alt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und noch älter!)

Die Situation ist auch deshalb nicht einfach, weil die **Belegungszahlen** seit mehreren Jahren stetig zugenommen haben. Im Laufe des Jahres hatten wir Belegungen über 1.600. Die Zahlen gehen ein wenig hinauf und hinunter, aber trotzdem ist der Belegungsdruck nach wie vor vorhanden, auch wenn Schleswig-Holstein im bundesweiten Durchschnitt hinsichtlich der Belegungszahlen im Verhältnis zu der Einwohnerzahl noch recht gut dasteht.

Das ist aber kein Grund, die Situation nicht sehr genau zu beobachten. Insofern haben wir - ich sagte es bereits - diesem Bericht auch die Prioritätenliste für die **Baumaßnahmen** beigelegt. Sie hatten bereits im Finanzausschuss darum gebeten. Die Liste liegt Ihnen jetzt also vor. Wir können sie gern noch genauer debattieren.

Die **Bestandsaufnahme** zeigt, dass in den nächsten vier bis fünf Jahren sehr große Anstrengungen notwendig sind, wir diese aber auch schaffen können, natürlich immer unter dem Vorbehalt, dass der Landtag die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen genehmigt. Davon möchte ich aber gern ausgehen, denn es sind Veränderungen notwendig. Wir haben sehr viel vorgesehen, insbesondere die Schaffung von 20 neuen Haftplätzen im **Frauenvollzug**, den Ausbau des **offenen Vollzuges**, die Renovierung beziehungsweise den Neubau der Anstaltsbäckerei und beispielsweise auch die Errichtung der sozialtherapeutischen Abteilung in **Lübeck**, die nicht nur gesetzlich vorgesehen, sondern grundsätzlich dringend notwendig ist, wenn man von einem humanen Behandlungsvollzug ausgeht.

Insofern bitte ich Sie, bei der Debatte über den Bericht nicht zu vergessen, dass ein humaner Strafvollzug die beste Prävention ist. Bei allem Bemühen, die bauliche Situation in den Gefängnissen zu verbessern, darf man nicht die Augen davor verschließen, dass wir intensive Anstrengungen zur **Haftvermeidung** in der Gesellschaft zu tätigen haben und wir auch die Begleitung der Straffälligen, die zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden sind oder aus der Haft auf Bewährung entlassen werden, sichern müssen. Insofern kommt dem gesamten Programm der **freiwilligen Straffälligenhilfe** in Schleswig-Holstein ganz erhebliche Be-

(Ministerin Anne Lütkes)

deutung zu. Diese Arbeit ist im Bundesdurchschnitt sehr beispielhaft und sollte auch politisch immer wieder positiv begleitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Prävention ist letztlich der beste Strafvollzug - hätte ich beinahe gesagt -, die präventive Arbeit ist das, was wir rechtspolitisch eigentlich möchten. Insofern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass ich mich seit Beginn meiner Amtszeit zwar sehr intensiv um die Gefängnisse gekümmert habe, aber das bedeutet nicht, dass das die vorrangigste strafrechtspolitische Aufgabe ist. Der Vorrang liegt nach wie vor insbesondere im Jugendbereich bei den präventiven Arbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber wir können nicht die Augen davor verschließen, dass Prävention nicht immer greift und wir im repressiven Bereich den humanen Strafvollzug zu gewährleisten haben, und da ist noch einiges an Entwicklungsarbeit notwendig. Mit der vorgelegten Prioritätenliste im baulichen Bereich gehen wir einen entscheidenden Schritt voran. Aber es ist nicht zu verhehlen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die die Arbeit in den Justizvollzugsanstalten leisten, immer an einem Punkt sind, wo für sie - um das einmal so auszudrücken - nicht mehr viel Luft gegeben ist. Sie haben dem Bericht entnommen, dass die Zahl der Überstunden erheblich ist. Nichtsdestotrotz kennen wir alle die Haushaltslage und hoffen, dass wir in Zusammenarbeit mit den Personalräten zu einem für die Mitarbeiter erträglichen Umgang kommen. Ich habe im Moment den Eindruck, dass dem so ist. Die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht aber an oberster Stelle, wenn man den Strafvollzug gewährleisten kann. Wir arbeiten in diese Richtung und ich würde mich freuen, wenn auch Sie das so sähen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Justizvollzug in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch Überbelegung der Haftanstalten, zu wenig Haftplätze, Justizvollzugsanstalten, die zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts errichtet wurden, in denen ein zeitgemäßer Strafvollzug schon lange

nicht mehr möglich ist, durch eine immer problematischere Gefangenenstruktur, ein Ansteigen der Gewaltbereitschaft und eine Personalausstattung, mit der die Ziele eines **Behandlungsvollzuges** in der Regel auch nicht annähernd erreicht werden können.

Frau Ministerin, ich erkenne ausdrücklich an, dass Sie sich bereits zu Beginn Ihrer Amtszeit ein ungeschminktes Bild von den Zuständen in Schleswig-Holstein gemacht haben. Dabei werden Sie festgestellt haben, dass die Situation, die Sie vorgefunden haben, alles andere als ein Ruhmesblatt der bisherigen sozialdemokratischen beziehungsweise rot-grünen Landesregierungen darstellt. Sie haben dann auch erkannt, dass es umfangreicher Investitionen bedarf, um unsere Justizvollzugsanstalten in einen baulichen Zustand zu versetzen, der einen modernen, humanen Strafvollzug erst ermöglicht. Wir erkennen auch an, dass es Ihnen gelungen ist, einen Kabinettsbeschluss mit der Zustimmung zu **Baumaßnahmen** in einem Volumen von 111 Millionen DM zu erwirken.

Allerdings - und das muss doch wohl ehrlichkeits- und seriositätshalber klargestellt werden - finden sich diese 111 Millionen DM bisher weder im Haushaltsplan einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen - bis zum Jahre 2004 sollen 38,2 Millionen DM bewilligt werden - noch in der mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Hier sind für das **Investitionsprogramm Justizvollzug** bis zum Jahre 2004 einschließlich 68,8 Millionen DM ausgewiesen. Zirka 33 Millionen DM sind also weder im Haushaltsplan noch in der mittelfristigen Finanzplanung bisher berücksichtigt. Ich sage dies nicht, weil ich den Investitionsbedarf nicht anerkenne oder weil ich mit Ihnen in der politischen Zielsetzung nicht übereinstimme, diese Mittel im Haushalt zu verankern, aber bei diesen 33 Millionen DM - das haben Sie im Innen- und Rechtsausschuss ja selbst eingeräumt - handelt es sich bisher eben nur um Vorschläge. Ich sage dies deshalb, weil sich natürlich mit einem 111 Millionen-DM-Programm öffentlichkeitswirksamer agieren lässt als mit einem 68,8 Millionen-DM-Programm.

Meine Damen und Herren, es ist uns doch allen bewusst, dass Herr Möller im In-Aussicht-Stellen von Ausgaben großzügig ist, wenn diese zu einem Zeitpunkt getätigt werden sollen, zu dem Herr Minister Möller mit Sicherheit nicht mehr das Amt des Finanzministers des Landes Schleswig-Holstein bekleiden wird. Deshalb sollten wir ehrlichkeits- und seriositäts-

(Thorsten Geißler)

halber die Zahlen verwenden, die sich in den Vorlagen der Landesregierung konkret widerspiegeln.

(Ursula Kähler [SPD]: Ich vermisse die Seriosität bei Ihnen! - Minister Claus Möller: Wer weiß, ob Sie dann hier noch vortragen können! - Heiterkeit)

- Das obliegt dem Wähler, Herr Möller. Warten wir es einmal gemeinsam ab!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, bei allem Verständnis für Reaktionen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass diese von der Regierungsbank aus nicht zulässig sind. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter!

Thorsten Geißler [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Justizministerin, Sie räumen selbst ein, dass mit dem Investitionsprogramm in den Jahren 2001 bis 2004 nur die dringendsten Modernisierungsmaßnahmen, die in erster Linie den Sanitärbereich, die Fenster und Fußböden sowie das Schließsystem der Hafträume betreffen, im Rahmen der anstehenden Grundinstandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen realisiert werden können. Das heißt, die bereits bewilligten oder in der Finanzplanung vorgesehenen Mittel werden mit Sicherheit nicht ausreichen, um in unseren Justizvollzugsanstalten einen Standard zu erzielen, den wir beide sicherlich als wünschenswert ansehen würden.

Frau Ministerin, ich möchte daher nachdrücklich darum bitten, dass wir im Innen und Rechtsausschuss die einzelnen Maßnahmen sehr sorgfältig mit Ihnen diskutieren und auch überprüfen, wann sie realisiert werden. Wir sollten gemeinsam auch noch einmal Alternativüberlegungen anstellen. Denn einige Bundesländer sind einen anderen Weg gegangen: Sie haben Justizvollzugsanstalten privat errichten lassen, haben sie geleast und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Anhand der Berechnungen, die dort angestellt worden sind, sparen sie damit Geld. Wir sollten diese Überlegungen auch in unsere Überlegungen einbeziehen, bevor wir Gelder in unsere maroden Justizvollzugsanstalten investieren.

Umfangreichen Diskussionsbedarf gibt es auch im Hinblick auf die Qualitätsverbesserung, die wir sicherlich alle erstreben, der **Behandlungsangebote** im Vollzug. Wir alle sind wohl nicht mehr in der Phase der Euphorie, die mit der Einführung des Strafvollzugsgesetzes verknüpft war. Sie räumen das auch selbst ein; in einem internen Bericht Ihres Hauses heißt es:

„Die mit der Wiedereinführung des Strafvollzugsgesetzes im Jahr 1977 verknüpften Erwartungen an verbesserte Resozialisierungserfolge wurden nur begrenzt erfüllt. In wenigen Teilbereichen, zum Beispiel in sozialtherapeutischen Anstalten, konnten Behandlungsprogramme entwickelt und auch personell so abgesichert werden, wie sie im Rahmen der Reformdiskussion für weitere Bereiche des Strafvollzugs gefordert waren.“

Weiter heißt es in dem Bericht Ihres Hauses:

„Ein ständig schwieriger werdendes Klientel bietet immer weniger Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Resozialisierungsarbeit. Die Reform euphorie wurde durch eine Phase der Ernüchterung, teilweise der Resignation abgelöst.“

Die Gründe dafür sind sicherlich nicht zuletzt in einer veränderten Gefangenenstruktur zu sehen.

In dem internen Papier Ihres Hauses - das hätte übrigens auch genauso klar in dem Bericht an den Landtag formuliert werden können - heißt es dazu wörtlich:

„Die Klientel der Justizvollzugsanstalten hat sich in den letzten Jahren strukturell verändert und sie stellt neue Anforderungen an die Sicherheit und das Personal. Der Anteil ausländischer Inhaftierter ist erheblich angestiegen und beeinflusst die Sicherheitslage der Anstalten negativ. Insbesondere Straftäter osteuropäischer Herkunft sind häufig bandenmäßig organisiert und in der Überwindung von Sicherheitsanlagen geschult.“

Tatsächlich befanden sich zum Stichtag Ihres Berichts Angehörige aus 55 Nationalitäten im Vollzug. In Ihrem Bericht verweisen Sie darauf, dass Bedienstete mit Fremdsprachenkenntnissen an den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung stehen. Frau Ministerin, in dem internen Bericht Ihres Hauses heißt es dazu jedoch etwas kritischer:

„Die Anstalten bemühen sich, Ausländer so weit wie möglich zu integrieren, stoßen bei der Vielfalt der Nationalitäten aber zunehmend auf Schwierigkeiten. In vielen Fällen ist eine sprachliche Verständigung zwischen Anstaltsbediensteten und Gefangenen nicht möglich. Erhöhte Aggressivität, vielfach aufgrund von Missverständnissen, ist die Regel.“

Diese ungeschminkten Aussagen hätten Sie gern dem ganzen Haus zur Verfügung stellen können und nicht nur denjenigen, die gelegentlich Unterlagen aus Ihrem

(Thorsten Geißler)

Haus erhalten. Dann hätten wir eine sehr viel realistischere Zustandsbeschreibung.

Das gilt sicherlich auch für die Situation des Drogenmissbrauchs in den Justizvollzugsanstalten. Auch da bedarf es weiterer Initiativen.

Zum Schluss ein Dank an Sie. Sie haben sich nicht hinter die Vorschläge von Frau Däubler-Gmelin zur Neuordnung der **Gefangenenentlohnung** gestellt. Die sind finanziell völlig unrealistisch und würden zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Vollzug führen. Daran kann uns nicht gelegen sein, weil die Anstalten an Konkurrenzfähigkeit einbüßen würden.

Ich finde es gut, dass Sie auch hier der Bundesjustizministerin entgegengetreten sind und sie nicht unterstützen. Das wird von uns in jedem Fall gern gesehen, Frau Ministerin.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Es ist in fünf Minuten sicher nicht möglich, eine umfassende Debatte

(Heiterkeit)

über die Situation des Justizvollzugs in Schleswig-Holstein zu führen. Deshalb ist es noch wichtiger, die Debatte im Fachausschuss umso gründlicher fortzusetzen. Ich beantrage die Überweisung des Berichts an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Geißler, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich in Zukunft darum bemühen würden, Fünfminutenbeiträge auch als solche vorzubereiten.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Geißler, wir kriegen das im arithmetischen Mittel sicher wieder hin. Auch die SPD-Landtagsfraktion dankt der Ministerin für den vorgelegten Bericht. Wir sollten in der Tat die Einzelheiten im Fachausschuss näher beleuchten. Hier ins Plenum gehört jedoch - wie ich meine - auf jeden Fall die öffentliche und ausdrückliche Bekräftigung - in möglichst fraktionsüber-

greifender Einigkeit - der Absicht, den Strafvollzug in Schleswig-Holstein überhaupt zu modernisieren und nachhaltig und wirksam weiterzuentwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] - Günter Neugebauer [SPD]: Und langfristig überflüssig zu machen!)

Wir wissen ja, dass wir mit dem Thema **humaner Strafvollzug** nicht in allen Teilen der Öffentlichkeit auf begeisterte Zustimmung treffen. Trotzdem und gerade deswegen wäre eine fraktions- und parteiübergreifende Zusammenarbeit in diesem schwierigen Politikfeld sicherlich besonders wichtig. Wir sollten - Herr Kollege Geißler - deshalb auch vermeiden, aus vordergründig parteipolitischen Gründen populistischen Verlockungen zu erliegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Für die SPD-Landtagsfraktion kann ich nur wiederholen, was unsere feste Überzeugung ist, Herr Kollege Kayenburg.

Erstens. Wir sind als Land verpflichtet, in unseren Justizvollzugsanstalten menschenwürdige Haftbedingungen zu gewährleisten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann machen Sie das mal!)

Zweitens. Wir sind als Land verpflichtet, durch bauliche Maßnahmen für die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten und für die Sicherheit nach außen zu sorgen.

Und drittens, aber keineswegs zuletzt: Wir sind als Land verpflichtet, angemessene Arbeitsbedingungen für unsere Landesbediensteten zu garantieren, die Tag und Nacht in den Justizvollzugsanstalten ihren verantwortungsvollen und immer auch gefährlichen, schweren Dienst verrichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

Das alles kostet Geld. In Zeiten chronisch leerer öffentlicher Kassen ist es besonders schwer, für nicht sonderlich populäre politische Forderungen finanzielle Mittel loszueisen. Umso mehr verdient die Ministerin unsere gemeinsame Unterstützung. Wenn wir die Realisierung der von der Ministerin vorgestellten geplanten Maßnahmen in der Sache und um der Sache willen wollen, müssen wir auch mit konkreten Zahlen finan-

(Klaus-Peter Puls)

ziell Farbe bekennen. Die SPD-Landtagsfraktion wird in den kommenden Jahren dazu bereit sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hildebrand.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, in Ihrem Bericht zum Justizvollzug präsentieren Sie uns heute eine Menge Fakten, viel statistisches Zahlenmaterial, wenig Neuigkeiten und - das bedauere ich außerordentlich - noch weniger Perspektiven. Die positive Botschaft des Berichts lautet im Wesentlichen, dass Schleswig-Holstein im Bundesdurchschnitt relativ gesehen die geringste Zahl Gefangener aufweist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die schlechte Botschaft ist, selbst mit diesen vergleichsweise wenig Gefangenen ist Schleswig-Holstein in Sachen Justizvollzug nahezu überfordert. Denn die Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein sind nicht nur veraltet, sie sind auch mit rund 100 Gefangenen ständig überbelegt und die Zahl der Inhaftierten steigt nach Information des Ministeriums weiter „kontinuierlich und bedrohlich“ an. Doch bauliche Veränderungen sind bereits geplant. Ich zitiere:

„Die Mindeststandards“

- ich wiederhole: die Mindeststandards -

„für die bauliche Verbesserung von Hafträumen im Rahmen der Grundinstandsetzung und Sanierung von Hafthäusern sollen endlich umgesetzt werden.“

Das ist gut, das ist aber auch unbedingt erforderlich. Nur, Applaus kann die Landesregierung von uns für diese Maßnahme wirklich nicht erwarten.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Vielen Dank.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, natürlich. Es kommt ja auf die Qualität des Fans an. Da sind wir uns doch alle einig.

Die Frage lautet: Warum erst heute? Warum wurden Justizpolitik und Justizvollzug jahrelang - vor allem von der Ministerpräsidentin Simonis - schöngeredet, statt den Fakten schon früher ins Auge zu sehen? Frau

Lütkes hat noch nach Inaugenscheinnahme im Mai festgestellt - wenn ich mich richtig erinnere -, dass die Zustände in den JVA's eigentlich mit der Würde des Menschen nicht mehr vereinbar sind. Ich glaube, damit hat sie die Zustände in den JVA's sehr treffend beschrieben.

Wie in so vielen Bereichen ist hier viel Zeit nutzlos verstrichen. Jetzt bedarf es eines wesentlich höheren finanziellen Aufwands, um wenigstens die notwendigsten baulichen Änderungen vorzunehmen, damit die Anforderungen an einen modernen und humanen Strafvollzug eingehalten werden können.

Zu einem modernen und humanen Justizvollzug gehört nicht nur ein angemessener baulicher Zustand, auch die Personalsituation muss angemessen sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Hier sieht die F.D.P. noch erheblichen Nachholbedarf - anzahlmäßig wie auch strukturell.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Anders der Bericht: Gegenwärtig beschreibt die Landesregierung die Personaldecke als „knapp, aber ausreichend“. Offenbar will sie auf diese Weise rechtfertigen, warum „angesichts der schwierigen Haushaltslage eine Personalvermehrung im Justizvollzug nicht möglich ist“. Knapp, aber ausreichend - selbst wenn diese Einschätzung der **Personalsituation** gerade noch für die gegenwärtige Situation gelten mag, jedenfalls für die nächste Zukunft dürfte sie sich so nicht mehr aufrechterhalten lassen. Denn wenn es richtig ist, dass die Zahl der Inhaftierten kontinuierlich und sogar bedrohlich steigt, kann eine bereits heute knappe Personaldecke morgen bei weitem nicht mehr ausreichend sein. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Leider enthält der Bericht hierzu keine Perspektiven; von möglichen Personalstrukturmaßnahmen ist gar nicht erst die Rede. Ich hoffe, das können wir im Ausschuss nachholen.

Klärungsbedarf besteht für mich auch weiterhin in der Frage der **Gefangenenentlohnung**. Es ist nicht überraschend, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung dem Referentenentwurf zum Strafvollzugsgesetz auf Bundesebene nicht zustimmt, der eine Anhebung des Bezugsgrößenanteils auf 15 % vorsieht. Die bereits skizzierte schwierige Haushaltslage lässt eine andere Haltung wohl auch kaum zu. Inwieweit es jedoch stattdessen mit dem Vorschlag getan ist, den Bezugsgrößenanteil auf 7 % zu erhöhen und um eine nichtmonetäre Komponente - das sind die sechs Tage - zu ergänzen, um den verfassungsgerichtlichen Vorgaben zu genügen, wird die Landesregierung noch näher erläutern müssen. Dass ihr diese Anhebung

(Günther Hildebrand)

ausreichend erscheint, ist als Argument jedenfalls zu dünn. Wie will die Landesregierung denn die sich daraus ergebenden Gesamtkosten von fast 4 Millionen DM - das sind immerhin Mehrkosten in Höhe von 1,1 Millionen DM - aufbringen? Auch hierzu bleibt der Bericht die Antwort schuldig.

Dies gilt auch für eine Reihe anderer Fragen, seien es beispielsweise der offene Vollzug oder die elektronische Fußfessel. Leider beschränkt sich die Landesregierung zu diesen Fragen in dem Bericht auf die Auflistung von Pro- und Kontraargumenten, ohne eine eigene Haltung darzustellen. Im Ausschuss wird sie dazu Gelegenheit haben. Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der nun vorliegende Bericht beschreibt die derzeitige Situation und die Maßnahmen der letzten Jahre. Die Lage ist nicht rosig, das hat aber wohl auch niemand von uns erwartet.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Herr Geißler, man musste sich deshalb übrigens keine internen Berichte besorgen. Ich bin zum Beispiel Mitglied des Beirats der JVA in Kiel und weiß sehr gut Bescheid. Ich kann mir jederzeit Informationen über die Situation der JVA holen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während der letzten Legislaturperiode war ich in fast allen Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein. Ich war bestens informiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum haben sie Sie da rausgelassen?)

Daher bin ich zwar froh, dass die Opposition den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Ich sage aber auch nicht ohne Stolz, dass wir in den letzten Jahren festgestellt haben, was in Schleswig-Holstein wirklich los ist. Das wiederum eignet sich nicht für parteipolitische Erfolgsmeldungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Heinz Maurus [CDU]: Zwölf Jahre nichts getan!)

Das Spannendste an diesem Bericht ist aber wohl auf den Seiten 25 bis 28 zu finden, nämlich das **Investitionsprogramm**. Ich finde, dass wir unserer Justizmini-

sterin hier Dank schulden. Sie hat dem Parlament ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt ein Programm vorgelegt, das - jedenfalls in diesem Land - seinesgleichen sucht. Es werden mehrere Kraftakte notwendig sein, dieses Programm auch umzusetzen. Das ist klar. Zusätzliche Haftplätze und Arbeitsmöglichkeiten werden die Situation in den JVA's - so hoffen wir - aber nachhaltig entspannen.

Wenn wir hier über die Situation der **Justizvollzugsanstalten** in diesem Lande reden, dürfen wir eines nicht vergessen: Die Anstalten sahen auch vor zehn und vor zwanzig Jahren so aus. Die Versäumnisse sind nicht nur der letzten Landesregierung anzukreiden, auch wenn die Damen und Herren der CDU das gern so darstellen. Sie sind den letzten Landesregierungen zuzuschreiben - auch denen vor 1988.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

- Herr Geißler, für einzelne parteipolitische Profilierungen ist dieses Thema nicht geeignet.

Zu den Themen Entlohnung und elektronische Fußfessel sage ich hier so viel: Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der F.D.P., wollten unserer damals noch neuen Justizministerin sicher ein bisschen auf den Zahn fühlen. Ich finde das legitim und kann es gut verstehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hatten Sie schon einmal in einer Rede!)

Zur **Gefangenenentlohnung!** Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Länder natürlich vor Schwierigkeiten gestellt, unabhängig vom Parteibuch der Justizministerin oder des Justizministers. Selbstverständlich befürworten wir alle eine angemessene Gefangenenentlohnung. Sicherlich würden wir sie auch lieber auf 15 % als auf 7 % des Bezugsgrößenanteils anheben. Ich denke, dass die Einbeziehung der so genannten nichtmonetären Leistungen hier einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Anforderungen des Verfassungsgerichts und den Erwartungen der Finanzminister leisten kann. Herr Hildebrand, wenn ich mich recht erinnere, sind das eben nicht nur die sechs Tage, die Sie angesprochen haben, sondern es handelt sich noch um weitere Leistungen. Das sollten wir uns im Ausschuss noch einmal erläutern lassen. Die Vorstellungen der Ministerin finden also auch hier meine - und unsere - volle Unterstützung.

Die Haltung der Ministerin zur **elektronischen Fußfessel** wurde ebenfalls von Ihnen abgefragt. Ich bin froh, dass in dem Bericht klargestellt wurde, dass eine Anwendung in Schleswig-Holstein nicht in Betracht kommt. So habe ich das gelesen. Ich weiß nicht, wie Sie das gelesen haben. Sie könnte dazu führen, dass es

(Irene Fröhlich)

einen Zweiklassenvollzug gibt: auf der einen Seite diejenigen, die keine Arbeitsstelle oder Wohnung haben und daher in den konventionellen und härteren Strafvollzug kommen, und auf der anderen Seite diejenigen, die über Arbeit und Wohnung verfügen - also die Weiße-Kragen-Täter - und die daher in den Genuss des Hausarrests mit elektronischer Fußfessel kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen doch umgekehrt argumentieren!)

Wir halten das für schlecht vertretbar und glauben auch nicht, dass man dem nachgeben sollte, zumal noch nicht einmal feststeht, dass mithilfe der Fußfessel überhaupt Kosten eingespart werden können.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jutta Schümann [SPD])

Wie gesagt: Ich bin der Meinung, dass es gut ist, dass die Opposition den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Er gibt uns Gelegenheit, über das Gute, das wir hier tun, auch zu reden. Wir haben uns während der vergangenen Legislaturperiode davon überzeugen können, wie notwendig es ist, auch hier in Steine zu investieren, damit es den Menschen hinter den Mauern besser geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Frau Abgeordneter Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einen von der Justizministerin vorgelegten Bericht, der sehr umfangreich ist. Er spricht sehr viele Fragen an, die auch gestellt worden sind. Er beantwortet nicht alle Fragen vollständig, aber ich denke, dass wir dazu im Ausschuss noch Näheres erörtern werden.

Dass es sich bei unseren **Justizvollzugsanstalten** nicht um Hotels handelt, war uns bereits klar. Trotzdem ist es erschreckend zu sehen, wie heruntergekommen sie sind. Der Bericht macht uns nochmals deutlich, dass erhebliche Investitionen notwendig sind, um einen menschenwürdigen und effektiven Strafvollzug zu gewährleisten.

In den Zellen muss endlich ein **würdiger Standard** hergestellt werden. Wenn von der Landesregierung angeführt wird, dass erst einmal nur die dringendsten Modernisierungsmaßnahmen im Sanitärbereich, bei Fenstern, Fußböden und Schließsystemen vorgenom-

men werden sollen, dann lässt sich auch für nicht Eingeweihte erahnen, wie es dort in Wirklichkeit aussehen muss. Angesichts der Tatsache, dass es sich hier um ständige Lebensräume von Menschen handelt, stellt sich für mich auch die Frage, wieweit der Denkmalschutz überhaupt noch Vorrang haben darf.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Selbstverständlich sind die um die 100 Jahre alten Gebäude wichtige Bauwerke. Solange aber die alten Gefängnisse und Zuchthäuser für den modernen Strafvollzug genutzt werden sollen, müssen die Menschen wichtiger sein als der Denkmalschutz.

(Beifall bei SSW, SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Zu den wichtigsten Verbesserungen der Lebenssituation im Justizvollzug gehört auch, dass die Gefangenen **Resozialisierungsmaßnahmen** angeboten bekommen, die sie benötigen, um sich wieder für ein Leben in Freiheit zu qualifizieren. Da scheint aber auch noch Einiges im Argen zu liegen. Auf den ersten Blick erscheinen zum Beispiel die für therapeutische Maßnahmen zur Verfügung stehenden Gelder nicht ausreichend zu sein. Zumindest stellt sich für mich die Frage, ob für Sexualstraftäter durchschnittlich weniger als 10 Stunden Therapie pro Monat wirklich ausreichend sind, um die Ziele der Resozialisierung - unter Prävention von Rückfallkriminalität - zu sichern.

Auch von der **elektronischen Fußfessel** kann man keinen resozialisierenden Effekt erwarten. Sie ist in keiner Weise geeignet, die Ziele der Strafe zu erreichen. Außerdem belastet sie die Familien. Deshalb freuen wir uns, dass sich die Landesregierung so deutlich von diesem neuen Instrument distanziert hat. Das ändert aber nichts daran, dass die Suche nach neuen Wegen im Strafrecht weiter betrieben werden muss. Wir hoffen, dass die Landesregierung sich auch weiterhin aktiv dafür einsetzen wird, Alternativen zur Freiheitsstrafe zu entwickeln.

Außerdem haben wir auch nicht ganz die Hoffnung verloren, dass man sich für neue Wege im Umgang mit dem **Betäubungsmittelkonsum** engagiert. Die hohe Anzahl von Personen mit Drogenproblemen und Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz im Strafvollzug sind ein deutliches Indiz dafür, dass diese Gesellschaft noch immer nicht den richtigen Weg für den Umgang mit diesen Problemen gefunden hat. Das schädigt nicht nur die Betroffenen, es belastet auch den Justizvollzug erheblich.

Ein anderer wesentlicher Aspekt der Resozialisierung ist die **Entlohnung der Arbeit** der Gefangenen. Es ist

(Silke Hinrichsen)

bedauerlich, dass sich die Landesregierung genötigt sah, den Vorschlag des Bundesjustizministeriums zur Gefangenenentlohnung deutlich zu unterschreiten. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Entlohnung von 7 % der Eckvergütung - unter Berücksichtigung der nicht-monetären Vorteile - würden wir notfalls akzeptieren, vorausgesetzt dies ist verfassungskonform. Wir hoffen aber, dass die Entlohnung in Zukunft weiter verbessert wird. Das Geld, das für den Justizvollzug vorhanden ist, muss erst einmal in die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Gefängnissen gesteckt werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Andreas Beran [SPD] und Thorsten Geißler [CDU])

Das erscheint uns wichtiger zu sein, auch wenn eine noch höhere Entlohnung der Gefangenenarbeit absolut wünschenswert wäre. Die Fragen der F.D.P. sind mit dem vorliegenden Bericht nicht vollständig beantwortet worden. Er hat auch eine lange Reihe weiterer Fragen aufgeworfen.

(Günter Neugebauer [SPD]: So würde ich das nicht formulieren!)

Ich hoffe, dass Sie und die Landesregierung die Fragen im Ausschuss entsprechend beantworten können.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es weitere Anregungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer diesem Antrag Folge leisten will, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 35 so erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Bericht zur Entwicklung der GMSH

Landtagsbeschluss vom 8. Juni 2000

Drucksache 15/125

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/366 (neu)

Zur Berichterstattung erteile ich dem Finanzminister, Herrn Minister Möller, das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat die Landesregierung in seiner Sitzung am 8. Juni aufgefordert, über die bisherige Entwicklung und die künftige Ausgestaltung der GMSH zu berichten. Dieser Bericht liegt Ihnen seit Anfang September in gedruckter Form vor. Ich beschränke mich daher auf einige Punkte und Fragen, die die Fraktion der F.D.P. in ihrem damaligen Berichtsantrag geklärt haben wollte.

Der jetzige Bericht der Landesregierung ergänzt den Geschäftsbericht 1999 der **GMSH**, den wir in Erfüllung der Berichtspflichten gemäß § 14 des GMSH-Gesetzes dem Finanzausschuss am 18. Juli mit Umdruck 15/210 übersandt hatten und der bewusst ausführlich gestaltet wurde, um die bisherige Entwicklung umfassend darzustellen.

Dieser **Geschäftsbericht** enthält den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrats und stellt den Rechenschaftsbericht der GMSH-Geschäftsleitung über das erste abgelaufene Rumpfgeschäftsjahr dar.

Ich denke, die GMSH hat in den ersten sechs Monaten gewaltige Millionenbeträge bewegt; die Bilanzsumme Ende 1999 belief sich auf 132,5 Millionen DM, der Baumsatz betrug 441 Millionen DM.

Ich möchte an dieser Stelle und unter Bezugnahme auf Ihre Kleine Anfrage vom Sommer dieses Jahres betonen, Herr Kubicki, dass die Landesregierung nicht überrascht war, dass die GMSH 1999 ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen konnte und auch für das Jahr 2000 ebenfalls von einer fortgesetzt positiven wirtschaftlichen Entwicklung ausgeht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ha!)

Der wesentliche Umfang des Baubereichs wird wie bisher in der Organleihe durchgeführt. Das bedeutet natürlich auch, dass die Kosten der GMSH vom Bund und vom Land voll erstattet werden. Ich darf Ihnen aber sagen, dass Bund und Land selbstverständlich an dem Personalabbau in der Sparte **Bauverwaltung** partizipieren. Ein erstes Gespräch mit dem Bund hat gezeigt - die hatten ja vielleicht selbst wegen des guten Vertrages, den wir aus unserer Sicht mit ihm geschlossen hatten, etwas kalte Füße -, dass er sich sehr positiv dazu geäußert hat, dass sich die Kostenentwicklung für beide zufrieden stellend entwickelt.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass der Personalabbau in der Sparte Bauverwaltung selbstverständlich weitergeht. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Wir werden in allen drei Sparten - die sind ja auch getrennt zu betrachten; das war auch Ihr Wunsch, Bau,

(Minister Claus Möller)

Gebäudebewirtschaftung und Beschaffung - getrennte, transparente Kosten-Leistungs-Rechnungen und Abschlüsse vorlegen können. Es gibt also keine Quersubventionierung.

Dass die **Umstrukturierung** eines so großen Bereichs der öffentlichen Verwaltung keine leichte Aufgabe ist, bei der man auch mit Anlaufkosten rechnen muss, war der Landesregierung von Anfang an klar. Klar war und ist aber auch, dass sich die erwarteten **Einsparungen** - jedenfalls in der Sparte Gebäudebewirtschaftung - natürlich erst einstellen werden, wenn alle Gebäude übertragen sind und wenn sich die strategischen Ziele, die wir vereinbart haben, umsetzen lassen. Dafür haben wir auch Zeitpunkte genannt. Ich nenne die Flächenreduzierung, ich nenne die Reduzierung der Bewirtschaftungskosten, ich nenne die Reduzierung bei der Ver- und Entsorgung und die von uns prognostizierte Reduzierung bei den Beschaffungskosten. Das wird insgesamt zu einer Einsparung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann?)

für die Landesseite führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann?)

- Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann rechnen Sie damit?)

Die Ziele, in welchen Zeiträumen wir uns das vorgenommen haben - es sind Fünf- und Zehnjahreszeiträume - und ab wann das zählt, sind ja bekannt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann sind Sie ja gar nicht mehr an der Regierung!)

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Landesregierung mit der **GMSH** und der **Investitionsbank** ein **Geschäftsbesorgungsvertrag** geschlossen, der nicht nur die organisatorische Umsetzung dieser Ziele regelt, sondern in ein prozessbegleitendes Controlling für die Einhaltung dieser Zielvorgaben mündet. Wir werden die Entwicklung also nicht in fremde Hände geben und damit nicht aus dem Auge verlieren, sondern kontinuierlich begleiten. Wir machen das schon deshalb, damit Sie dann nicht nachfragen müssen.

In meinem Hause, im Finanzministerium, ist dafür ein Referat zuständig. Aus den im GMSH-Gesetz geregelten Berichtspflichten werden wir den Schleswig-Holsteinischen Landtag auch über diese Ergebnisse weiterhin auf dem Laufenden halten.

Ich will Ihnen jetzt eines zur **Flächenreduzierung** sagen - das haben wir ja auch im Finanzausschuss diskutiert, haben gefragt, was da mit den Mieten ist -: Es sind vier konkrete Beispiele, von denen ich sage, das Kostendenken, was die Mieten angeht, zeigt erste

Wirkungen. Die Europaabteilung des ehemaligen Justiz- und Europaministeriums ist ohne zusätzlichen Raumbedarf in die Räume der Staatskanzlei gezogen, die Wohnungsbauabteilung des Innenministeriums wird ohne zusätzlichen Raumbedarf vom Theodor-Heuss-Ring ins Stammhaus umziehen;

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist unglaublich!)

wir werden auch versuchen, die Verwaltungsteile des Finanzministeriums, die in der Reventlouallee sitzen, in unserem Haus unterzubringen. Genau das war ja im Vorfeld gewünscht, dass sich die Ressorts bewegen.

Heute Morgen - jetzt kommt das vierte Beispiel - haben wir mit Kollegin Franzen über ein Projekt in Lübeck gesprochen, bei dem wir eine ganze Liegenschaft aufgeben und ein Amt in einer anderen Liegenschaft unterbringen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Es tut sich etwas und es ist dann auch nachvollziehbar. Warten Sie es ab!

Meine Damen und Herren, in dem vom Landtag angenommenen Antrag Drucksache 15/125 werden für den jetzigen Bericht der Landesregierung Schwerpunktsetzungen gefordert: kaufmännische Ausrichtung, Personalentwicklung, Personalübergang, Controllingkonzepte, Positionierung der GMSH als Dienstleisterin am Markt! Mit dem Ihnen bereits gedruckt vorliegenden Bericht wird unter Berücksichtigung dieser Schwerpunkte insbesondere auf das Geschehen im Geschäftsjahr 2000 eingegangen und natürlich ein Ausblick auf die künftige Entwicklung gegeben, weil ja Geschäftsfelder zum Teil noch gar nicht voll übernommen worden sind. So werden in dem Bericht sowohl die Personalentwicklung und die Kriterien für den Personalübergang als auch die Einsparungs- und Controllingkonzepte dargestellt und auch das Thema der Positionierung der GMSH als Dienstleisterin nicht ausgeklammert.

Ich denke, der **Personalabbau im Baubereich** wird auch von der GMSH konsequent fortgesetzt, wie wir es mit dem Bund vereinbart haben. Dabei darf natürlich auch die Leistungsfähigkeit nicht vergessen werden. Im ersten Halbjahr hat es in der Bauverwaltung 18 Abgänge und sieben Neueinstellungen gegeben. Ich gebe zu, dass wir in der Bauverwaltung zurzeit personelle Engpässe haben, weil die Auftragslage für die Bauverwaltung sehr gut ist. Wir werden von unserem Einsparkonzept nicht abgehen, sondern den Mehrbedarf durch zusätzliche Architektenverträge abdecken.

(Minister Claus Möller)

Das kann doch eigentlich der F.D.P. und der CDU nur recht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden in diesem Bereich, was das operative Ziel angeht, gerade in den Außenstellen Personal von heute 780 bis 2008 auf 590 oder 520 abbauen. In diesem Bereich läuft also alles planmäßig und ich finde, dass vor allen Dingen die Beschäftigung sehr gut ist.

Wie bereits in der Landtagsdebatte am 8. Juni von Frau Gröpel zum Ausdruck gebracht wurde, darf angesichts des erst zum Jahresende abgeschlossenen Übergangs der Bewirtschaftungsaufgaben und des Anlaufens des Bereichs Beschaffung die Erwartungshaltung an konkrete Einzelergebnisse nicht zu hoch gestellt werden; das kann sie auch gar nicht.

Bei Projekten dieser Größenordnung und mit diesen Laufzeiten ist es zur Vermeidung später nur noch schwer korrigierbarer methodischer und inhaltlicher Fehler erforderlich, in der Anfangsphase der Klärung struktureller Fragen besonderes Augenmerk zukommen zu lassen.

Aus diesem Grund kann der Bericht zu den **Einspar- und Controllingkonzepten** zurzeit nur die gewählte Projektstruktur und erste Teilergebnisse beschreiben.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Gleiches gilt auch für den Geschäftsbereich Beschaffung, in dem die GMSH ihre Aufgaben erst am 3. Juli übernommen hat.

Allen Unkenrufen zum Trotz wird die GMSH das **Beschaffungsvolumen** in den nächsten fünf Jahren auf voraussichtlich 40 Millionen DM steigern und dabei eine nachhaltige Senkung der Beschaffungskosten aufseiten der Landesbehörden und eine deutliche Reduzierung der Einstandspreise erreichen.

Auch hier - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - gibt es zurzeit Umstellungsschwierigkeiten. Ich will ein Beispiel nennen: Die zentrale Beschaffungsstelle hat festgestellt, dass in der Landesverwaltung zurzeit - ich glaube - 131 verschiedene Kalender beschafft werden. Sie können sich vorstellen, dass hier eine Straffung des Sortiments und damit bessere Einkaufsbedingungen durchaus möglich sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne das nur als ein Beispiel.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber rot muss er sein!)

Die **Einrichtung des Geschäftsbereichs zentrale Beschaffung** war von Beginn an Bestandteil des GMSH-Gesetzes, das der Schleswig-Holsteinische Landtag mehrheitlich beschlossen hat. Bei der Umsetzung dieses Beschlusses hat es in den letzten Monaten kontroverse Diskussionen und Meinungen gegeben. Ich kann nur sagen: Stellen Sie sich jetzt nicht hin und behaupten, das haben wir so nicht gewollt, wie Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch von der CDU-Fraktion bereits im Juni polemisierte.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ich polemisiere niemals!)

Die zentrale Beschaffung führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Dass diese Behauptung nicht zutrifft, hat Ihnen Frau Ministerin Lütkes bereits in der Juli-Tagung des Landtags erläutert. Und nun kommen Sie mit einem weiteren CDU-Antrag zur Sicherung des Wettbewerbs. Dazu hat Minister Rohwer gestern deutlich Stellung genommen. Ich will das im Einzelnen nicht wiederholen. Sie haben einen Einzelfall genannt, bei dem eine Gemeinde eine Ingenieurleistung in Höhe von 5.000 DM bei der GMSH nachgefragt hat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wehret den Anfängen, weil es weitergehen könnte!)

Der Auftrag ist nicht zustande gekommen. Aber das soll den Mittelstand in Schleswig-Holstein gefährden? Ich sage: -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Denken Sie bitte an die vereinbarte Redezeit.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja! - Der Aufgabenbereich der GMSH ist durch den Landesgesetzgeber am 15. Juni 1999 eindeutig festgelegt worden. Hierzu zählen auch Bauplanungs-, Bauüberwachungs-, Bauherren - und Bauunterhaltungsaufgaben. Weitere Aufgaben können nur mit Zustimmung des Landtages auf die GMSH übertragen werden. Damit hat der Landesgesetzgeber der **GMSH** ein eng begrenztes **Aufgabenfeld** zugewiesen, das insbesondere die Interessen von Freiberuflern hinreichend berücksichtigt.

Die GMSH hat im ersten Geschäftsjahr erfolgreich gearbeitet und sie hat sich seit ihrer Gründung im Sommer vergangenen Jahres zu einem modernen Dienstleister entwickelt. Ich kann daher mit Freude feststellen, dass wir auf dem rechten Weg sind. Wir werden diesen Weg weiter beschreiten und er macht Schule, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

(Minister Claus Möller)

So wurde erst in den letzten zwei Tagen öffentlich -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, Ihre Redezeit ist überschritten.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

- ich komme zu den letzten beiden Sätzen -, dass der Hamburger Senat für knapp 480 Millionen DM seine 146 Polizeidienststellen an die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung verkauft hat und sie durch eine andere Gesellschaft managen will.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich sage Ihnen: Hamburg ist selbst beim Liegenschaftsmodell auf unserem Weg. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt prüfen unsere moderne Gebäudebewirtschaftung. Eine so kleinkarierte Pepita-Diskussion, Herr Kubicki, wie sie die Opposition hier führt, gibt es in diesen Ländern nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie werden in den nächsten Jahren sehen: Auf dem Weg zu einem modernen Gebäudemanagement ist Schleswig-Holstein vielen anderen Ländern ein gutes Stück voraus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Reinhard Sager das Wort.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GMSH ist nach Auffassung der Landesregierung ein wichtiger Baustein zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im Prinzip darf man bei einer zentralen Bewirtschaftung der vom Land genutzten Liegenschaften annehmen, dass mehr Effizienz, Effektivität und damit Kostenreduzierungen erreicht werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

Das ist der Sinn und Zweck einer solchen Maßnahme, die auch unstrittig sein dürfte.

Wenn man aber mit Bausteinen hantiert, Herr Minister Möller, muss man schon aufpassen, dass man sie nicht nur sorgfältig auswählt, sondern auch richtig aufeinander

der bringt. Die Verknüpfung der Gründung der **GMSH** mit dem **Immobiliendeal** haben wir immer kritisiert. Heute nach Vorlage des Berichtes durch die Landesregierung sehen wir, wie richtig wir mit der Ablehnung dieses Modells liegen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Schicksal der GMSH ist und bleibt mit dem Immobiliendeal verknüpft. Kein anderes Bundesland ist so verfahren wie die rot-grüne Landesregierung bei uns. Herr Minister Möller, so wird diese Einrichtung niemals erfolgreich arbeiten können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Statt erster Einsparungen stellen wir nämlich fest, dass jetzt erst alles richtig teuer wird.

(Renate Gröpel [SPD]: Das merken Sie jetzt erst?)

Im Haushalt 2001 hat der Finanzminister bereits 86 Millionen DM Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr für die Bewirtschaftung, für Mieten und Pachten sowie für die Unterhaltung der Grundstücke vorgesehen. Das wird in den nächsten Jahren nicht anders werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt!)

Die Wahrheit ist doch, dass mit den enormen **Mietleistungen** - 2001 sind das stolze 153 Millionen DM - die Wirtschaftlichkeit im Vorhinein bereits infrage gestellt ist. Diese Mieten auf der Grundlage der von uns in vielen Punkten konkret angezweifelten Wertgutachten sind eben zu einem Großteil Zinszahlungen an die Investitionsbank,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

was die Landesregierung gern verschweigt, wie der Minister hier eben gerade bewiesen hat und sich dazu gerade sachkundig macht.

Jetzt haben wir die skurrile Situation, dass die Fachministerien über die Mieten Ihre Zinslasten, Herr Finanzminister, für die verdeckte Kreditaufnahme über die Investitionsbank bezahlen müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und das jedes Jahr aufs Neue! So etwas gibt es sonst nirgendwo in Deutschland! Dies alles ist zudem ein weiterer Beleg für den trickreichen Finanzminister Möller: Geht gar nichts mehr, müssen Möllers Finanztricks her!

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie Sie so die **Bewirtschaftungskosten** ab 2001 beginnend - das ist ja die Zielfestschreibung - um 30 % bis zum Jahr 2010 senken wollen, bleibt uns

(Reinhard Sager)

schleierhaft und wird auch im vorliegenden Bericht an keiner Stelle beantwortet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim **Personal** in der Leitung der GMSH. Von 128 Köpfen zu Beginn der Tätigkeit am 1. Juli 1999 waren es bereits zum Jahresende 146 und laut Bericht des Finanzministers gab es zum 31. Mai dieses Jahres bereits 176 Mitarbeiter in der Zentrale der GMSH. Ich habe den Eindruck, hier setzt sich fort, was wir seit 1988 in der Leitung der Staatskanzlei und in der Leitung der Ministerien erleben: Zu viele Häuptlinge, zu wenig Indianer! Das ist die Personalpolitik in diesem Land.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Kein Wunder, dass sich die Beschäftigten die Frage stellen, ob nicht der Personalabbau einseitig geschieht und ob die GMSH unter diesen Umständen noch zukunftsfähig und dauerhaft in ihrem Bestand gesichert ist, wie die Gewerkschaft ÖTV in ihrem Infoblatt vom Oktober 2000 schreibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das mag die SPD gar nicht lesen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist offensichtlich eine Oppositionsgewerkschaft!)

- Offenbar nicht, Herr Kayenburg!

Ist das Ihr Verständnis von einer Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, frage ich Sie, Herr Möller? Sie haben es zu verantworten, dass heute nicht nur die Opposition - ich bin dankbar für den Antrag der F.D.P.-Fraktion - die vollmundigen Zielversprechen der Landesregierung hinterfragt. Von einem großen Schritt zur Modernisierung der Verwaltung, von dem neuhochdeutschen Begriff des **Facility-Management** - es gibt ja keine Hausmeister mehr in Deutschland, das sind Facility-Manager - als Zauberwort für Einsparungen in allen Bereichen und von der Wettbewerbsneutralität haben Sie gesprochen, Herr Möller. Ihr Bericht zeigt aber hingegen, dass diese Zielvorgaben nicht erreicht beziehungsweise gar nicht erreicht werden können. Das liegt nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese fragen sich vielmehr, ob sie als Prügelknaben für großspurige Politikversprechen dieser Landesregierung herhalten müssen. Das ist die Frage, die sich die Mitarbeiter stellen.

Ich greife zum Schluss meiner Betrachtungen das Stichwort der **Positionierung am Markt** auf. Offenbar besteht auch bei der GMSH selbst noch Unklarheit darüber, was die Landesregierung eigentlich will. Soll sich die GMSH nun am Markt bewegen können oder nicht? Es hat schon Ausschreibungen in Kommunen gegeben, auf die sich die GMSH beworben hatte. Aber eigentlich beabsichtigt - wie wir eben gehört haben -

ist das nun auch wieder nicht. Was gilt wirklich? Klar ist einzig die Position der CDU-Fraktion: Wir wollen kein öffentliches Unternehmen als Konkurrenz zur mittelständischen Wirtschaft, Herr Minister Möller!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Abschließend stelle ich fest: Notwendig war in Schleswig-Holstein eine Reorganisation der Landesbauverwaltung geworden. Auch eine zentrale Bewirtschaftung der vom Land genutzten Liegenschaften ist grundsätzlich sinnvoll.

Ebenso ist die **Neuorganisation des Beschaffungswesens** sinnvoll. Sie, Herr Möller, haben es aber fertig gebracht, alle diese Themenkomplexe mit dem Immobiliendeal zu vermengen. Sie wollten damit die Supermodernisierung der Verwaltung in diesem Lande herbeiführen. Was ist dabei herausgekommen? Der Bericht zur bisherigen Entwicklung der GMSH zeigt: Sie sind kräftig auf die Nase gefallen. Meine Damen und Herren, eine Korrektur ist überfällig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Renate Gröpel das Wort.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Sager hat eben bewiesen, dass die Zustimmung von heute Vormittag wieder zurückgenommen worden ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen da etwas missverstanden haben!)

Ich war bei der Übertragung der Liegenschaften geradezu hoffnungsvoll. Man hob freudestrahlend die Hand und ich dachte schon: Endlich ist die CDU lernfähig.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meinte, die CDU habe erkannt, dass das Liegenschaftsmodell doch gar nicht so schlecht sein kann. Oder lag das daran, Herr Maurus, dass bei dieser Tranche die Polizeizentralstation auf Westerland dabei war und diese vielleicht einer notwendigen Instandhaltung bedarf?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wusste im Moment nicht, welches die Hintergrün-

(Renate Gröpel)

de waren. Herr Sager hat eben aber gesagt, dass es doch nicht ganz so ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Fehler war, dass Sie nicht auf uns geguckt haben! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, Sie sind nach mir dran; dann können Sie das alles noch vortragen.

Ich möchte am Anfang einige Zahlen richtig stellen. Lieber Herr Kollege Sager, bei dem Betrag von 153 Millionen DM für **Mieten** haben Sie alles addiert, was es bisher schon an Fremdanmietungskosten gab. Es sind nämlich 91 Millionen DM, die dazugekommen sind. Man muss bei den Zahlen schon ehrlich bleiben, wenn man hier zitiert.

Sonst haben Sie in der Bewertung eigentlich nichts Neues vorgetragen. Wir werden uns einig werden, was das **Liegenschaftsmodell** betrifft. Der Finanzminister hat bereits ausführlich dargestellt - das haben Sie vielleicht vergessen -, welches unsere Einsparziele sind und wann die Einsparungen zu erwarten sind. Man kann nicht erwarten, dass all dies jetzt schon in dem Bericht enthalten ist. Das wäre sonst so, als würde man einem kleinen Kind das Laufen beibringen und es gleichzeitig zu den Bundesjugendspielen anmelden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einfach nicht möglich.

Ich komme nun zu dem **Bericht** zurück. Zunächst möchte ich der Regierung im Namen der SPD-Fraktion für die Erstellung des Berichtes danken. In der Sitzung des Landtages im Juni, als die F.D.P. diesen Berichtsantrag gestellt hat, war ich der Auffassung, dass es dieses Antrages nicht bedurft hätte, um dem Informationsbedürfnis des Landtages gerecht zu werden. Auf die umfassenden Berichtspflichten ist ja schon verwiesen worden. So haben wir im Finanzausschuss vor kurzem den Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1999 seit der Gründung termingerecht erhalten. Der Finanzminister hat bereits darauf hingewiesen, was alles darin enthalten ist. Ich verweise hier auf den Jahresabschluss, den Lagebericht und Ähnliches. Das heißt, diesem ausführlichen Bericht hätte man eigentlich schon das Wesentliche entnehmen können.

Wenn ich mir aber die Diskussion in den letzten Wochen vor Augen führe, vor allem die Fragestellungen zur **GMSH** während der Haushaltsberatungen, scheint es doch sinnvoll zu sein, dem Landtag einen Bericht vorzulegen. Er dient zumindest dazu, einerseits Erinnerungslücken bei der Opposition zu schließen und andererseits mit der Darstellung von Fakten unerschwelligen Vorwürfen zu begegnen. Der Bericht

macht noch einmal deutlich, warum die GMSH gegründet wurde. Wir erwarten nach wie vor, dass eine fortschrittliche Organisation der zentralen Bewirtschaftung mit einem professionellen Management nach den Prinzipien eines modernen Unternehmens mit kaufmännischer Ausrichtung gewährleistet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das staatliche **Bauen, die Gebäudebewirtschaftung und die zentrale Beschaffung** sollen effektiver und effizienter werden. Das setzt Kostentransparenz und Kostenbewusstsein voraus. Hieran scheint es in einigen Bereichen doch noch zu hapern beziehungsweise es scheint einigen jetzt erst klar zu werden, dass es damit ernst gemeint ist. Anders ist Ihre Frage, Herr Sager, in der letzten Finanzausschusssitzung - ich komme noch einmal darauf zurück - nicht zu verstehen. Sie hatten sinngemäß gefragt, ob es richtig sei, dass die einzelnen Ressorts jetzt mit Mietkosten belastet werden, und ob die Landesregierung das so gewollt habe. Ich frage Sie: Wo waren Sie eigentlich in den letzten drei Jahren?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch einige Fragestellungen der F.D.P. in dem Berichtsantrag erübrigen sich, weil das Gesetz bereits entsprechende Regelungen enthält, so zum Beispiel die Kriterien für die Übernahme der **Beschäftigten aus den Ressorts**. Auch was die Positionierung der GMSH als Dienstleister betrifft, ist gestern in der Debatte dargestellt worden, dass es eine **Konkurrenzsituation** gegenüber Dritten nicht gibt, weil es im Gesetz ganz klar so geregelt worden ist, wie es auch die SPD-Fraktion und die Grünen gewollt haben.

Der jetzige Bericht stellt die gesetzlichen Grundlagen noch einmal ausführlich dar. Er schließt an den Geschäftsbericht von 1999 an und kann daher auch nur für die letzten neun Monate die Entwicklung wiedergeben beziehungsweise einen Ausblick auf die künftige Entwicklung geben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mehr Personal, mehr Kosten, keine Effizienz!)

Der Bericht zeigt aber auch - selbst wenn nur jener kurze Zeitraum zugrunde gelegt werden kann -, welche gewaltigen Leistungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsleitung im Rahmen der Neuorganisation bisher erbracht worden sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten im Namen der SPD-Fraktion danken, denn diese Leistun-

(Renate Gröpel)

gen waren mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden. Während der Aufbauphase hatte die GMSH zudem ihre Bauaufgaben für Bund, Land und Klinika für die laufenden Bauprojekte zu erfüllen. Auch die Überführung der Bauaufgaben hat reibungslos funktioniert.

Lassen Sie mich noch einmal verdeutlichen, was mit der **Neuorganisation der GMSH** verbunden ist. Dazu gehören ein kaufmännisches Rechnungswesen, das neu aufgebaut werden musste, ein Ertragsmanagement, die Flächenbewirtschaftung, die technische Gebäudebetreuung, eine Betriebsoptimierung, die Instandhaltung, ein Energie- und Abfallmanagement, die Gebäudereinigung, die Hausmeisterdienste, die Pflege der Außenanlagen, die Beschaffung sowie Datenverarbeitungs- und Informationssysteme, die auch erst den Erfordernissen angepasst und neu eingeführt werden mussten.

Bis zum Ende dieses Jahres werden im Rahmen von 700 Bewirtschaftungsverträgen 1 Million m² Nutzfläche von dem Bereich **Gebäudebewirtschaftung** der GMSH betreut und zirka 10.000 Verträge mit Dritten bearbeitet. Die GMSH wird zum Jahresende durch die Übernahme der **Beschäftigten** der ehemaligen Landesbauverwaltung sowie aus den Ressorts, die bisher für die Bewirtschaftung und Beschaffung zuständig waren, 1.500 Beschäftigte haben. Wie man dem Bericht entnehmen kann, ist die Übernahme des Personals - es gab nur einen einzigen Rechtsstreit, der erfolgreich für die GMSH geendet hat - bisher reibungslos verlaufen. Auch das spricht für die bisherige solide Arbeit der neuen GMSH.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Trotzdem nehmen wir auch Kritik ernst. In Gesprächen mit der Geschäftsleitung und dem Personalrat haben wir vernommen, dass es in der **Zusammenarbeit mit den Ressorts** durchaus auch Reibungspunkte gibt, was die Erwartungen und Wünsche betrifft. Die SPD-Fraktion wird daher ihr besonderes Augenmerk darauf richten, ob die Ziele, die der Gesetzgeber bei der Gründung der GMSH vorgegeben hat, sowie auch die dazugehörigen gesetzlichen Vorgaben von beiden Seiten erfüllt und eingehalten werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Von beiden Seiten!)

- Herr Neugebauer, ich sage ausdrücklich „von beiden Seiten“. Darin sind wir uns einig. Ich meine damit auch die Ressorts, von denen wir Kostenbewusstsein und keine Blockade und auch kein Unterlaufen der gesetzlichen Verpflichtungen, was die Vergabe bei den Landesbauaufgaben und Instandhaltungen betrifft, erwarten. Insofern haben mich die Beispiele, die der

Finanzminister vorhin bezüglich dessen genannt hat, was aus den einzelnen Häusern hinsichtlich Einsparung von Flächen und Anmietungen vorgeschlagen wird, sehr gefreut. Ich betrachte dies als ein gutes Zeichen. Im Gegenzug können die Ressorts aber auch erwarten, dass die GMSH ihre Dienstleistungen ohne unnötigen bürokratischen Aufwand, professionell und kostengünstig erbringt.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen - auch von der Opposition -, haben wir aber auch etwas Geduld! Es gilt zu unterscheiden, ob es sich um allgemeine Umstellungsschwierigkeiten oder die Trennung von lieb gewordenen Gewohnheiten handelt, die bei jeder Neuorganisation zu erwarten sind, oder ob es sich um tatsächliche handwerkliche Fehler handelt. Noch ist die Übertragung aller Gebäude sowie der Bewirtschaftungsleistungen und des Personals nicht abgeschlossen. Daher kann dieser Bericht auch nur ein Zwischenbericht sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich für die SPD-Fraktion Folgendes feststellen. Gemessen an dem Umfang dieses bislang größten Modernisierungsprojektes in Schleswig-Holstein ist die Umsetzung der Gründung der GMSH bisher besser und erfolgreicher verlaufen, als es die Opposition wahrhaben will.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist mit der Neuorganisation der Landesbauverwaltung, der Bewirtschaftung der Landesliegenschaften und der zentralen Beschaffung Vorreiter einer bundesweiten Entwicklung. Die SPD-Fraktion wird die weitere Entwicklung der GMSH umso mehr sorgsam und kritisch begleiten, aber auch unterstützen. Wir wünschen der GMSH auf ihrem weiteren Weg viel Erfolg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Möller, ich nehme Ihr Begriffspaar vom Pepita-Niveau, auf dem die Opposition in diesem Lande operiere, gern auf und sage: Wir müssen uns ja mittlerweile dem Niveau des Kabinetts anpassen, von dem ein Minister, der jetzt Finanzminister in Nordrhein-Westfalen ist, einmal als Pepita-Niveau gesprochen

(Wolfgang Kubicki)

hat, weil wir uns sonst nicht verständlich machen können. Insofern ist das keine beleidigende Äußerung.

Ich gehe im Übrigen davon aus, Herr Minister und Frau Kollegin Gröpel, dass Sie alles das, was Sie sagen, wirklich glauben.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, kein anderes Bundesland ist unserem Modell der **Liegenschaftsübertragung** gefolgt. Kein anderes Bundesland! Kein anderes Bundesland hat die Konstruktionszusammenhänge zwischen Liegenschaftsübertragung und GMSH oder einer vergleichbaren Organisation übernommen und so geregelt und kein anderes Bundesland will das. Schleswig-Holstein ist hier nicht vorn, sondern ganz weit hinten. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Gröpel, vielleicht fragen Sie einmal bei dem Kollegen Hentschel nach, was er uns mit der Erklärung sagen will - wie übrigens der Wirtschaftsminister auch -, „Wirtschaftlichkeit ohne Wettbewerb ist ein Widerspruch in sich“. Sie werden Wirtschaftlichkeit ohne Wettbewerb nicht erreichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Weil Sie dies ausgeschlossen haben, definieren Sie zwar den Begriff Wirtschaftlichkeit, erreichen sie aber nicht. Ich komme anhand eines konkreten Beispiels, das Sie ebenfalls kennen, nämlich der Klinika, darauf zurück. Da wird das demnächst ein Riesenproblem werden.

Der Flurfunk hat zur Entstehung dieses Berichts nichts Gutes zu vermelden. Er sei mehrmals überarbeitet worden, es gebe Unstimmigkeiten und Ähnliches mehr war zu hören. Das glaube ich sofort.

Über den Zeitpunkt von bestimmten Informationen gab es häufiger Differenzen zwischen uns, Herr Minister, Herr Staatssekretär, aber die Qualität der Informationen aus dem Finanzministerium war - das will ich ausdrücklich sagen - in der Regel in Ordnung. Dieser Bericht ist jedoch eine Frechheit.

Frau Kollegin Gröpel, bei der Debatte des **Berichts-antrags** der F.D.P. haben Sie mit einem Verweis auf § 14 des GMSH-Gesetzes den Antrag der Liberalen für unnötig erklärt. Wenn Sie jemals an das geglaubt haben, was Sie damals gesagt haben, dann müssten Sie spätestens jetzt eines Besseren belehrt worden sein.

Wer einen Bericht vorlegt, der mit den Fragen des Antragstellers überhaupt nichts zu tun hat, der tut dies nicht ohne Grund. Bisher ging die F.D.P.-Fraktion davon aus, dass die Hobbylyriker mit der Auflösung des früheren Birk-Ministeriums aussterben würden.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Anscheinend haben sie im Finanzministerium Asyl gefunden.

Es gibt so vieles zu kritisieren, dass selbst zehn Minuten Redezeit nicht reichen. Eine Kostprobe der Inhaltsleere muss deshalb genügen. Ich zitiere jetzt:

„Das Land“

- „das Land!“ oder: die Landesregierung -

„versteht Facility-Management als vielschichtige Aufgabe in betriebswirtschaftlichem Sinne, die sich mit der Organisation, der Analyse und der Strategiefortschreibung aller Prozesse beschäftigt.“

Ich bin schon sehr gespannt, wie sich die Strategiefortschreibung aller Prozesse konkret darstellt, Herr Minister.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht können Sie meiner Phantasie ein wenig auf die Sprünge helfen. Das ist ja - um es freundlich zu formulieren - entsorgungspflichtiger Sprachmüll.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wahrscheinlich bedeutet dieses Wortungetüm gar nichts. Denn auf Inhalte kommt es im ganzen Bericht offensichtlich nicht an.

Da wird auf den Erfolg der **GMSH** beim **Jahresabschluss 1999** verwiesen, die Gewinn- und Verlustrechnung schließe mit einem ausgeglichenen Ergebnis - welches Wunder bei Kostenübernahme, egal welche Kosten entstehen - und die Jahresabschlussprüfung habe keine Einwände ergeben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was ein Wunder!)

Man könnte es auch anders formulieren: Das ausgeglichene Ergebnis der GMSH ist schlicht darauf zurückzuführen, dass das Land im vergangenen Jahr wie in diesem Jahr alle Ist-Kosten der Organleiheaufgaben der GMSH übernimmt. Und die Wirtschaftsprüfer haben schlicht bestätigt, dass bei der Aufstellung des Jahresabschlusses die Gesetze eingehalten wurden. Das ist wahrlich eine großartige Leistung der GMSH.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Oder die Frage der F.D.P. nach den Kosten für die **kaufmännische Abteilung!** Da die Landesbauverwaltung ihre Leistungen den anderen Bereichen der Landesverwaltung nicht in Rechnung gestellt hat und auch nicht am Markt agierte, sollte es doch kein Problem sein, diejenigen Stellen zu benennen, die man zusätzlich hat schaffen müssen. Das ist nicht auf eine

(Wolfgang Kubicki)

halbe Stelle genau zu machen; das leuchtet mir ein. Im Bericht wird nach vielen Windungen eine Zahl von 1,65 Millionen DM für die kaufmännische Abteilung und von ebenfalls 1,6 Millionen DM für die Finanzabteilung benannt. Weitere Personalkosten für kaufmännische Aufgaben seien vorhanden, aber schwer zurechenbar. Bis zum Beweis des Gegenteils akzeptiere ich das. Übrigens machen wir ja eine Vollkostenrechnung mit Zuordnungen, Kostenstellen, was weiß ich alles. Aber die Mehrkosten aus der kaufmännischen Neuausrichtung auf die Gesamtkosten der GMSH zu beziehen und nicht auf ihren Anteil an den Personalkosten umzurechnen, Herr Finanzminister, das hat schon etwas!

Warum verschweigt der Bericht, dass die **Kosten für kaufmännisches Personal** an den Gesamtpersonalkosten einen Anteil von 3,5 % ausmachen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist mit SAP nicht darstellbar!)

Das kann ich nur dann verstehen, wenn ich unterstelle, dass Sie keinen Vergleich wollen. Vielleicht sagen Sie uns, warum. Stimmen die Zahlen vielleicht nicht?

Ein weiteres Beispiel: die Frage nach der **Übernahme des Personals!** Es habe keine Probleme gegeben, ist in dem Bericht zu lesen. Wir alle wissen, dass diese Aussage nicht stimmt. Ich nenne als Stichwort nur die Hausmeisterproblematik und die Frage, wie groß der Anteil für Gebäudebewirtschaftung an der Gesamtarbeitszeit sein muss, damit die GMSH das Personal auch übernimmt. Da gab es eine wunderbare Debatte zwischen verschiedenen Trägern der Landesverwaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ungefähr erwartete Mitarbeiterzahl der GMSH ist mit 1.500 Personen wahrhaft riesig. Wie von der F.D.P. angekündigt, wurden in großem Umfang Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die GMSH übertragen. Die Personalkostenquote des Landes dankt es herzlich.

Doch was passiert mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Die ÖTV hat in einer Mitteilung bereits gefragt, ob die GMSH in Wahrheit nur ein Rationalisierungsmodell sei. So weit möchte ich gar nicht gehen. Aber welches ist denn nun die Geschäftsstrategie der GMSH? Danach ist doch zu fragen. Wie und vor allem womit soll denn das Personal in Zukunft beschäftigt werden? Wie sieht es mit dem **Personalentwicklungskonzept** über zehn Jahre aus, Herr Minister? Fünf Jahre würden vielleicht auch schon reichen. Welche Kapazitäten hat die GMSH? Welche Produkte bietet sie welchem Kundenkreis an?

Der Bericht lässt nichts Gutes erwarten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Da ist zum einen davon die Rede, dass die GMSH sich so entwickeln soll, dass sie in ihrem Angebot zu den „Marktgegebenheiten vergleichbar“ operieren soll - was immer das heißen mag. Fünf Seiten davor hört sich das noch ganz anders an:

„Die Möglichkeiten zu Effizienzsteigerung und Kostensenkungen sind allerdings verglichen mit Unternehmen der freien Wirtschaft durch die rechtlichen Rahmenbedingungen der GMSH als Anstalt des öffentlichen Rechts begrenzt.“

Würden Sie Ihrer Überschrift folgen, dass es jetzt wirklich auf Effizienz ankommt, würde das konsequenterweise dazu führen, dass Sie die **Anstalt des öffentlichen Rechts** auflösen und eine GmbH gründen müssten, wovon Sie immer Abstand nehmen wollten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie wissen selbst nicht ganz genau, wo Sie mit der GMSH hin wollen, oder Sie sagen es jedenfalls nicht. Das zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht.

Durch die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht hatte sich der ursprünglich avisierte Gründungstermin um ein Jahr verschoben. Die GMSH selbst wurde vor über einem Jahr gegründet. Die Landesregierung hatte wahrlich genug Zeit, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Aber ganz offensichtlich hat sie keines, jedenfalls teilt sie uns ein solches nicht mit.

Keine Zielgrößen für das Personal, keine Definition der Produkte, keine Marktstrategie, bis heute weder Einsparkonzepte für die versprochenen Mietsenkungen noch für die Reduzierung der Bewirtschaftungsleistungen oder die Reduzierung der Ver- und Entsorgungskosten. Aber immerhin wurde schon eine Projektgruppe eingesetzt, die sich um so bahnbrechende Fragen wie die Optimierung der Raumnutzung durch Mustermöblierung kümmert.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Die **zentrale Beschaffung** ist das beste Beispiel. Die F.D.P. hatte am 29. April 1997 einen Antrag auf Schaffung einer Zentralen Beschaffungsstelle im Innenministerium eingebracht. Der damalige Innenminister hat seinerzeit behauptet, die F.D.P. fordere etwas, was es sowieso schon gebe, was so gut wie umgesetzt sei. Und was lesen wir im Bericht?

„Seit dem Beschluss des Landtages sind für die Aufbauphase einschließlich Personalauswahl und SystemEinstellung bis zum Produktivstart zwölfteinhalf Monate vergangen.“

Dies wussten wir auch.

(Wolfgang Kubicki)

„Dies ist für die Größe des Projekts eine kurze Zeit.“

Was will der Autor dem geneigten Leser, uns damit sagen?

(Zuruf von der CDU: Nichts! - Martin Kayenburg [CDU]: Nichts erreicht!)

1997 bereits plante das Innenministerium bereits eine zentrale Beschaffungsstelle. Das sind bis heute dreieinhalb Jahre. Das kann jeder nachrechnen. Besonders wenn man bedenkt, dass die Beschaffungsstelle selbst acht Mitarbeiter hat, ist die Verwirklichung der zentralen Beschaffungsstelle flott gelungen.

Das volumenmäßig größte Modernisierungsprojekt war von Beginn an eine Fehlgeburt. Jetzt rächt sich, dass die gesamte GMSH-Konstruktion nicht das Ergebnis einer Optimierungsstrategie ist. Sie war von vornherein nur - der Kollege Sager hat es zu Recht gesagt - als betriebswirtschaftliches Deckmäntelchen für den Immobiliendeal gedacht.

Was ist denn aus der wunderbaren Begründung des Finanzministers geworden, die **I-Bank** brauche die Zweckrücklage, damit sie eine **Kapitalstruktur** wie ein privater Investor aufweise? Stimmt das immer noch? Dann müssen wir uns aber flugs von der I-Bank vertraglich eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals zusagen lassen, denn jeder Private, der Bares oder Eigenkapital in ein Projekt einbringt, erwartet eine anständige Verzinsung - Sozialdemokraten möglicherweise nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Land Schleswig-Holstein verschenkt 25 % der Einnahmen aus der Immobilienübertragung einfach so an die I-Bank. Und trotz dieser Schuldendiensthilfe des Landes haben wir Mietpreise zwischen 8 DM und 23,50 DM pro Quadratmeter. Wo würden die Kostenmieten erst liegen, wenn die I-Bank tatsächlich eine Kapitalstruktur wie ein Privater hätte?

Man wird den Eindruck nicht los, die Landesregierung hat die GMSH geschaffen und weiß nun nicht mehr, was sie mit ihr anfangen soll. Gestern haben wir in diesem Haus eine Debatte über die Sicherstellung des Wettbewerbs geführt. Die Landesregierung hat wie immer versichert, alles Nötige zu tun. Mit dem GMSH-Bericht hätte sie beweisen können, dass sie es tatsächlich ernst meint. Chance vertan, kann ich da wirklich nur sagen.

Ich kann es niemandem ersparen, ein weiteres Zitat:

„Die GMSH lässt sich bei der Erbringung von Dienstleistungen zudem von einem Prinzip der Subsidiarität zugunsten der Marktteil-

nehmer leiten und beschreitet somit den Weg zu effizienteren Formen der Aufgabenerledigung, zu mehr Markt und zu weniger Bürokratie.“

Die Fakten, die wir alle schon erlebt haben, belegen das Gegenteil.

Jetzt kommt der ultimative „Leersatz“:

„Die GMSH versteht sich dabei als Partner des Marktes,“

- als Partner des Marktes! -

„nicht als Konkurrent im Markt.“

Nur zur Erinnerung: Im Berichts Antrag war aufgeführt, die Landesregierung möge zu Produkten und Preisen im Vergleich zu Drittanbietern berichten, über die Marktsegmente, in denen die GMSH anbietet, und über die Konkurrenz zu privaten Dritten.

(Renate Gröpel [SPD]: Das steht im Gesetz!)

Es stellt sich deshalb eine ganz andere Frage: Gibt es keine Strategie - wofür aus den bereits genannten Gründen einiges spricht - oder was verschweigt uns die Landesregierung? - Frau Gröpel, sagen Sie mir doch einmal, wo die Angebotspalette der **GMSH** im Vergleich zu **Drittanbietern** beschrieben ist. Dann sage ich Ihnen nämlich, dass die GMSH überall dort, wo sie im Verhältnis zu Drittanbietern steht, aus den Verträgen mit den Landesbehörden - jedenfalls in den Fällen, in denen wir sie ausgegliedert haben, in denen wir private GmbHs haben - herausfliegen muss. Das nächste Problem bekommen Sie nämlich überall dort, wo wir private GmbHs haben, als erstes bei den Kliniken. Die verpflichten Sie nämlich, zu Preisen einzukaufen, die über den Preisen von Drittanbietern liegen, während Sie sie gleichzeitig budgetieren. Das heißt, Sie bereiten damit den Konkurs dieser GmbHs vor und die Frage an die Geschäftsführung der GmbHs wird sein, ob sie das überhaupt tun dürfen, auch unter Untreueaspekten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich hätte mir gewünscht, dass der Berichts Antrag der F.D.P. Anlass gewesen wäre, über die jetzige Konstruktionsform der GMSH noch einmal nachzudenken. Wenn Sie Ihre Erklärungen, es sollten mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Effizienz erreicht werden, ernst meinen, dann können Sie die rechtliche Struktur der GMSH in der Form, wie sie derzeit besteht, nicht aufrechterhalten. Dann müssen Sie sie ändern oder Sie werden mit den selbst gesteckten Zielen Schiffbruch erleiden.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun liegt er vor, der vom Landtag eingeforderte **Bericht über die GMSH**. Deshalb möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für den vorgelegten Bericht und für die dahinter stekende Arbeit bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In diesem Bericht wird noch einmal die Zielsetzung der im Jahre 1999 neu gegründeten GMSH beschrieben. Dort steht: Die GMSH ist ein wichtiger Baustein zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein und nimmt als moderner Konzerndienstleister die nicht zum Kerngeschäft des Landes gehörenden Aufgaben nach den Prinzipien eines kaufmännischen Unternehmens wahr.

Die GMSH hat sich verpflichtet, für **Flächeneinsparung und Energieeinsparung** zu sorgen, und sie soll den **Investitionsrückstau** in den ehemaligen Landesliegenschaften möglichst zügig beseitigen. Diese Gründe - das betone ich hier ausdrücklich - waren es, die die Grünen motiviert haben, diesen Weg zu gehen, weil wir gesehen haben, dass genau dies in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen war. Es wurde immer mehr Fläche verbraucht, es wurde immer mehr Energie verbraucht und der Investitionsstau stapelte sich.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor diesem Hintergrund haben wir die GMSH als Chance gesehen, dieses Defizit abzarbeiten.

Die GMSH will diese Ziele unter anderem durch Kostentransparenz, Effizienz und Flexibilität erreichen.

An manchen Stellen ist mir der Bericht aber ein bisschen zu klein-klein gestrickt. Es ist mir egal, ob die GMSH anstehende Projekte erst in Teilziele herunterbricht, um sie dann im Projektleitungsausschuss mit der koordinierenden Projektleitung zusammen strategisch umzusetzen. Wichtig ist doch nur, dass wir in wenigen Jahren und erkennbar zu den vereinbarten Einsparpotentialen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Auch - Herr Kollege Kubicki hatte diesen netten Satz ja schon zitiert - wenn das Teilprojekt „optimierte Raumnutzung durch Mustermöblierung“ für den einen

oder die andere von uns privat interessant sein mag - die Grundlage für das Parlament zur Beurteilung der **Wirtschaftlichkeit** der GMSH ist nicht die Frage der Vorgehensweise, sondern die Grundlage muss die **Ausgabenentwicklung** in den nächsten Jahren sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich gehe davon aus, dass ein Folgebericht dementsprechend auch geändert wird.

Noch ist die GMSH im Aufbau. Erst einmal müssen alle Kosten - auch die verdeckten - zusammengefasst werden, bevor sie reduziert werden können. Hinzu kommen die im Bericht aufgeführten neuen Kosten, die aufgrund der kaufmännischen Ausrichtung und der gesetzlichen Verpflichtung zur Rechnungslegung und Bilanzierung entstehen, die so bisher beim Land nicht angefallen waren. Das steht ja auch in dem Bericht.

Das Land erhält hierdurch jedoch ein umfangreiches Steuerungsinstrumentarium und wir werden dieses auch als Politiker und Politikerinnen hoffentlich zu nutzen wissen. Dazu gehört auch die kritische Kontrolle der **Personalentwicklung** in der GMSH. Herr Kubicki hat ja zu Recht gesagt, dass wir dafür ein Personalentwicklungskonzept für die nächsten Jahre brauchen und auch einfordern werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

So wird im Bericht zugesagt, dass die für den Aufbau der neuen Geschäftsbereiche zusätzlichen 13 Stellen im weiteren Verfahren wieder eingespart werden sollen. Das Einhalten dieses Versprechens werden wir natürlich parlamentarisch überprüfen.

Genauso kritisch werden wir überprüfen, ob die strategischen Ziele erreicht werden. Die Flächenreduzierung mit der dadurch entstehenden Mietkostensenkung von 10 % in fünf Jahren ist genauso wichtig wie die zugesagte Reduzierung der Bewirtschaftungskosten um 30 % in zehn Jahren und die Reduzierung der Kosten für Ver- und Entsorgung um 20 % in fünf Jahren,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

vor allem, wenn es um die Energieeinsparung geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Für diese notwendige **parlamentarische Kontrolle** brauchen wir ein transparentes und nachvollziehbares Berichtswesen. Für uns Grüne ist dabei entscheidend, dass ein prozessorientiertes Energiemanagement entwickelt wird, das die Grundlage für eine Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten bilden soll.

(Monika Heinold)

Über das neu organisierte Beschaffungswesen haben wir vor wenigen Wochen hier im Landtag debattiert. Ich spare mir jetzt die Ausführungen, die ich damals schon gemacht habe, außer dass ich betonen möchte, dass wir auch hier die zugesagten Einspareffekte kontrollieren werden und dass ich mir das elektronische Shoppingsystem einmal anschauen werde, wenn es denn flächendeckend umgesetzt ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Das klingt ja sehr interessant. Ich will dann aber auch einmal sehen, wie es funktioniert. Uns hatte ja schon die Staatskanzlei damals angeboten, Controlling tatsächlich einmal in der Staatskanzlei anzuschauen - ich habe das getan -, auch ich gehe davon aus, dass wir uns auch dieses elektronische Shoppingmodell einmal in der GMSH anschauen können und auch anschauen sollten, um zu sehen, wie und ob es funktioniert.

Ich hoffe also, dass dieser Anfangsbericht tatsächlich auch nur ein Anfangsbericht war. Ich gehe davon aus, dass die nächsten Berichte - wir müssen uns noch einmal darüber klar werden, ob wir tatsächlich Berichte wollen oder wie wir das Controllingverfahren gestalten wollen - eine andere Aussagekraft haben werden, die vergleichbare Zahlen bringen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

die die Einspareffekte darstellen und anhand derer wir kontrollieren können, ob die Zusagen auch erfüllt werden, denn nur aufgrund dieser Zusagen haben zumindest wir als grüne Fraktion der GMSH zugestimmt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geburt der **Gebäudemanagement Schleswig-Holstein** - der GMSH also - geschah letztes Jahr unter sehr schweren Wehen. Das erste Jahr hat das Baby noch mit schweren Kinderkrankheiten zu kämpfen gehabt, aber wir glauben und hoffen, dass es schnell erwachsen und sich gesundschrumpfen wird - obwohl ich der Meinung bin, dass man Kindern eher wünschen sollte, dass sie wachsen werden.

Wie es auch sei - so könnte man in kurzen Worten das Fazit der bisherigen Arbeit der GMSH ziehen. In der Tat war die Anfangsphase der neu errichteten Gesellschaft nicht ohne Probleme. Wir alle konnten ja einige

der Anfangsprobleme auch hier im Landtag am eigenen Leibe in Augenschein nehmen. Dennoch bin ich der Meinung, dass die GMSH eine faire Chance verdient hat.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Der SSW hat die Errichtung der GMSH im Juli letzten Jahres unterstützt. Mit Bauchschmerzen haben wir Ja gesagt, da wir der Auffassung waren, dass eine **zentrale Bewirtschaftung der Landesliegenschaften** und die gleichzeitige Einführung eines **zentralen Beschaffungswesens** des Landes schon lange notwendig waren, um den zukünftigen Anforderungen an eine moderne und effiziente Verwaltung zu entsprechen. Die Umwandlung der Landesbauverwaltung in die GMSH ist somit ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein. Umso wichtiger ist es, dass die GMSH erfolgreich arbeitet.

Die Gründung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein als selbstständige Gesellschaft kann natürlich als ein entscheidender Baustein der gesamten Konstruktion hinsichtlich des Verkaufs der Landesliegenschaften an die Investitionsbank betrachtet werden. Ich sollte vielleicht sagen: Gerade dies hatte uns ja Bauchschmerzen bereitet, nicht so sehr die Errichtung der GMSH.

Sie kann aber auch isoliert gesehen werden. Denn es ist unbestritten, dass die Umstrukturierung der Landesbauverwaltung vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen notwendig war. Nicht zuletzt aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte und eines daraus resultierenden verminderten Bauvolumens bestand die Gefahr eines Personalüberhangs. Ziel der Landesregierung war es, durch eine umfassende Reform der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften eine strukturelle **Senkung der Personal- und Sachkosten** sowie eine nachhaltige Entlastung des Landeshaushalts zu erreichen.

Eines der wichtigsten Argumente für die Errichtung der GMSH war für den SSW daher die Aussicht auf wesentliche **Effizienzsteigerungen**, sowohl bei der Bewirtschaftung der Gebäude als auch bei der Beschaffung. Wir halten daran fest, dass die GMSH die angepeilten strategischen Ziele in der Bewirtschaftung unbedingt erreichen muss. Ich werde sie jetzt nicht wiederholen, weil die Kollegin Heinold sie vorhin zitiert hat und sie im Bericht nachzulesen sind. Um es noch einmal ganz deutlich zu machen: Wenn diese Ziele nicht erreicht werden, hat die ganze Operation ihren Sinn verloren.

Der Bericht zeigt aber auch deutlich, dass die Erreichung dieser Ziele nicht ganz einfach werden wird und

(Anke Spoorendonk)

dass wir in der Anfangsphase auf jeden Fall eher noch mit zusätzlichen Kosten rechnen müssen. Geduld ist also gefragt.

Um die genannten Effizienzziele zu erreichen und somit Einsparpotentiale umzusetzen, die auch eine Entlastung für den Landeshaushalt bringen werden, ist es erst einmal notwendig gewesen, dass die GMSH eine umfangreiche kaufmännische Abteilung einrichtet. Wenn man nämlich Kostensenkung durch Transparenz erreichen will, braucht man eine gut funktionierende Kosten- und Leistungsrechnung, die die wirklichen Kosten für die erbrachten Dienstleistungen korrekt erfassen kann.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dabei ist es sicherlich eine besondere Schwierigkeit, erst einmal den Ist-Zustand der Kosten der alten Landesbauverwaltung zu ermitteln. Denn die Kostensenkung soll ja auf der Basis von ultimo 1997 erreicht werden. Keiner weiß aber so genau, was denn die Bewirtschaftung der Liegenschaften des Landes im Einzelnen so gekostet hat, da man eben keine kaufmännische Buchführung hatte, sondern mit der **Kameralistik** operierte.

Dieses kaufmännische Know-how musste sich die Gesellschaft durch Neueinstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfach erst erkaufen, denn in der Landesverwaltung gibt es nicht viele, die Erfahrungen mit dem **kaufmännischen Rechnungswesen** haben. Diese Mehrkosten durch die Einführung von kaufmännischen Informationssystemen sind aber hoffentlich sinnvolle Investitionen, die sich später auszahlen werden.

Eine andere Schwierigkeit der **GMSH** ist, dass die **Beschäftigten** aus sehr unterschiedlichen Verwaltungs- und Unternehmenskulturen kommen. Es ist klar, dass eine Unternehmensidentität erst langsam wachsen muss. Dies geht nicht von heute auf morgen, denn wir wissen, dass sich die Menschen an Veränderungen - und für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Entwicklung eine sehr große Herausforderung - nur langsam gewöhnen. Dass die GMSH in denselben Abteilungen sowohl Beamte als auch Angestellte hat, kann zu Problemen führen.

Deshalb gilt den Beschäftigten der GMSH mein Respekt, denn sie haben zurzeit keine leichte Aufgabe. Die Gewerkschaften sprechen bereits davon, dass die bisherigen Rahmenbedingungen alles andere als günstig sind. Daher meine Bitte an die Gegner der GMSH: Heizen Sie trotz aller möglicherweise auch berechtigten Kritik die Situation nicht durch überzogene Kritik weiter an!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn es geht - das muss man deutlich sagen - um Arbeitsplätze und um die Zukunft vieler Familien.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem sagen Sie das denn?)

- Ich sage das allen. Wir alle müssen der GMSH eine Chance geben. Wir befinden uns erst am Anfang einer Entwicklung.

Ich sagte bereits gestern in der Debatte zum Erhalt des **Wettbewerbs**, dass die GMSH nicht gegründet wurde, um den privaten Dienstleistern Konkurrenz zu machen. Sie will - im Gegenteil - Partner der Wirtschaft sein. Man kann natürlich überlegen, ob das ein gelungener Begriff ist, aber aus dem Gesetz geht hervor, wie das zu interpretieren ist.

(Beifall bei SSW und SPD)

Natürlich kann es im Einzelfall zu Überschneidungen der Angebotspalette kommen. Aus unserer Sicht ist es hierbei aber wichtig festzuhalten, dass sich die GMSH bemüht, Aufträge gerade an private Dienstleister im Architekten- und Ingenieurbereich zu vergeben, und dass die Planungen der GMSH langfristig darauf angelegt sind, die Aktivitäten und das Personal im Zuge der fallenden öffentlichen Bautätigkeit sozialverträglich zu reduzieren.

Für uns war bei der Entscheidung zugunsten einer Anstalt des öffentlichen Rechts gerade die Frage des Personals ausschlaggebend.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Finanzausschuss zu überweisen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Zur abschließenden Beratung! - Unruhe)

- Zur abschließenden Beratung an den Finanzausschuss, gut! - Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Bericht einstimmig an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 38 aufrufe, möchte ich kurz eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesord-

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

nungspunkte 24 und 41 auf die nächste Tagung zu vertagen, wobei der Wunsch besteht, zu Tagesordnungspunkt 41 vorher einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu erhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 38 auf:

Mittel- und langfristige Küstenschutzmaßnahmen sowie der Generalplan Küstenschutz

Landtagsbeschluss vom 12. Juli 2000

Drucksachen 15/198 und 15/258

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/451

Ich erteile das Wort für die Landesregierung Frau Ministerin Franzen.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen: „Der Schutz von Menschen und ihren Wohnungen durch Deiche und Sicherungswerke hat oberste Priorität.“ - Dieses Zitat ist Nummer 1 des Leitbildes für den **Küstenschutz in Schleswig-Holstein**, Mitte der Neunzigerjahre entwickelt in großer Abstimmung und mit großer Zustimmung aller Beteiligten, insbesondere an den Küsten.

Schleswig-Holstein ist - das möchte ich gern in Erinnerung rufen - ein besonderes Land, was den Küstenschutz angeht. Ein Viertel unserer Fläche mit 345.000 Einwohnern, mit einer Bruttowertschöpfung von 60 Milliarden DM im Jahr und mit 42 Milliarden DM Sachwerten liegt, was die Westküste angeht, weniger als 5 m und, was die Ostküste angeht, weniger als 3 m über dem Meeresspiegel. Das heißt, hier droht Überflutung mit allen denkbaren Folgen, wenn wir nichts dagegen tun.

Seien wir aber auch selbstbewusst! Küstenschutz in Schleswig-Holstein ist durchaus eine **Erfolgsstory**. In der jüngeren Vergangenheit - das muss man doch sagen, auch wenn ich ab 1962 rechne - hatten wir weder Menschenleben noch größere Sachverluste zu beklagen, obwohl wir erhebliche Sturmfluten hatten - 1976, 1981 und 1990, alle an der Westküste.

Wir geben für den Küstenschutz insgesamt jährlich zirka 95 Millionen DM aus, aufgliedert auf Bund, Land und EU. Eine erfreuliche Nachricht: Im ZAL-Programm werden wir bis 2006 jährlich 12 Millionen DM von der EU erhalten. Das ist mehr als bisher.

Die Details kann ich Ihnen in der Kürze der Zeit, die uns zugedacht ist, nicht schildern, sie finden sie ausführlich im Bericht, auch optisch gut dargestellt.

Ich komme zum Lieblingsthema, nicht nur des Parlaments, sondern auch innerhalb meiner Partei, wie ich bei einer Inselbereisung feststellen konnte, nämlich den alternativen, ergänzenden Maßnahmen. Gemeint sind fast immer die sandigen Küsten, die **Sandvorspülung**, auch wenn das in den Fragen nicht so drinsteht. Hier habe ich ein bisschen gelernt, dass die Kreativität und der Ideenreichtum bei den Menschen umso mehr zunimmt, je weiter sie von der Küste weg wohnen, aber das sind nicht immer die Menschen, denen wir zuerst zuhören müssen.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Die Landesregierung steht in intensiven internationalen und nationalen Kontakten. Wir lassen uns keine neueste Entwicklung entgehen und sind auch gern bereit, sie selbst umzusetzen oder zu bewerten. Forschungsgelder stehen dafür durchaus zur Verfügung. Das ist nicht das Problem.

Es gibt für mich aber eine Maßgabe und die habe ich im Sommer an der Westküste auch zur Zufriedenheit der Menschen, die da leben, verkündet. Wir werden uns für **alternative Maßnahmen** einsetzen, die besser oder vielleicht auch preiswerter sind, aber wir werden nicht gleichzeitig die soliden erprobten Maßnahmen aufgeben. Dafür ist Küstenschutz - gerade auch in Schleswig-Holstein - viel zu wichtig. Also: Nicht alternativ, sondern additiv, dazu sind wir bereit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einige kurze Worte zum **Generalplan**, der Ihnen sehr umfangreich mit Karten, Berechnungen und modernen Medien präsentierbar vorgelegt werden wird: Er wird im Moment erstellt. Wegen dieses großen Werks bitte ich auch um Verständnis dafür, dass der Bericht - für dessen Antrag ich mich beim SSW durchaus bedanke - etwas schlanker ausfällt. Er wird uns Ende dieses Jahres vorliegen. Das muss er auch. Er wird im Küstenschutzbeirat in Sondersitzungen vorgestellt werden. Er wird mit umfangreicher Beteiligung an den Küsten erörtert werden und ich würde den Bericht auch gern hier im Landtag und bei einer anschließenden Beratung im Fachausschuss vorstellen.

Küstenschutzgesetz: Erst kommt jetzt einmal der Generalplan - so groß ist meine Abteilung im Ministerium nicht, dass ich den Mitarbeitern mit allem gleichzeitig kommen kann -, danach werde ich dann - selbstverständlich in Abstimmung mit dem Kabinett - eine Entscheidung treffen. Ich habe eine große Sympathie

(Ministerin Ingrid Franzen)

für dieses gebündelte Küstenschutzgesetz. Andere Bundesländer - Hamburg und Niedersachsen - haben es nämlich schon. Ich komme zu gegebener Zeit wieder auf Sie zu.

Zum **flächenhaften Küstenschutz**: Auch das ist für uns von großer Bedeutung. Die Sicherung und Stabilität des Wattenmeeres sind Entwicklungsziele im Leitbild, das ich schon angesprochen habe. Ich hoffe, dass wir dieses wichtige Werk des Küstenschutzes in großer Einigkeit weiter parlamentarisch erörtern und auch im Fachausschuss vertiefen können.

Ich bedanke mich und schenke Ihnen eine halbe Minute.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Feddersen das Wort.

Jürgen Feddersen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rot-Grün tut sich schwer mit dem Küstenschutz.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU], Peter Jensen-Nissen [CDU] und Heinz Maurus [CDU] - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich wusste, dass das kommt. Darauf habe ich gewartet.

Die **Fortschreibung des Generalplanes Küstenschutz** ist überfällig. Das bereits von Minister Wiesen angekündigte Küstenschutzgesetz liegt bis heute nicht vor, es gibt noch nicht einmal einen Entwurf.

Auf Druck der Naturschutzverbände wird der für den Menschenschutz erforderliche Küstenschutz ganz offensichtlich aufgeweicht. Da helfen auch gut klingende Leitsätze nicht weiter.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Alles Sprechblasen!)

- Ja, warten Sie einmal ab!

Im Koalitionsvertrag ist beim Küstenschutz von ökologischen und ökonomischen Kriterien die Rede. Diese eindeutige Aufweichung wird jetzt erstmals auch in der Praxis deutlich. Die Universität Kiel untersucht im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums jetzt ganz offiziell, welche **Wirtschaftswerte** in den einzelnen Kögen vorhanden sind. Der Umweltverband WWF hat bereits vor Jahren gefordert, dass dünn besiedelte

Gebiete dem Meer zurückgegeben werden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass erhebliche Verunsicherungen bei der Bevölkerung eintreten, da die Landesregierung jetzt bei der Fortschreibung des Generalplanes Küstenschutz den Wirtschaftswert bestimmter Gebiete berücksichtigen will. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist dies ein falscher und gefährlicher Ansatz.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Unglaublich!)

Küstenschutz muss da zuerst betrieben werden, wo die **Gefährdung** am größten ist, unabhängig von den Wirtschaftswerten.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Der Schutz von Menschenleben und der Erhalt aller Heimatregionen muss höchste und alleinige Priorität haben.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt auch für die sandigen Küsten. Aufgrund der hier oft nach Stürmen nicht vorhersehbaren und damit kurzfristigen Schäden muss es künftig unabhängig von der allgemeinen Haushaltsplanung eine ausreichende Rücklage geben, die eine schnelle und wirksame Hilfe für diese Gebiete herstellt.

Küstenschutz fängt für den Bereich der Nordsee bereits im **Wattenmeer**, in der Fläche an. Die Sandbänke, Halligen und Inseln sowie die Vorländereien erfüllen hier eine wichtige Bollwerksfunktion für das Festland. Unter Rot-Grün wurde jedoch nicht ein einziger Leitdamm oder eine größere Buhne gebaut. Auch hier folgt man offensichtlich den Ansichten des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens - nämlich die Natur sich selbst zu überlassen. Die Geschichte zeigt, dass dies nicht funktionieren wird. Ohne menschliche Eingriffe wären die Insel- und Halligwelt und weite Teile des Wattenmeeres nur noch offene See.

Das Beispiel des planfestgestellten Pellwormer Dammes zeigt, dass Gutachten in Auftrag gegeben werden, die dann auch das von der Regierung erhoffte Ergebnis bringen. Das Gesamtsystem sei im Gleichgewicht, so die wissenschaftliche Feststellung. Gleichwohl wurden lokale größere Ausräumungen zwischen Pellworm und Süderoog und vor Nordstrandischmoor festgestellt. Hier wurde auf kleine lokale Maßnahmen verwiesen. Dies liegt nun auch schon zwei Jahre zurück und auf konkrete Planungen wartet man vergebens. Es passt eben nicht in die Naturschutzplanung, aktiven **Küstenschutz im Nationalpark** zu betreiben. Die Suppe wird die nächste Generation auslöffeln müssen, denn

(Jürgen Feddersen)

die Nordsee orientiert sich leider nicht an den Parteiprogrammen von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Wenn schon Stillstand im Nationalpark herrscht, so kann man wohl mindestens aktive **Küstenschutzarbeit im Vorland** erwarten. Aber auch hier ist Rot-Grün auf dem Rückzug. Die Zahl der Vorlandarbeiter wurde in den letzten zehn Jahren im Festlandsbereich und auf den Inseln erheblich reduziert, ja sogar mehr als halbiert. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die mit dem Nationalparkamt vereinbarte Erhaltung der bestehenden Vorländereien, das Vorlandmanagement, aufgrund fehlender Kräfte gar nicht zu realisieren ist.

Aktivitäten im Naturschutz: Von den 5.800 ha Salzwiesen wurden in den Neunzigerjahren rund 4.000 ha stillgelegt. Zusätzliche Kantenabbrüche durch Stilllegungen sind für jedermann offensichtlich. Auch hier fehlt das Augenmaß. Warum werden die Vorländereien nicht insgesamt extensiv beweidet? Gegenüber der früher vorhandenen intensiven Beweidung hätte die Natur einen Nutzen davon. Die Grasnarbe bliebe für den Küstenschutz ausreichend fest und Enten und Gänse erhielten so Äsungsflächen, sodass die Schäden auf landwirtschaftlich genutzten Gebieten wieder erheblich reduziert würden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Eine derartige extensive Beweidung würde auch von der örtlichen Bevölkerung akzeptiert werden, zudem sparte die Landesregierung rund 1 Million DM für die Treibsel-Abfuhr, die in dieser Höhe nur in den stillgelegten Flächen anfällt.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Eine Umkehr im Küstenschutz ist notwendig. Ich fordere die Landesregierung auf: Setzen Sie Prioritäten, schaffen Sie endlich ein Küstenschutzgesetz mit klarem Vorrang für den Küstenschutz!

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Das ist der Kompass, den wir im Sinne der Sicherheit der Menschen dringend brauchen. Dann haben Sie die nötige Orientierung, den überfälligen Generalplan Küstenschutz endlich fortzuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wilhelm Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Am Anfang möchte ich eine Bemerkung machen. Herr Feddersen, es scheint ja, als ob Sie mit gespaltener Zunge redeten - so sagen ja die Indianer. Da sagen Sie das hier so und da so. Vor etwa vier Wochen waren wir mit dem Arbeitskreis ländliche Räume der SPD auf der Insel Pellworm. Und Sie wurden explizit gefragt, wie es mit den **Deichen** aussieht. Da haben Sie uns erzählt: Hervorragend, wir haben absolut keine Klagen! Es sieht sehr gut aus! - Warum sagen Sie hier das Gegenteil?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dann seien Sie doch ehrlich und sagen, das ist in Ordnung. Liefern Sie hier nicht irgendeine Schauveranstaltung ab, sondern seien Sie ehrlich! Das ist der entscheidende Punkt.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Es geht ja gar nicht um die Deiche!)

Das Leben und die Unversehrtheit der **Menschen** sind das höchste Gut in einer Gesellschaft. Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist es wichtig, dass sich die Aktivitäten nicht nur in den eigentlichen Zentren abspielen. Die Vitalisierung der ländlichen Räume - Herr Feddersen - ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung dieser Gebiete und des gesamten Landes. Das ist nur möglich, wenn die Menschen in den Schutz und den Bestand ihres Landes Vertrauen haben. Daher müssen zirka 24 % der Landfläche von Schleswig-Holstein vor Überflutungen geschützt und in ihrem Bestand erhalten werden. Sie können und dürfen nicht als potentielles Wattenmeer gelten.

Durch Deiche, Dämme, Sperrwerke, Vorlandarbeiten zur Erhöhung der Deichsicherheit - Herr Feddersen, Vorlandarbeiten! - und Sandaufspülungen sowie Buhnen werden zirka 345.000 Menschen, 172.000 Arbeitsplätze und Sachwerte in Höhe von 94 Milliarden DM geschützt.

Der **Orkan „Anatol“** hat im Dezember 1999 eine der schwersten Sturmfluten an der Nordseeküste verursacht. Bei dieser Sturmflut haben die **Deiche** ihre **Wehrfähigkeit** unter Beweis gestellt. Herr Feddersen, sie haben gehalten! Die Sturmflut hat gezeigt, dass die erheblichen Investitionen in den Küstenschutz - seit 1962 rund 2,7 Milliarden DM - gut angelegtes Geld sind. Ohne den konsequenten Ausbau der Küstendeiche hätten katastrophale Schäden entstehen können.

Der **Generalplan Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz** in Schleswig-Holstein aus

(Wilhelm-Karl Malerius)

dem Jahre 1963 - in den Jahren 1977 und 1986 fortgeschrieben und aktualisiert - ist das technische Konzept der Küstenschutzarbeit in Schleswig-Holstein, nach dem die Küstenschutzmaßnahmen seitdem durchgeführt werden. Es sind 370 km Landesschutzdeiche verstärkt worden. Herr Feddersen, 370 km! Auch wurden die erforderlichen Sicherungsarbeiten im Watt und auf den Inseln und Halligen durchgeführt.

Die **Deichbaumaßnahmen** an der **Westküste** und an der Elbe sind nahezu fertig. Zur Vollendung der Maßnahmen des Generalplans Küstenschutz müssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe noch rund 70 km Landesschutzdeiche - davon nur noch rund 25 km an der Westküste und der an Elbe - verstärkt werden. Der Schwerpunkt der Deichbaumaßnahmen wird sich künftig an die **Ostseeküste** verlagern. Hinzu kommen die Sicherung der sandigen Küsten - Sylt -, Sicherungsdämme, Warfverstärkungen und Baumaßnahmen im Deichvorfeld.

Küstenschutz hat für uns oberste Priorität, Herr Harms, und aus diesem Grunde unterstützen wir auch die Initiative des SSW. Der erreichte **Sicherheitsstandard** im **Küstenschutz** ist so hoch wie nie zuvor. Dies bestätigen die durchgeführten Deichschau im September dieses Jahres. Die Fortschreibung des Generalplans berücksichtigt unter anderem die Probleme und die notwendigen baulichen Maßnahmen an den sandigen Küsten der Nord- und Ostsee, die Erfordernisse des flächenhaften Küstenschutzes und die Notwendigkeit eines ausreichenden Deichvorlandes vor den Landesschutzdeichen.

Zur Lösung dieser Probleme wurden in den letzten Jahren diverse **Forschungsvorhaben** und alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen durchgeführt. Die Ergebnisse und Erfahrungen wurden in den verschiedensten nationalen und internationalen Gremien - zum Beispiel im Kuratorium für Forschung im Küsteningenieurwesen, dem „North Sea Coastal Management“ und dem Beirat integriertes Küstenschutzmanagement - diskutiert, ausgetauscht und durchgeführt.

Neben der Fortsetzung der operativen Erfüllung des Generalplans sind in den letzten Jahrzehnten neue Herausforderungen deutlich geworden, denen im neu gefassten Generalplan - der erste Entwurf soll zum Jahresende vorliegen - Rechnung getragen werden muss.

Zum **Klimawandel**: Es ist inzwischen weitgehend akzeptiert, dass sich das Klima in Zukunft durch Beeinflussung der Atmosphäre erheblich ändern wird. In der Folge werden wichtige hydrographische Eingangsgrößen für die Planung im Küstenschutz - wie Sturm-

tätigkeit und Meeresspiegelniveau - ebenfalls signifikanten Änderungen unterliegen.

Offenheit und kritisches Bewusstsein der **Bevölkerung**: Die Bevölkerung verlangt zu Recht Information, Integration und **Mitwirkung** bei Planungen und Maßnahmen des Küstenschutzes. Die Bereitschaft der Küstenbewohner, bei der Bewältigung von Problemen mitzuwirken, ist in hohem Maße vorhanden. Die Mitwirkung und die Übernahme von Aufgaben des Küstenschutzes im Sinne der Deregulierung ist von den Verbänden angeboten und erklärt worden. Wir sollten diese Angebote dankbar annehmen.

Der Generalplan Küstenschutz muss mit unvermindertem Aufwand erfüllt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, bitte beachten Sie die Redezeit!

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Ich komme zum Schluss. Küstenschutz wird niemals enden und muss die vielschichtigen Interessen Dritter berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion beantragt die Überweisung an den dafür zuständigen Ausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der F.D.P. hat die Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Feddersen, ich habe einige Probleme mit Ihrer Forderung nach Umkehr beim Küstenschutz. In der Bilanz müssen wir doch feststellen: Die letzten 38 Jahre waren erfolgreich. Wir hatten keine Deichbrüche, die Deiche haben bei den schweren Sturmfluten in den Jahren bis 1990 gehalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bilanz ist gut. Ich will ganz offen sagen, dass ich keine Umkehr möchte. Ich möchte, dass die Deiche weiter halten. Ich glaube, es ist nicht sehr sinnvoll, eine Umkehr im Küstenschutz zu fordern. Ehrlich gesagt verstehe ich auch nicht ganz, warum Sie Papier einfordern - Generalplan sofort, Gesetz bitte schön gestern. Ich dachte immer, für die Küste kommt es in erster Linie auf die richtigen Maßnahmen an. Die sind

(Dr. Christel Happach-Kasan)

bis jetzt getroffen worden. Es ist in Ordnung, wie die Küste aussieht.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für uns als F.D.P. hat der **Küstenschutz** eine sehr hohe **Priorität**. Für uns ist entscheidend, was im Küstenschutz tatsächlich gemacht wird. Für uns ist entscheidend, dass die Deiche sicher sind und dass die Menschen sich sicher fühlen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Bericht der Landesregierung stellt knapp den Stand der Umsetzung des **Generalplans Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz** des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1963 dar. Dieser Plan wurde zuletzt 1986 fortgeschrieben. 24 % der Fläche Schleswig-Holsteins sind potentiell überflutungsgefährdet. Daher ist es nur zu verständlich, dass selbst der bloße Anschein der Vernachlässigung des Küstenschutzes für erhöhte Aufmerksamkeit bei den Menschen an der Westküste sorgt.

Zu Recht wurde der **Küstenschutz** bei der Novellierung des **Nationalparkgesetzes** berücksichtigt. Es besteht bei den Menschen der Verdacht, dass Belange des Küstenschutzes bei der Verfolgung von Zielen des Naturschutzes vernachlässigt werden könnten. Es gibt solche grünen Träumereien, die die Menschen beunruhigen, deren Sicherheit von der Sicherheit der Deiche abhängt. Gleichwohl meine ich, dass in diesem Hause ein Konsens darüber besteht, dass die Notwendigkeit eines umfassenden Küstenschutzes nicht infrage steht.

Frau Ministerin Franzen hat die positive Bilanz des Küstenschutzes gezogen. Ich will sie nicht wiederholen. Es bleibt die Frage, wie es weitergeht. Es soll ein neuer **Generalplan Küstenschutz** aufgestellt werden. Die Landesregierung überlegt, ein eigenes **Küstenschutzgesetz** - analog zu den Gesetzen in Niedersachsen und Hamburg - vorzulegen. Die F.D.P. steht diesem Vorhaben aufgeschlossen gegenüber.

(Beifall bei der F.D.P. - und vereinzelt bei der SPD)

Die Qualität eines neuen Generalplans - wie auch die eines Küstenschutzgesetzes - hängt davon ab, wie sorgfältig die **Grundlagen** erarbeitet werden und wie kritisch die bestehende **Praxis** bewertet wird. Dabei darf es nach Auffassung der F.D.P. keine Tabus geben. Bei der Erarbeitung eines neuen Generalplans wird auch zu entscheiden sein, ob das ursprüngliche Vorhaben des Baus eines Damms zur Insel Pellworm aus Gründen des Küstenschutzes wieder aufzunehmen ist. Herr Kollege Feddersen, Sie haben das angesprochen. Dabei wird sehr genau beobachtet werden müssen, wie

sich Süderaue und Norderhever verhalten, ob das Zusammenfließen beider Ströme solche Einflüsse hat, dass ein Damm erforderlich wird. Man kann dann auch nicht sagen: Das Nationalparkgesetz steht dem entgegen.

Die verschiedenen Versuche zur Verbesserung des Küstenschutzes der Insel **Sylt** haben sehr deutlich gemacht, dass mit neuen und alten Methoden des Küstenschutzes sehr viel Geld nicht nur für Küstenschutz ausgegeben, sondern auch in den Sand gesetzt werden kann. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es ist aber auch offensichtlich, dass eine optimale Methode zur Sicherung der Insel noch nicht gefunden ist. Weitere Versuche, von denen einige natürlich auch fehlschlagen können, sind erforderlich.

(Beifall beim SSW)

Die Berichte von den Deichschauern in Dithmarschen zeigen, dass sich die Problemlagen geändert haben. Nicht das Wasser vor dem Deich ist das Problem, sondern das Wasser hinter dem **Deich**. Die Probleme der starken Regenfälle im Herbst 1998 haben wir hier diskutiert. Das Wasser fließt nicht mehr aus dem Hinterland ab, weil die starke Sedimentation die Priele versanden lässt. Das Ausbaggern der Priele ist enorm teuer und auf Dauer keine Lösung. Es sind neue Maßnahmen erforderlich.

Nur eines ist sicher: Man kann nicht alles so lassen, wie es ist. Früher ist in dieser Situation eingedeicht worden, jetzt werden **Schöpfwerke** diskutiert. Beide Lösungen sind auf ihre Vor- und Nachteile hin zu überdenken. Die Bestimmungen des Nationalparkgesetzes dürfen kein Hindernis sein, langfristig zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Kollege Feddersen hat die Situation der **Vorländereien** angesprochen. Ich bin der Auffassung, dass wir diese nicht punktuell betrachten können. Je nach Blickwinkel desjenigen, der einen Besucher an der Westküste führt, werden einmal die Abbruchkanten gezeigt, das andere Mal wird der Aufwuchs der Vorländereien gezeigt. Beide Male wird gesagt: Die Ursache liegt in der mangelnden Schafbeweidung. Ich glaube, dass wir eine umfassende Sicht der Dinge haben müssen, und ich glaube, dass im Nationalparkamt auch entsprechende Daten vorliegen. Ich hoffe, dass sie uns einmal vorgestellt werden.

Frau Ministerin Franzen, zum Schluss eine Frage: In den „Husumer Nachrichten“ wird berichtet, dass die Deiche in den Niederlanden zehnmal sicherer seien als unsere. Dies ist vom Leiter des Amtes für ländliche Räume so dargestellt worden. Ich möchte von Ihnen gern wissen, was „zehnmal sicherere Deiche“ heißt,

(Dr. Christel Happach-Kasan)

ob die Situation vergleichbar ist, wie diese Aussage zu bewerten ist und was wir tun müssen, damit unsere Deiche auch so sicher werden.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rainer Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Franzen, zunächst noch einmal von unserer Seite herzlichen Dank für den Bericht, für Ihr Engagement und auch für die Bereitschaft und die Ankündigung, hier über den **Generalplan Küstenschutz**, der erstellt werden soll, zu diskutieren. Denn es ist sicherlich genauso wichtig wie die heutige Debatte, dass wir diesem für ein Land zwischen den Meeren sehr zentralen Plan ausreichend Zeit widmen und diese Debatte führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Frau Ministerin Franzen, Sie haben sich mit Ihren Erklärungen heute, aber auch in der Vergangenheit in die Tradition Ihrer Amtsvorgänger gestellt, die sich seit 1962, und zwar parteiübergreifend - das sage ich hier sehr deutlich dafür eingesetzt haben, dass in diesem Land die Menschen eben nicht Angst haben müssen, sondern dass die **Deiche** sicher sind.

Herr Feddersen, ich sage das bezogen auf Ihren Beitrag: Ich habe kein Verständnis dafür, dass dieses für unser Land Schleswig-Holstein so wichtige Thema hier so behandelt wird, als stünden Landtagswahlen kurz vor der Tür.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gerade dieses Thema Sicherheit an unseren Küsten ist kein Thema, mit dem man lieb gewordene Feindbilder pflegen kann, die mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun haben. Die Ministerin hat den **Vorrang des Küstenschutzes** erklärt, alle Parteien - auch die Grünen in diesem Haus - haben sich gerade auch in der Nationalparkdebatte zu diesem für die Menschen in diesem Land wichtigen Thema eindeutig verhalten. Ich bekräftige das hier noch einmal.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich, diese Debatte von Ihrer Seite aus zu versachlichen, sie nicht zu emotionalisieren und keine Ängste zu schüren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

Wir brauchen - auch das ist deutlich hervorzuheben - an dieser Stelle **Tradition**, aber auch **Innovation**. Frau Happach-Kasan hat das ebenfalls angesprochen: Gerade die Situation auf Sylt zeigt natürlich die Notwendigkeit zu handeln, aber ich persönlich stehe nicht auf dem Standpunkt, dass wir dazu schon den Stein der Weisen gefunden haben. Es geht darum, Sicherheit herzustellen, aber auch ein Optimum an neuen technischen Möglichkeiten, an Innovation sowie darum, ein reales Verhältnis zu den von der Gesellschaft dafür eingesetzten Mitteln hinzubekommen. Dazu ist **Forschung** nötig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag waren ja vor einigen Wochen in England und in Schottland. Dort - gerade in Schottland - ist uns sehr deutlich geworden, dass Coastal-Management eine große Rolle spielt. Ich glaube, diese Frage der Sicherheit unserer Küsten ist eine Frage, die über die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit hinaus ein wichtiges Thema der **Nordseekooperation** werden kann und werden muss. Hier bieten sich Möglichkeiten, hier gibt es Erfahrungen in anderen Räumen. Ich glaube, Frau Ministerin, diese Erfahrungen einer Zusammenarbeit - gerade auch mit den Engländern sowie natürlich mit den Holländern -, wie man Küstenmanagement und Küstensicherheit zusammenbinden kann, ist wichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Eine letzte Bemerkung kann ich Ihnen auf der rechten Seite denn doch nicht ersparen: Wenn Küstenschutz natürlich nicht Reparatur sein kann, sondern Prävention, Vorbeugung sein muss, dann spielt - wie es auch Herr Malerius gesagt hat - der **Klimaschutz** eine wichtige Rolle.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Wir sind in einer Situation, in der wir uns Gedanken machen müssen, dass gerade wir in Schleswig-Holstein - wir sind sicherlich nicht so zentral betroffen wie einige Südseeinseln; auch das muss man sagen -

(Rainer Steenblock)

als Land zwischen den Meeren von diesen Veränderungen extrem betroffen sind, die sich global abspielen. Deshalb müssen wir ein großes Interesse daran haben, gerade den Ausstoß von **CO₂** zu reduzieren. Das heißt, eine andere Verkehrspolitik, eine andere Energiepolitik sind Voraussetzungen dafür, dass wir hier in diesem Land auch zukünftig Sicherheit hinter den Deichen haben werden. Aus diesem Grund bitte ich Sie, in Zukunft bei diesen Debatten nicht auch hier alte Feindbilder zu pflegen. Wir haben ein gemeinsames Interesse an Innovation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns dürfte allen klar sein, dass der **Küstenschutz** für Schleswig-Holstein von existentieller Bedeutung ist. Hintergrund unseres Berichtsantrages ist der Schutz der Menschen, aber auch der Hinweis auf die knappen Ressourcen und die regelmäßigen öffentlichen Diskussionen, ob finanzielle Aufwendungen für Küstenschutzmaßnahmen unbedingt notwendig sind. Immerhin haben die Maßnahmen im Küstenschutz seit 1962 fast 2,7 Milliarden DM gekostet. Ich möchte hier keine Bewertung dessen vornehmen, sondern feststellen, dass Küstenschutz auch zunehmend unter finanziellen Gesichtspunkten gesehen wird.

Hier meine ich, dass wir unbedingt **alternative Küstenschutzformen** näher in Betracht ziehen müssen, da diese möglicherweise auch preiswerter sein können. In einem Naturversuch - wie der Bericht ausführt - mit einer **Riffaufspülung** vor Sylt wurde deutlich, dass solche Maßnahmen a) preiswerter sind als herkömmliche Küstenschutzmaßnahmen und b) zu einer Verlängerung der Verweildauer der Sandaufspülungen führen können.

Aber auch die Versuche mit **Sanddrainage** in Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass auch zu dieser Alternative Erkenntnisse schon vorhanden sind. Gleichwohl wird im Bericht angemerkt, dass es zumindest hier vor Ort keine Versuche an einer Tideküste in Schleswig-Holstein gab und somit die Ergebnisse aus Mecklenburg-Vorpommern möglicherweise nicht ohne weiteres übertragbar sind.

Bisher wurde in Schleswig-Holstein nur Literaturrecherche betrieben. Ich möchte hierzu anmerken, dass es - natürlich! - in Dänemark erste Erkenntnisse mit

Drainageanlagen gibt und dass es die Möglichkeit gibt, diese auch vor Ort zu besuchen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut!)

Dort scheint es wirklich hoffnungsvolle Ansätze zu geben, die wir vielleicht auch für uns in Schleswig-Holstein nutzen können.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Guter Ansatz!)

Dass die Landesregierung offen für neue und effiziente Methoden ist - wie der Bericht beschreibt und wie Frau Ministerin Franzen es eben noch einmal verdeutlicht hat -, wird vom SSW sehr begrüßt. Auch dass an den traditionellen Methoden festgehalten wird, solange die Alternativen nicht erprobt und bestätigt sind, wird von uns voll unterstützt.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dies bedeutet allerdings auch, dass wir die **Forschung**, die Erprobung und die wissenschaftliche Begleitung von alternativen Küstenschutzprojekten nun initiieren und durchführen müssen, um in Zukunft überhaupt Alternativen zu haben. Hier sieht der SSW nicht nur eine Pflichtaufgabe des Landes Schleswig-Holstein, sondern auch eine Chance für das Land, in der Küstenschutztechnik eine Vorreiterrolle spielen zu können. Weltweit gibt es hier genügend wirtschaftliche Potentiale, die wir nicht unterschätzen sollten; andere exportieren inzwischen solche Techniken.

(Beifall beim SSW)

Noch ist der Bericht relativ dünn, aber es besteht die Chance für die Landesregierung, hier richtige Pionierarbeit zu leisten. Wenn zum Jahresende ein erster Entwurf für den neuen **Generalplan Küstenschutz** vorgelegt wird, müssen darin schon die Grundlagen für künftige alternative Küstenschutzmaßnahmen gelegt werden. Es darf nicht nur darum gehen, Finanzmittel bereitzustellen - obwohl ich für die Aussage, dass Forschungsmittel bereitstehen, natürlich dankbar bin -, sondern es muss auch genau festgelegt werden, wo und nach welchen Kriterien alternative Küstenschutzmaßnahmen erprobt werden sollen. Darüber hinaus sollte der Plan auch die Möglichkeit beinhalten, anstelle der traditionellen Küstenschutzmaßnahmen oder als Ergänzung oder als Ersatz in späteren Jahren alternative Küstenschutzmaßnahmen einzusetzen. Hier müssen jetzt die Weichen in Richtung Zukunft gestellt werden.

Zu guter Letzt noch ein Satz zum Thema **Küstenschutzgesetz!** Wie dem Bericht zu entnehmen ist, stellen Sie, Frau Ministerin Franzen, Überlegungen über ein eigenständiges Küstenschutzgesetz an. Wir sind der Meinung, dass ein Küstenschutzgesetz für Schleswig-Holstein seit langem überfällig ist. Ein

(Lars Harms)

solches Gesetz würde der Bedeutung des Küstenschutzes in unserem Land nur gerecht werden.

Wir empfehlen ebenfalls die Überweisung des Berichts an den Agrarausschuss und regen an, eine Anhörung zum Thema alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen durchzuführen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Günter Neugebauer [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer der Überweisung an den Agrarausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Situation und Entwicklung der Fischerei in Nord- und Ostsee sowie der Binnen- und Teichfischerei

Landtagsbeschluss vom 14. Juli 2000
Drucksache 15/140

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/452

Ich erteile der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus das Wort. Bitte Frau Franzen, Sie haben das Wort.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gemeinsame **Fischereipolitik der Europäischen Union** ist ein eigenständiger Politikbereich mit hoher Regelungs- und Kontrolldichte. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass mir das so nicht bewusst gewesen ist, bis wir diesen dankenswert ausführlichen Bericht vorgelegt bekommen haben. Dagegen ist die Regelungs- und Kontrolldichte in der Landwirtschaft gegenüber dem, was wir in der Fischerei erleben, ertragbar.

Trotzdem sind wir wild entschlossen und als Land Schleswig-Holstein auch dabei, die Gestaltungsräume, die wir für **nationale Fischereipolitik** haben, regional-spezifisch und kreativ zu nutzen. Die Fischerei hat eine große ökonomische Bedeutung: 1,3 Milliarden DM Umsatz im Jahr in Schleswig-Holstein. Sie hat eine ökologische Bedeutung. Nachhaltige, naturverträgliche Fischerei in gewachsenen Familienbetrieben prägen unsere Region. Wir haben in Schleswig-Holstein etwa zwei Drittel der Kutter- und Küstenfischerei Deutschlands mit über 300 Motorschiffbooten und 800 Booten von Haupt- und Nebenerwerbsfischern. Wir sind da sehr leistungsstark. Allerdings ist bedauerlich, dass unsere Flotte zunehmend

darunter leidet, wegen restriktiver Vorgaben der EU zu veraltern. Da haben wir echte Sorgen.

Die EU-Politik, die hier zuständig ist, hat es leider in den letzten zehn Jahren nicht geschafft, die nachhaltige Nutzung der wichtigen Fischbestände zu lösen, und versucht daher, dies durch drastische **Flottenreduktion** hinzubekommen. Die Landesregierung wehrt sich auf allen Ebenen dagegen, dass wir kollektiv dafür bestraft werden sollen, dass die notwendigen Neubauten nicht geschehen sind. Wir sind dafür, dass unsere Flotte die Quotenvorgaben der EU einhalten können muss und Zukunftsinvestitionen auch für unseren Nachwuchs möglich sind.

Sie haben mich aufgefordert - und damit spreche ich die fischereipolitischen Sprecher aller Fraktionen an, anlässlich der Demonstrationen wegen der Öl- und Gaspreise, bei denen die Fischerei zahlreich vertreten war -, mich an den zuständigen Fachminister zu wenden. Das habe ich - wie Sie heute erfahren haben - umfangreich getan. Ich habe nicht die Zeit, zu der **Dorschquote** Stellung zu nehmen, obwohl ich dazu große Lust hätte. Ich muss Sie auf den Brief verweisen und will Ihnen signalisieren, dass wir Seite an Seite mit den Fischern und auch mit allen Parlamentariern laufen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Es geht nicht nur darum, Fische zu fangen, es geht auch darum, die **Vermarktung** zu verstärken. Hier sind wir gar nicht schlecht. Zwei Beispiele: An der Ostsee vermarktet eine leistungsstarke Erzeugerorganisation, die Kutterfischgroßhandels GmbH, 10.000 t Frischfisch zentral. Die Leiterin ist eine Frau. Das muss man bei den Fischern einmal sagen: eine wirklich tolle Frau, Frau Flindt.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

An der Westküste ist es auch gelungen, Erzeugerorganisationen für **Frischfisch** und vier leistungsstarke Organisationen für **Krabben** und eine für **Muscheln** zu gründen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr lecker!)

Sie wissen, dass das nicht einfach ist.

Noch zwei erfreuliche Nachrichten: Der **Fisch** wird immer beliebter bei den Verbrauchern. Das ist gut für unseren Markt. Auch das - das kann man gern für den Dorsch sagen - wird immer gern verschwiegen. Die Krabbenfischer haben es hinbekommen, durch Fangbeschränkungen und internationale Absprachen ein gutes Jahr zu haben. Wenn die Krabbenfischer sagen, sie sind zufrieden, dann nehme ich an, dass es ihnen

(Ministerin Ingrid Franzen)

sehr gut geht. Das war überall nachzulesen. Das soll die Fischereiministerin freuen.

Ich muss blättern, weil ich nur noch eine Minute Zeit habe. - Wir haben von 1994 bis 1999 74,7 Millionen DM zur strukturellen Anpassung der Fischereibetriebe und der Fischereiverarbeitung gehabt. Damit haben wir eine Menge tun können. Wir gehen davon aus, dass die **Anschlussförderprogramme** der EU, des Bundes und des Landes nach unserer heutigen Einschätzung auch weiterhelfen können.

Auf **Kormorane** und andere hübsche Themen kann ich heute nicht eingehen. Man kann unsere Position dazu nachlesen. Ich werde mich selbstverständlich dieser Diskussion weiterhin gern stellen.

Ich hoffe, dass wir im **Fachausschuss** intensiv weiterberaten und vielleicht auch - wenn ich mir die Anregung als Regierungsmitglied erlauben darf; ich habe schon ein bisschen Neugierde der Fischer an der Ost- und Westküste festgestellt - die Verbände zu einer **Anhörung** einladen können. Es wäre einmal etwas Neues, im parlamentarischen Verfahren seine eigenen Sorgen und seine eigene Situation darstellen zu können.

Ich wiederhole meine Einladung - ich denke allerdings, dass wir das aufgrund des Wetters auf das Frühjahr verschieben sollten - an den Facharbeitskreis und interessierte Mitglieder, eine Bereisung mit der Fischereiaufsicht meines Hauses zu machen.

(Lothar Hay [SPD]: Geht es mit dem Schiff?
- Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klaus Klinckhamer.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Bericht über die Fischerei erhalten. Ich darf mich dafür im Namen meiner Fraktion recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun auf die einzelnen Teile des Berichts zu sprechen. Zunächst zur **Vermarktung**: Trotz Erfolge in der Erzeugerorganisation ist es in einigen Bereichen immer noch unbefriedigend. Im Sinne der Marktordnung der EU müssen Erzeugerorganisationen mindestens 15 % der Gesamtanlandung erreichen, um als repräsentativ zu gelten, das heißt, nur dann erfolgt die entsprechende Förderung.

Wir wissen, dass einige Erzeugerorganisationen gerade einmal dieses Ziel erreichen. Also muss hier noch erhebliche Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit eine weitere Bündelung des Angebotes erfolgt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Den Alleingang der Maasholmer Fischereigenossenschaft will ich hier nicht bewerten. Ob dieser Weg allerdings richtig ist, muss sich erst noch erweisen. Im Sinne der Zusammenarbeit an der Ostsee scheint dies jedoch zweifelhaft zu sein.

Die unbefriedigende **Dorschquote** in der Ostsee ist ja leider Anfang September in Tallinn für 2001 neu festgesetzt worden. Das ist gegen den Wunsch der Fischerei erfolgt, die eine Aufstockung der Quote gefordert hatte. Dennoch müssen wir versuchen, unsere Fischerei in der Sache weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Günther Hildebrand [F.D.P.]

Dies ist auch der Grund für ein gemeinsames Schreiben aller Fraktionen im Landtag, das Sie, Frau Ministerin, angesprochen haben, mit der Bitte, einen Versuch zu unternehmen, unserer Fischerei zu helfen.

In dieser Situation darf die Politik unsere Fischer nicht allein lassen.

(Zurufe von der CDU: So ist es! - Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Günther Hildebrand [F.D.P.]

Das Problem der **Ausflaggung** ist weiterhin ungelöst. Die Wertschöpfung findet dadurch nicht mehr in Schleswig-Holstein, sondern in Holland statt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Dieser unhaltbare Zustand muss geändert werden. Wir erwarten, dass die Landesregierung beim Bund tätig wird und die an die Kutter gebundene Fangquote unserer Region zugute kommt!

(Beifall bei der CDU)

Bei all den Maßnahmen wie **Offshore-Windpark** und Fehmarnbeltquerung müssen auch die Interessen der Fischerei berücksichtigt werden.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja!)

Meine persönliche Meinung zu Offshore-Windparks ist ganz eindeutig: Sie haben im Interesse von Tourismus und Fischerei vor unserer Küste nichts zu suchen.

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

(Klaus Klinckhamer)

Die **Munitionsfunde** sind nach wie vor ein hohes Risiko.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Einstellung der Entschädigung ist nicht verantwortbar. Es muss sichergestellt werden, dass Munitionsfunde sachgerecht geborgen und entsorgt werden und nicht möglicherweise wieder in die See zurückkehren. Man soll bekanntlich nicht so lange warten, bis ein Unfall geschehen ist, denn die Munition wird durch die fortschreitende Korrosion immer gefährlicher.

Wir verlangen, dass im Rahmen gemeinsamer Fischereipolitik die **Gammelfischerei** deutlich zurückgefahren und womöglich ganz eingestellt wird.

(Beifall bei der CDU)

Das Verbot der Industriefischerei schon in den Siebzigerjahren hat das Problem nicht im Geringsten gelöst, sondern den Dänen und Schweden wurde im Gegenteil das Feld für deren bis heute praktizierte Gammelfischerei frei gemacht. Wir können diese Fischerei in diesem Umfang nicht gutheißen: Von 1,4 Millionen t gehen 900.000 t - das heißt fast zwei Drittel aus der gesamten Gammelfischerei - in die Industrieverwertung.

Die **Krabbenfischerei** hat von Jahr zu Jahr sehr unterschiedliche Ergebnisse. Zurzeit ist der Ertrag positiv zu bewerten. Das Entscheidende ist aber, dass holländische Firmen über 70 % der Fänge an sich gebunden haben. Dies ist somit der marktbestimmende Faktor. Damit haben die Holländer auf diesem Sektor auch die Preisgestaltung in der Hand. Auch dies trägt nicht zur optimalen Wertschöpfung in unserem Lande bei.

Für die **Muschelfischerei** ist zwar Sicherheit bis 2016 gegeben. Was dann kommt, ist allerdings offen. Dies kann dazu führen, dass künftige Investitionen in langlebige Güter zurückgeführt oder gar nicht durchgeführt werden.

Nun einige Worte zu den **Binnenfischern!** Das Auslaufen der Ausgleichszahlungen für Kormoranschäden in der Binnenfischerei im Jahre 2002 ist sehr kritisch zu bewerten und nicht hinzunehmen;

(Beifall bei der CDU)

denn diese Schäden wird es auch weiterhin geben. Daher ist es nur recht und billig, dass das Land sich am Schadensausgleich beteiligt.

Große Probleme bereiten den Fischern die drastisch gestiegenen Dieselmotorkosten. Zirka 10 % des Umsatzes entfielen auf **Treibstoffkosten**. Diese Kosten sind auf

20 bis 30 % gestiegen. Hier darf man die Fischerei nicht allein lassen. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen muss ihr geholfen werden. Wir wollen, dass die Fischerei weiterhin ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Schleswig-Holstein bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Die Fischerei ist ein Stück Identität unseres Landes. Wir alle sollten gemeinsam ein Interesse daran haben, dass unsere Fischerei erhalten bleibt.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident. - Die Politik muss den dafür nötigen Rahmen setzen und sich auf die veränderte Entwicklung einstellen. Die **Fischerei** muss wieder in die Lage versetzt werden, durch ihre Arbeit ihre **Existenz** zu sichern. Sie braucht zwar weiterhin öffentliche Förderung, aber letztendlich sind die Fischereibedingungen auf See entscheidend.

(Glocke des Präsidenten)

Künftig sollte nicht nur die Wissenschaft die Bedingungen für die Fischerei festlegen. Die Fischerei sollte in **Eigenverantwortung** stärker mit eingebunden werden. Ich denke, dann werden wir auch zufriedene Fischer mit einem besseren Einkommen bekommen. Daran sollte uns allen gelegen sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir - Parlament und Regierung - sollten durch unser Handeln den Fischern den Eindruck vermitteln, dass wir alle gemeinsam in einem Boot sitzen - zum Wohle der Fischerei und unseres Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Gerhard Poppendiecker das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir dieses Thema in der Fraktion beschnackt haben, hieß es, eigentlich sei das Thema viel zu wichtig, als dass man damit in fünf Minuten klarkommen könne.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich geahnt hätte, dass mein Vorredner glatt acht Minuten in Anspruch nimmt, hätte ich mich natürlich auch auf acht Minuten vorbereitet. Da heute aber alle

(Gerhard Poppendiecker)

nach Hause wollen, werde ich es ein bisschen kürzer machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Ministerin, erst einmal einen herzlichen Dank an Ihr Haus, zum einen für die hervorragende Arbeit und zum zweiten auch für die sehr schnelle Arbeit. Man sollte gar nicht „denkern“,

(Heiterkeit)

wie gut solche Dinge manchmal funktionieren. Dafür, wie gesagt, herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und SSW sowie vereinzelt bei der CDU)

Die **Fischerei** in unserem Land kämpft eigentlich mit zwei Problemen. Zum einen ist hier die **Europäische Union** zu nennen, die einen riesengroßen bürokratischen Aufwand betreibt und die Fischerei ständig mit neuen Erlassen, Vorschriften, Kontrollen, Regelungen, Überwachungen und solchen Dingen überschwemmt. Inzwischen ist es so, dass man weniger Zeit hat, Netze auszuwerfen und Fische zu fangen. Man braucht viel mehr Zeit, um all die Formulare auszufüllen, die man benötigt, um fischen zu dürfen.

Das zweite Problem ist die **Quote**. Damit haben wir - wie mein Vorredner und auch die Ministerin bereits gesagt haben - Riesenprobleme. Auch für mich, auch für uns ist es wirklich ein Problem, auf der einen Seite zu wissen, dass wir beim Dorsch eine Quotenregelung - 12.900 t - haben, während auf der anderen Seite, liebe Anke, unser nördlicher Nachbar Dänemark immer noch 800.000 t Gammelfisch wegholt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer weiß, dass diese Gammelfischerei mit Gardinennetzen betrieben wird, dass also alles an Nachwuchs vernichtet wird, was eigentlich für die Frischfischerei gedacht ist, erkennt, dass dies ein Unding ist.

(Zuruf von der F.D.P.: Unglaublich!)

Ich denke, hier haben wir noch sehr viel zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier hat das Land auf den Bund mit der Zielrichtung Europa einzuwirken. Interessant ist, dass dies ein Punkt ist, bei dem das **Land** eigentlich fein heraus ist. Die Zuständigkeiten auf der nächsten Ebene liegen zuerst beim **Bund** und dann, wie gesagt, in **Europa**. Ich denke, dass es wichtig ist, diese Probleme zu lösen.

Liebe Frau Ministerin, Sie haben einen kleinen Hoffnungsschimmer erkennen lassen, indem Sie gesagt

haben, dass die **Dorschquote** möglicherweise ein kleines bisschen erhöht wird.

Auch die **Flotte** ist angesprochen. Die Bürokraten in Europa haben genau festgelegt, wie groß unsere Flotte sein darf. Für mich ist es immer unverständlich, dass diese Vorgabe bei uns in Deutschland wirklich hundertprozentig erfüllt wird, während die Vorgabe in anderen Ländern - in Spanien, in Portugal, zum Teil in Großbritannien; Holland lasse ich einmal völlig außen vor; die Seeräuber der Fischerei bleiben völlig außen vor - nicht erfüllt wird. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn es zu einem weiteren Abbau unserer Flotte kommt, sind wir an dem Punkt angelangt, darüber reden zu müssen, ob es sich noch lohnt, Genossenschaften zu unterhalten, oder ob wir sagen: Wir verabschieden uns völlig von unserer Flotte und von unserer Fischerei. Das aber kann es nicht sein.

Nun zu den **Munitionsfängen**. Das ist ein heißes Thema. Ich habe Anfang Oktober gerade einen Bescheid aus dem Bundesverkehrsministerium bekommen. 1996 wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gesagt, dass Munitionsfunde nicht mehr entschädigt werden. Was passiert? Der Fischer findet Munitionsreste in seinem Netz und wirft sie über Bord, um eben nicht mit diesem Fund an Land zu kommen und dann die ganzen Kosten tragen zu müssen. Das heißt: Säuberung des Kutters, Vernichtung des Fanges, Vernichtung des Netzes. All diese Dinge dürfen nicht sein. Wir werden, wie ich denke, wenn der Fischereiabend stattfindet, noch einmal gemeinsam auf diese Probleme hinweisen und unsere Forderungen in der genannten Hinsicht deutlich artikulieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich hätte natürlich - ich verkneife mir das jetzt aber - gern noch etwas zum Kormoran gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies ist ein Punkt, den wir einmal gesondert behandeln werden. Mir hat mein Kollege Bernd Schröder eben gesagt: Die Nächsten, die vor dem Landeshaus demonstrieren, werden die Kormorane sein. Ich werde dann gern mit ihnen reden und ihnen sagen, dass sie zu verschwinden haben.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier an dieser Stelle die Bitte äußern, dass wir - wie bei unserem gemeinsamen Schreiben an die Ministerin - auch in Zukunft gemeinsam **Fischereipolitik** betreiben. Fischereipolitik ist keine Parteipolitik. Nur dann, lieber Peter Jensen-Nissen, kommen wir dahin, wohin wir wollen, zum Erhalt unserer Binnen- sowie Nord-

(Gerhard Poppendiecker)

und Ostseefischerei in Schleswig-Holstein. Ich schließe mit den Worten: Petri Heil und guten Urlaub!

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zumindest dem letzten Wunsch wird sich das Präsidium nachher gern anschließen. Zunächst ist allerdings der Tagesordnungspunkt noch zu Ende zu bringen.

Ich erteile jetzt für die F.D.P.-Fraktion Frau Abgeordneter Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Dank an das Ministerium für diesen **Bericht** schließe ich mich gern an. Er ist gut gearbeitet, knapp gehalten, Leerformeln - wie im Bericht zur GMSH - gibt es nicht. Mit diesem Bericht kann man tatsächlich arbeiten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Lieber Herr Kollege Poppendiecker, wenn wir denn bei den Gemeinsamkeiten sind, will ich Folgendes sagen. Ich finde, du konntest auch einmal dafür werben, dass auch die SPD-Fraktion klatscht, wenn Ministerin Franzen erwähnt, dass die beste Marketingaktion im Bereich der Ostküste in den Händen von Frau Flindt liegt. Ich finde, sie hat ein Dankeschön dieses Hauses verdient.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Ich habe geklatscht! - Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- Mocht se nich!

Fischer sind vom Aussterben bedroht. Aus anderen Beiträgen haben wir es gehört: Kormorane sind nicht vom Aussterben bedroht. Die Flotte ist überaltert, die Fangquoten sind zu niedrig, die Einschränkungen der Fanggebiete zu weitgehend und das Regelwerk ist ein so dicht geknüpftes Netz, wie schleswig-holsteinische Fischer es niemals zum Fischfang verwenden würden. Mit anderen Worten: Die Aussichten sind nicht eben rosig. Dabei besteht hier im Land Einigkeit, dass für das Ferienland Schleswig-Holstein der Erhalt der Fischerei ein „Muss“ ist.

Die **Fangquotenaufteilung** ist auf der Basis des Referenzjahres 1982 bis zum Jahr 2002 festgeschrieben. Durch die deutsche Einheit haben sich Voraussetzungen geändert, die bei einer Neuverhandlung der Fangquoten berücksichtigt werden müssen. Die Landesregierung ist gefordert, dies gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern in Berlin vorzutragen.

Die Fischereiflotte ist überaltert. Eine Ursache ist das **Kapazitätsabbauprogramm** der EU. Wenn Abwrackprämien gezahlt werden, werden Neubauten nicht gefördert.

Geringe **Fangquoten** für den **Dorsch**, die teilweise schon in der Jahresmitte ausgefischt sind, mindern die Bereitschaft, in Neubauten zu investieren. Dies ist ökonomisch durchaus nachvollziehbar. Gleichzeitig ist jedoch feststellbar, dass Fischer aus anderen EU-Ländern mit den gegebenen Rahmenbedingungen besser fertig werden. Ich glaube, an diesem Punkt müssen wir ansetzen. Was andere Fischer können - davon gehe ich aus -, können auch unsere Fischer. Wir müssen überprüfen, woran es liegt, dass die Niederländer in weiten Bereichen erfolgreicher sind als wir.

Die Höhe der Dorschquote ist in nahezu jeder Fischereidebatte ein Thema. Sie muss sich nach dem Bestand richten und darf nicht politisch oder gemäß den Wünschen einer Interessengruppe bestimmt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Ziel ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände.

Der Dorschbestand der mittleren und östlichen Ostsee ist sowohl durch Übernutzung wie auch durch Mangel an sauerstoffreichem Tiefenwasser gefährdet.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Und durch die Dänen!)

Ursache dafür ist die Verschmutzung der Ostsee. - Tut mir Leid, Kollege Garg! Die Dänen kommen jetzt dran.

Angesichts der Überfischung der Fischbestände, die eine wesentliche Ursache für die geringen Erträge der Fischer ist, ist das seit den Siebzigerjahren in Schleswig-Holstein bestehende **Verbot der Gammelfischerei** sinnvoll. Der Einsatz von Staubsaugernetzen ist verboten und das ist gut so.

(Beifall bei F.D.P., SPD, CDU und SSW)

Nur so kann die Fischbrut geschützt werden. Ich freue mich über den Beifall beim SSW. Ich würde mir sehr wünschen, liebe Anke, wenn der SSW bei den dänischen Nachbarn im Norden noch einmal versuchen würde -

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

nicht nur bei den Dänen, sondern - bitte schön - auch bei den Schweden -, darauf zu drängen, dass von der

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Gammelfischerei Abstand genommen wird. In einem so kleinen Meer wie der Ostsee ist Gammelfischerei - wie im Übrigen in allen anderen Meeren auch - nicht sinnvoll. Ein Verbot liegt im Übrigen auch im Interesse der Fischerei, denn wir wollen eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Krabbenfischerei** hat weitgehend gute Erträge und wenige Probleme. Sie ist einer der wenigen Lichtblicke im Bericht. Allerdings sollte das Projekt des Einsatzes von Krabbenschälmaschinen weiter verfolgt werden, um die Wertschöpfung im Land zu halten. Es macht auch wenig Sinn, sich über die Oligopole von Wettbewerbern zu beschweren, ohne die Chance für die Stärkung der eigenen Vermarktungswege zu nutzen.

Frau Ministerin Franzen, ich bin dankbar, dass Sie den **fischereibiologischen Lehrstuhl** an der **Universität Kiel** angesprochen haben. Wir müssen ihn unbedingt erhalten. Es ist der Letzte, den wir in Deutschland überhaupt noch haben.

Die Landesregierung erkennt in diesem Bericht ausdrücklich an, dass durch **Kormorane** fischereiliche Schäden entstehen. Nach Beendigung der dreijährigen Erprobungsphase der Eckpunkte zur Minimierung der Auswirkungen von Kormoranfraßschäden sollte eine Bewertung der Maßnahme erfolgen. Das in der letzten Legislaturperiode groß verkündete Projekt der Hegepläne dümpelt weiter dahin. Es geht offensichtlich auch ohne Hegepläne.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die Ferienpause naht. Sie ist aber noch nicht ganz erreicht. Insofern bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich will jetzt nicht alles wiederholen. Nur noch einmal zurück zum Problem der Hegepläne! Es geht offensichtlich auch ohne diese Pläne. Die Landesregierung setzt nicht sehr viel Nachdruck dahinter. Gleichzeitig sollte sich die Landesregierung beim Landessportfischerverband bedanken, der bereit ist, der Landesregierung bei diesem Thema aus der Klemme zu helfen.

Insgesamt gibt der Bericht einen guten Überblick über die Situation der schleswig-holsteinischen Fischerei. Ich glaube, dass wir anhand dieses Berichts eine gute Diskussion im Ausschuss haben werden. Wir sollten

uns überlegen, den Vorschlag der Ministerin aufzunehmen, eine Anhörung zu veranstalten.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rainer Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fischerei ist sicherlich einer der Problembereiche, von dem man sagen kann, der Markt regelt nicht alles. Deshalb ist trotz all der Kritik, die hier an Brüssel, an staatlichen Investitionen geübt worden ist, deutlich festzustellen: Hätten wir diese staatlichen Interventionen nicht, sähe es um die Fischbestände global sehr viel schlechter aus, als es heute der Fall ist. Deshalb kommt es darauf an - das ist allerdings die Aufgabe -, diese staatlichen **Interventionen** so vernünftig zu gestalten, dass - ich nehme das Beispiel von der Ostsee gern auf - die Befischung der **Dorschbestände** in der Ostsee so geregelt wird, dass es gerecht ist. Im Augenblick habe ich nicht das Gefühl, dass die Regelung zur Befischung der Dorschbestände in der Ostsee gerecht ist. Unsere Fischer werden dabei benachteiligt. Frau Ministerin Franzen, ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Gesprächen auch auf Bundesebene, damit wir hier mehr Gerechtigkeit für unsere Fischer in der Ostsee erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr verehrte Frau Ministerin, der Bericht ist sehr informativ. Er beschreibt die Probleme, die wir in der Fischerei haben, adäquat. Deshalb werden wir im Ausschuss eine vernünftige Beratung haben.

Ich will nur kurz auf drei Punkte eingehen.

Die erste Bemerkung zur **Krabbenfischerei!** Von vielen ist gesagt worden, die Holländer dominierten diesen Markt, seien besser als unsere Fischer. Sie sind wahrscheinlich nicht besser, aber sie sind innovativer. Das muss sehr deutlich gesagt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben unseren Krabbenfishern eine Reihe von Möglichkeiten angeboten, die Wertschöpfungskette zu vergrößern. Ich glaube, man muss unseren Fischern sehr viel mehr Mut machen, dass sie sehr viel stärker in die Wertschöpfungskette hineingehen. Das heißt, sie sollen nicht nur Fische fangen, sondern auch die Vermarktung, die Veredelung dieser Produkte übernehmen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um Arbeitsplätze

(Raider Steenblock)

in Schleswig-Holstein im Bereich der Fischerei zu sichern. Da muss es hingehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Zweitens kurz zu den **Kormoranen**! Ich würde mir wünschen, wenn wir die heimelige Zwiesprache zwischen dem Abgeordneten Poppendiecker und einer Kormorankolonie vor dem Landeshaus genießen könnten. Aber ich wäre doch glücklicher, wenn wir darauf verzichten könnten, wegen der Kormorane Demonstrationen vor dem Landeshaus zu haben. Wir haben in dieser dreijährigen Erprobungsphase Möglichkeiten gehabt, Erfahrungen zu sammeln. Das ist richtig und gut so. Ich glaube auch, dass wir eine Regelung haben, die sich bewährt.

Ich bin etwas betroffen gewesen, als ich den Haushalt gelesen habe und gesehen habe, dass die Landesregierung die Auswertung dieser Versuche dadurch belastet, dass für die Zukunft kein Geld mehr in den Haushalt eingestellt ist. Das sollten wir gemeinsam reparieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Über diesen Verhandlungen darf nicht das Damoklesschwert der Nulllösung für die Binnenfischer hängen. Das sage ich aus meiner Sicht sehr deutlich.

Ein dritter Punkt! Ich habe in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein folgende Erfahrung gemacht. Wir haben 30.000 organisierte **Sportfischer** und darüber hinaus noch eine ganze Reihe nicht organisierter. Darunter gibt es auch solche und solche. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei den organisierten Sportfishern in diesem Land zu bedanken, denn das, was sie an ökologischen Projekten im Gewässerbereich gemacht haben, verdient auch den Dank dieses Hauses.

Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und bei der CDU)

Auch das sollte man an dieser Stelle einmal erwähnen.

Ich habe noch eineinhalb Minuten Redezeit übrig; die schenke ich gern dem SSW, damit er noch einmal ausführlich auf die Gammelfischerei eingehen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nimm lieber einen Gammel Dansk! - Heiterkeit)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende ausführliche **Bericht** über die Situation und Entwicklung der Fischerei, für den wir uns ebenfalls bedanken, gibt einen guten Einblick und macht die Vielschichtigkeit der Probleme und Anforderungen in der Fischerei deutlich.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass sich die Betriebe aber durchaus der Situation stellen und in neue, modernere und energiesparende Fahrzeuge investieren und **Fischereitechniken** anwenden, die einen unnötigen **Beifang** verhindern - zumindest hierzulande. Dies ist ein wichtiger Punkt, der nicht verschwiegen werden sollte, da er deutlich macht, dass unsere Fischer durchaus bereit sind, den Weg in Richtung nachhaltige **Bewirtschaftung** einzuschlagen. Das ist ein sehr gutes Vorbild, das man durchaus auch europaweit annehmen sollte.

Die Fahrzeuge der Fischer sind das eine; die Vermarktung der Produkte ist das andere. Es ist sehr zu bedauern, dass es immer noch zu kleine **Vermarktungseinheiten** an der Küste gibt, speziell an einer Seite der Küste. Der SSW ist der Auffassung, dass die Fischereigenossenschaften enger zusammenarbeiten müssen, wenn sie der zunehmenden Konkurrenz gewachsen sein wollen. Daher sollte das vorrangige Ziel sein, dass eine zentrale Vermarktung geschaffen wird. Dass dies nicht unbedingt einfach ist, wissen wir bereits aus der Tourismuswirtschaft an derselben Küste.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr wahr!)

Es führt aber auch kein Weg daran vorbei - -

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben noch drei Minuten gemeinsame Ausschussberatung vor uns; deshalb bitte ich Sie, diese drei Minuten noch in Gemeinsamkeit bis zum Ende zu verbringen.

(Heiterkeit)

Lars Harms [SSW]:

Es führt aber auch hier kein Weg daran vorbei: Wir müssen schnelle und gut organisierte Vermarktungswege und Vermarktungsstrategien schaffen, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen. Dies sage ich besonders vor dem Hintergrund der europäischen Konkurrenz, auf die im Bericht häufiger eingegangen wird.

(Lars Harms)

Zwar will man die Nutzung nationaler Fangquoten für ausländische Fischer einschränken, was ich durchaus begrüße, aber dies befreit die hiesigen Fischereibetriebe und Fischereigenossenschaften nicht von dem Zwang, sich am Markt besser zu positionieren. Wenn die Fischer nicht die Zeichen der Zeit erkennen, brechen möglicherweise sehr schwere Zeiten an. Andererseits zeigen gerade die regionalen Vermarkter anderer Produkte, dass heimische Produkte durchaus eine Chance am Markt haben können.

Ein Problem, das schon in der ersten Debatte über diesen Bericht angesprochen wurde, war das Problem der **Überfischung** der Meere. Auf die Ostsee bezogen ist dies ganz konkret in unserer Nähe sichtbar. Der Dorschbestand in der östlichen Ostsee liegt darnieder, was Auswirkungen auf den Gesamtbestand hat. Zwar ist der Bestand in unseren Gewässern noch gut, aber anderenorts - im östlichen Teil - sieht es aufgrund der hohen Belastung durch die Meeresverschmutzung schlecht aus. So kämpfen jetzt immer mehr Fischer um immer geringer werdende Fangquoten.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass wir am Rande der letzten Landtagstagung eine gemeinsame Initiative zu Gunsten einer angemessenen **Fangquote** für unsere Ostseefischer auf den Weg gebracht haben, die auch von der Landwirtschaftsministerin unterstützt wurde. Hierfür möchte ich allen Beteiligten noch einmal danken.

(Beifall beim SSW)

Gleichwohl ändert dies nichts an der Tatsache, dass Überdüngung, Verklappung, das Versenken von Schiffen und Ähnliches der Lebensgrundlage der Menschen schaden und wir daher unsere Politik so gestalten müssen, dass dies nicht mehr geschieht. Dies hat beispielsweise auch etwas mit Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft zu tun. Dabei erinnere ich gern an unsere Debatte über die Leitlinien für eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung.

Wir wissen, dass die Landesregierung wenig Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Fischerei hat. Allerdings erstaunt es mich, dass in dem Bericht auf Seite 34 festgestellt wird, dass die Landesregierung ihre

Fördermittel für Fischereihäfen an der Ostseeküste konzentriert. Um es genauer zu sagen: Es ist nicht eine einzige Maßnahme an der Westküste verzeichnet. Die Landesregierung hat hier auch eine Verantwortung für die Westküste. Daher interessiert es mich sehr, ob es Zukunftsplanungen für die Westküstenhäfen gibt und wie die Landesregierung die Westküstenhäfen ausbauen will. Dazu wünsche ich mir auch nähere Informationen im Ausschuss.

Dort können wir uns dann ja auch noch einmal über die dänische Gammelfischerei unterhalten.

(Heiterkeit)

Og nu ønsker jeg god ferie.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Der SSW hat Ihnen und uns 35 Sekunden geschenkt. Wir sind damit am Ende der Beratung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Unruhe - Zurufe: Schade!)

- Das Präsidium hat noch Zeit; so ist es nicht!

Beantragt worden ist die Überweisung des Berichts an den Agrarausschuss. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist eindeutig. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Weitere Punkte stehen heute nicht mehr auf der Tagesordnung.

Der Beginn der nächsten Tagung des Landtages ist am 15. November 2000 um 10:00 Uhr. Bis dahin herrscht vom 23. Oktober bis zum 4. November so genannte ausschusssitzungsfreie Zeit. Für diese Zeit wünsche ich Ihnen allen einen erholsamen Urlaub. Kommen Sie heil und gesund wieder zurück.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:17 Uhr